

Digitales Brandenburg

hosted by Universitätsbibliothek Potsdam

Märkische Heimat

Potsdam, 1982

Heft 8

urn:nbn:de:kobv:517-vlib-4878

Beiträge zur Heimatgeschichte
des Bezirkes Potsdam 1989



Z
89
5183
102
P4 Potsdam

**Märkische
Heimat**

M

I

E

7 5183

Märkische Heimat

Beiträge zur Heimatgeschichte
des Bezirkes Potsdam

Heft 8

40 Jahre DDR
Erkundungen zu einem erfolgreichen Weg

Potsdam 1989

„Märkische Heimat“
Beiträge zur Heimatgeschichte des Bezirkes Potsdam, Heft 8
Potsdam 1989

89/182/1
Hochschulbibliothek
Bibliothek Geschichte

Titelbild: Der 1. Mai 1989 in Potsdam, Manfred Haseloff

Herausgeber: Kulturbund der DDR, Gesellschaft für Heimatgeschichte, Bezirksverband Potsdam, mit Unterstützung des Rates des Bezirkes Potsdam, Abt. Kultur, und des Staatsarchivs Potsdam

Redaktion: Joachim Schulz (Leiter), Rolf-Dieter Bierhals, Dorothee Gefner, Wolfgang Kusior, Helmut Langner, Regina Rousavy, Siegfried Schubert

Bilder und Dokumente: Akademie der Künste, Betriebsarchiv des Stahl- und Walzwerkes Brandenburg, Bezirksparteiarchiv, Märkische Volksstimme/Brehmer, Czerning, Lemcke, Liebke; Staatsarchiv Potsdam/Bogemuhl, Stadtarchiv Brandenburg/Gallinat (privat), Zentralbild/Sturm, Weiß/Junge

Reproduktionen: Hilgenfeldt, Wünsche

Redaktionsschluß: 2. Mai 1989. Manuskriptsendungen an die Redaktion „Märkische Heimat“, Mangerstraße 34/36, Potsdam 1560.

„Märkische Heimat“ Potsdam

Druck: Bezirksdruckerei Märkische Volksstimme Potsdam, Betriebsteil Hegelallee
I 16 01 F 58/89 A 3815/89

00500

2

Pädagogische Hochschule Potsdam

Hochschulbibliothek

89 : 2956 1 Po 1

Inh

Thomas
Die G
Thomas
Von G

Potsdam
Von Fr

Arbeits
zum G
Von W

Die De
Zur En
Von J

Richar
Von F

Bruno
Nach 1

Arthu
Von J

Die „1
der St
Autor
der 7

40 Ja
Von 1

Bibli
Beart

Aus d

Inhalt

	Seite
Thomas-Müntzer-Ehrung der DDR 1989 „Die Gewalt soll gegeben werden dem gemeinen Volk“ Thomas Müntzer in Jüterbog 1519 Von Gerhard Brendler	4
Potsdam in der Zeit der Französischen Revolution Von Frank Göse	10
Arbeiterfunktionär, Antifaschist, Oberbürgermeister – zum Gedenken an Max Herm Von Wolfgang Kusior	15
Die Deutsche Demokratische Republik – ein Staat des Friedens von Geburt an Zur Entstehung von Friedenskomitees im Land Brandenburg 1949/50 Von Jürgen Pfeiler	39
Richard Schmidt – der „Hennecke der Metallurgie“ Von Friedhelm Stresow	49
Bruno Wilke – ein Bauer wird Nationalpreisträger Nach Erinnerungen von Bruno Wilke und Artur Leske	53
Arthur Scheunert – ein humanistischer Wissenschaftler Von Joachim Schulz	56
Die „kleine Schwester“ von Berlin – Nachbetrachtung zum 750. Jubiläum der Stadt Kyritz Autorenkollektiv „Arbeitsgruppe Chronik“ beim Festkomitee der 750-Jahr-Feier	59
40 Jahre Staatsarchiv Potsdam – Entwicklung, Ergebnisse, Perspektiven Von Friedrich Beck	69
Bibliographie Bearbeitet von Dorothee Gefner	83
Aus dem Leben der Gesellschaft für Heimatgeschichte	88

Thomas Müntzer

Ehrung der DDR 1989



„Die Gewalt soll gegeben werden dem gemeinen Volk“

Thomas Müntzer in Jüterbog 1519

Von Gerhard Brendler

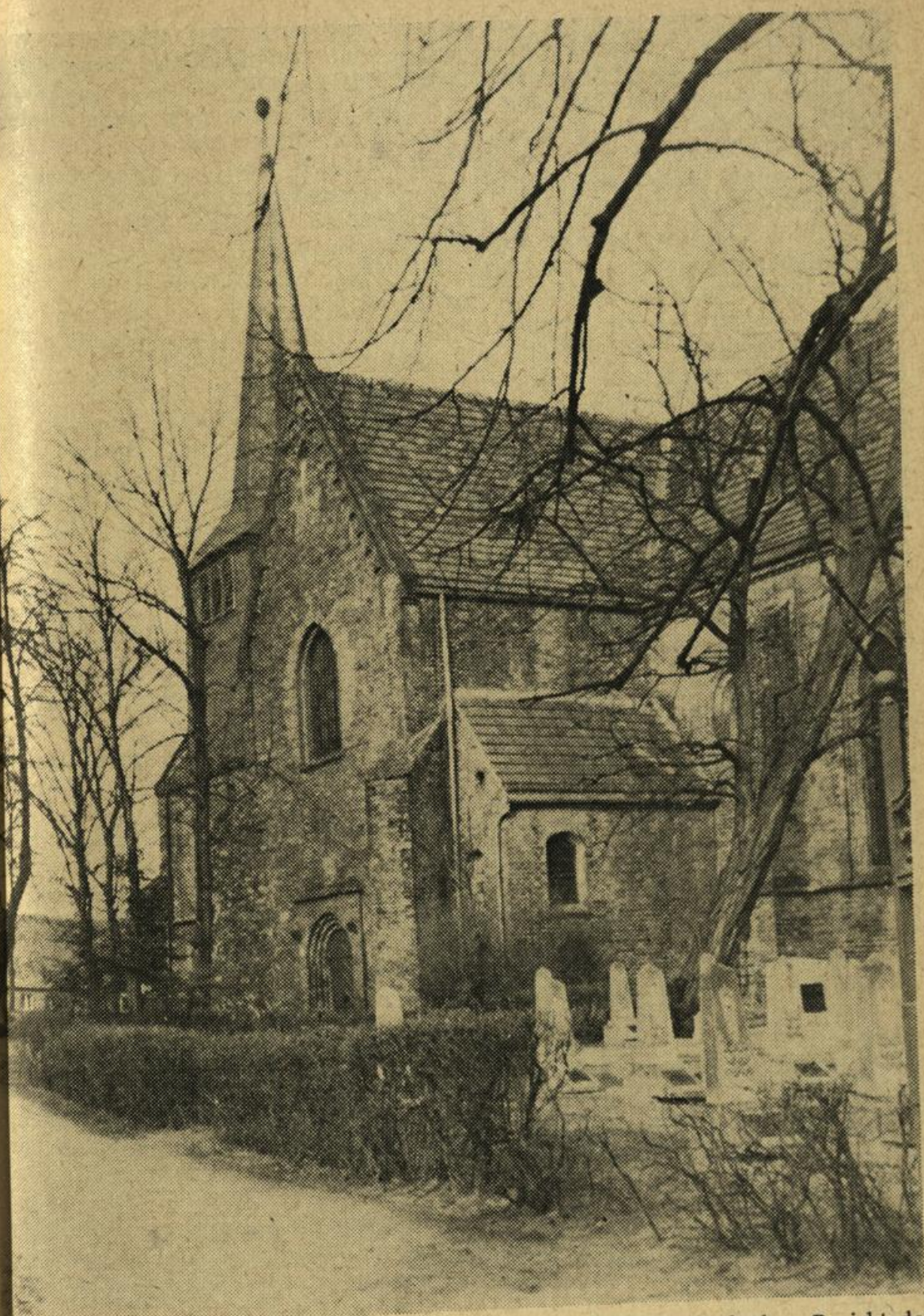
Thomas Müntzer stammte aus der gleichen landschaftlichen Gegend wie Martin Luther. Über seine Jugend und die frühen Mannesjahre ist freilich wenig bekannt. Vermutlich 1489 in Stolberg am Harz geboren, wurde er 1506 an der Universität Leipzig immatrikuliert; 1512 taucht sein Name in der Matrikel der Universität Frankfurt (Oder) auf. Wahrscheinlich wurde er im Jahre 1513 in Halberstadt zum Priester geweiht. Zwischen 1514 und 1517 hielt er sich in Braunschweig, Halle und Aschersleben auf. Dankenswert sind die engen Beziehungen, die Thomas Müntzer damals insbesondere in Braunschweig zu Fernhändlern, Goldschmieden und Buchdruckern knüpfte. Auch mit dem Nürnberger Kuxenbesitzer und Unternehmer in Montangewerbe FÜRer stand er im Briefwechsel.

1517/18 trat Thomas Müntzer in erste Kontakte zu Martin Luther. Im Frühjahr 1518 agitierte Thomas Müntzer als Prediger für die Reformation in Jüterbog. Es war der Jüterboger Franziskaner Bernhard Dappen, der erste anklagende Bericht über Müntzers Predigten verfaßte und den Bischof von Brandenburg aufforderte, die Tätigkeit der „Lutheraner“ in Jüterbog zu unterbinden. So ist es gerade Thomas Müntzer, auf den 1519 erstmals in der Geschichte der damals diffamierend gemeint Parteiname „Lutheraner“ angewandt wurde.

Offensichtlich hatte Müntzer Kontakt zu den kampflustigen jungen Männern um Luther, die alles daran setzten, aus dem Gelehrtenstreit um Luthers Thesen eine Volksbewegung zu machen. Von diesen jungen Männern um Luther hörte Thomas Müntzer den denkwürdigen Satz, daß man einem gemeinen Mann mit der Bibel in der Hand mehr vertrauen solle als einem Prälaten, Fürsten, Grafen oder Herren ohne Bibel. Darin drückte sich eine Grundüberzeugung der fortschrittlichen Geister der damaligen Zeit aus, daß nämlich die Hilfe gegen die Gebrechen in Reich und Kirche nur dann gefunden werden könne, wenn die Menschen den Willen Gottes tun; den Willen Gottes aber hoffte man in der Bibel und nur in der Bibel und nirgends sonst zu finden. Dies war auch der historische wie religiöse Beweggrund dafür, daß Martin Luther die Bibel ins Deutsche übersetzte.

Müntzer teilte Luthers Grundüberzeugung davon, daß die Menschen den Willen Gottes tun müssen, um eine Reformation herbeizuführen. Doch scheint er schon frühzeitig Zweifel daran gehabt zu haben, daß nur die Bibel Auskunft über den Willen Gottes geben könne. In Zwickau, wo Müntzer 1520/21 als Prediger tätig war, hatte er die Erfahrung gemacht, daß ungelehrte Leute, einfache Handwerker und Tagelöhner ohne jegliche Universitätsbildung durchaus in der Lage waren, sich Gott ganz hinzugeben, ohne doch die Bibel gelesen zu haben. Zudem hatte er beobachtet müssen, daß hochgebildete Männer, die des Lateinischen und Griechischen ja sogar des Hebräischen mächtig waren — und also die Bibel im Urtext lesen konnten, in Sitte und Moral, Gemüt und Seele und in all den vielen Problemen und Anfechtungen des Alltags keinen Deut besser waren als etwa ungelehrte Handwerker und Bauern; ja mehr noch, er fand, daß diese scheinheiligen Gelehrten zwar den

Mart
bekann
iversit
iversit
adt zum
alle un
Müntze
d Buch
ammer in
ahr 151
Es wa
Bericht
forderte
Thoma
gemeint
ern un
sen ein
Thoma
Bibel in
Herren
Geiste
eich und
n Gotte
bel und
eggrun
Wille
er scho
ber den
er tätig
dwerker
ren, sich
er beob
chischen
xt lesen
nen und
dwerker
war den



Pfarrkirche St. Marien (Liebfrauenkirche) in Jüterbog, in der nach dem Bericht des Franziskaners Bernhard Dappen Thomas Müntzer seine erste Predigt in Jüterbog hielt. Die Kirche wurde später mehrfach umgebaut. Foto: Brehmer

Buchstaben der Bibel kannten, daß aber die einfachen Leute ehrlicher und hingebungsvoller den Worten der Bibel lauschen und auf den Geist hören, der aus ihr spricht. Erfahrungen, Beobachtungen und Überlegungen dieser Art lenkten das theologische Interesse Müntzers auf das einfache Volk. Je mehr er daran zweifelte, daß die Intellektuellen die Wahrheit sagen und die Bibel richtig deuten, desto stärker brachte er seine Hoffnung auf die kurze Formel: „Doch am Volke zweifle ich nicht.“ So wurde Thomas Müntzer zu jenem revolutionären Denker in der deutschen Geschichte, der als erster die Rolle der Volksmassen als Kraft der Geschichte erahnte und dies mit theologischen Argumenten begründete.

Thomas Müntzer war ein unruhiger Geist. Die Idee, daß das Volk selbst die Reformation in die Hände nehmen müsse, trieb ihn in immer neue Konflikte und Gegensätze zu den herrschenden Gewalten hinein. Als er nach monatelangem Suchen und Umherirren schließlich im Frühjahr 1523 Pfarrer in Allstedt in Thüringen wurde, ging er daran, einen lange gehegten Plan zu verwirklichen: Er reformierte den Gottesdienst und schrieb eine deutsche Messe. Diese deutsche Messe Müntzers fand so begeisterten Zulauf aus der näheren und fernerer Umgebung Allstedts, insbesondere aus den Gebieten katholischer Obrigkeiten, daß die katholischen Grafen von Mansfeld ihren Untertanen den Besuch des Allstedter Gottesdienstes verboten.

In dieser Situation, da das Gotteswort mit Gewalt unterdrückt werden sollte, gebar Thomas Müntzer seine zweite grundlegende Idee hinsichtlich der Durchführung der Reformation: Wenn die Obrigkeiten das Evangelium mit Gewalt unterdrücken, dann muß das Volk Gewalt gegen die Obrigkeiten anwenden, um das Gotteswort zu schützen und zu verbreiten. Damit bewirkte Thomas Müntzer eine Radikalisierung der reformatorischen Bewegung und geriet in einen unüberbrückbaren politischen Gegensatz zu den Landesherren und zugleich in theologische Gegnerschaft zu Martin Luther, seinem einstigen Vorbild.

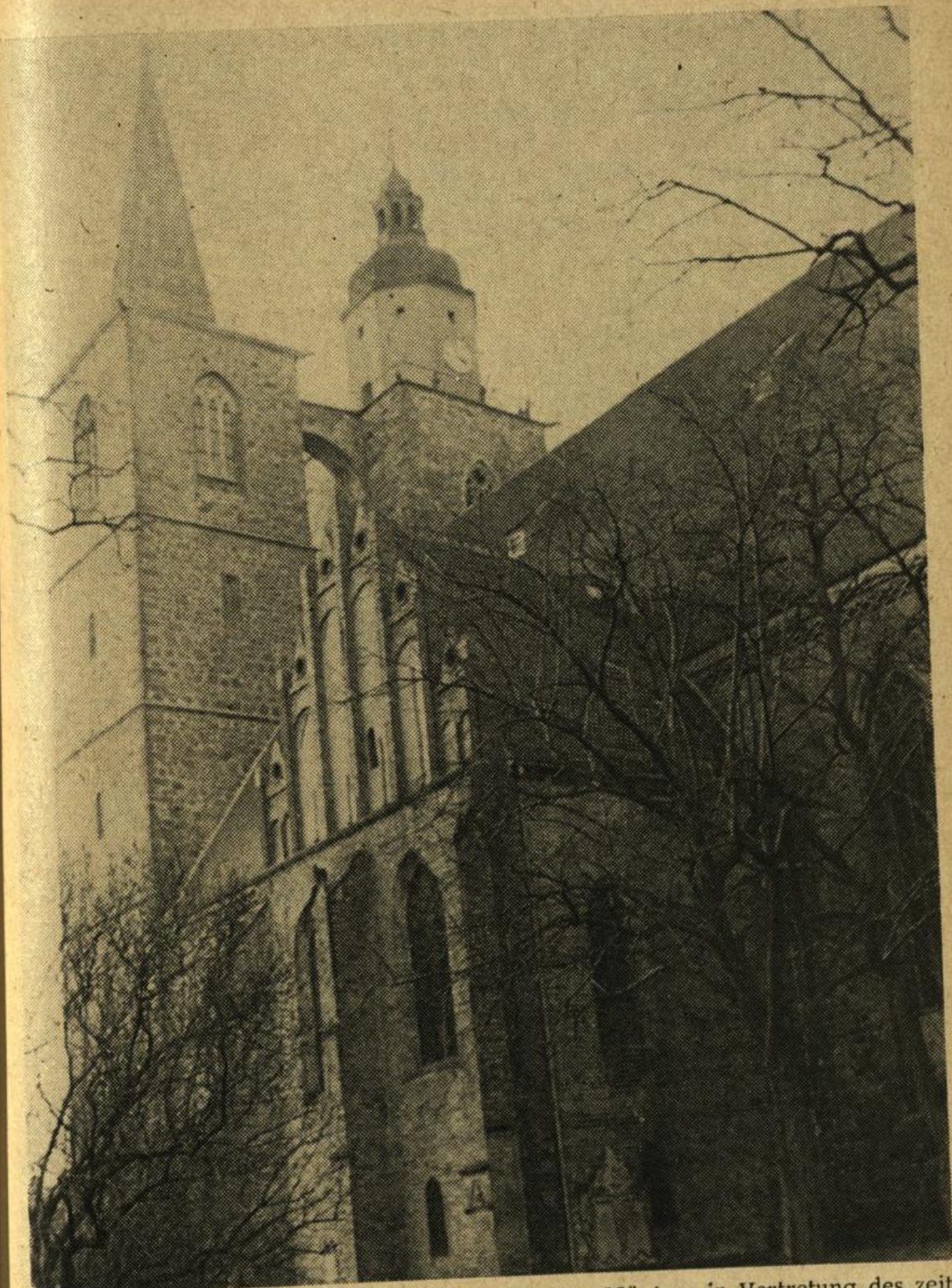
Mit dem Ziel, seine Gottesdienste zu schützen und den Volkskampf zu organisieren, hatte Thomas Müntzer in Allstedt einen Bund gegründet. Als dieser Bund Anfang August 1524 verboten wurde und Müntzer die Verhaftung drohte, floh er aus Allstedt nach Mühlhausen. Dort fand er bei den Leinewebern und bei der armen Vorstadtbevölkerung schnell Anhang. Schon nach wenigen Wochen vom Rat der Stadt wiederum vertrieben, lenkte Müntzer seine Schritte nach Südwestdeutschland, wo in diesen Wochen soeben die ersten Aufstandsaktionen des deutschen Bauernkrieges ausgebrochen waren.

Als er im Februar 1525 nach Mühlhausen zurückkehrte, hatte dort inzwischen die Reformation gesiegt, und Müntzer wurde als Pfarrer an der Marienkirche angestellt. Unter dem Einfluß Müntzers entwickelte sich Mühlhausen im Frühjahr 1525 zu einem Zentrum der revolutionären Bewegung in Thüringen.

Der Bauernkrieg entflammte im Frühjahr 1525 mit noch größerer Wucht als 1524 und erfaßte bald auch ganz Thüringen. Damit war nun jene Situation eingetreten, für die Müntzers Denken geradezu prädestiniert schien. Jetzt erwies es sich, daß Müntzer — wie wir heute sagen würden — eine Theologie der Revolution kreiert hatte. Nach dem Vorbild der Propheten des Alten Testaments feuerte Thomas Müntzer die aufständischen Bauern an, nunmehr keinen Schritt zurückzuweichen, den Herren den Turm zu Boden zu werfen und selber die Macht zu übernehmen.

„Die Gewalt soll gegeben werden dem gemeinen Volk“ — dies war die denkwürdige Losung, mit der Thomas Müntzer die Errichtung einer von Ausbeutung und Unterdrückung freien Gesellschaft durchsetzen wollte. Doch militärisch unerfahren, politisch gutgläubig und ohne weitreichende überlokale Verbindungen wurden die aufständigen thüringischen Ortschaften von den Fürstenheeren teils einzeln und nach-

hin-
aus
das
elte,
stär-
ich
chen
er-
efor-
gen-
und
arde,
den
fand
asbe-
rafen
en.
ebar
der
cken,
wort
lisie-
poli-
schaft
eren,
fang
aus
rmen
der
land,
uern-
n die
stellt.
5 zu
1524
eten,
daß
reiert
Münt-
den
rdige
nter-
poli-
auf-
nach-



Pfarrkirche St. Nikolai in Jüterbog, in der Thomas Müntzer in Vertretung des zeitweilig suspendierten Pfarrers Franz Günther 1519 predigte. Die große dreischiffige Backstein-Hallenkirche wurde in der 2. Hälfte des 14. Jahrhunderts erbaut; später Erweiterungen und Ergänzungen. Foto: Brehmer

einander befriedet, teils liefen die Bauernhaufen beim Herannahen der fürstlichen Truppen kampflös auseinander. Das Bauernheer, das sich bei Frankenhausen versammelt hatte, wurde am 15. Mai 1525 vernichtend geschlagen. Thomas Müntzer geriet in Gefangenschaft, wurde gefoltert und am 27. Mai 1525 bei Mühlhausen hingerichtet.

Die Auseinandersetzung zwischen Luther und Müntzer über den Weg der Reformation gehört zu den spannendsten und lehrreichsten Kapiteln der deutschen Geschichte und zugleich zu den kompliziertesten Problemen des Erbe- und Traditionsverständnisses der DDR. Gerade Müntzers Auftreten in Jüterbog zeigt, daß beide anfangs in einer gemeinsamen Front für die Durchsetzung der Reformation standen. Mehr noch: Luther war unbestreitbar der große Bahnbrecher, dessen Kampf die reformatorische Bewegung auslöste und so erst die Problemlage schuf, bei deren Bewältigung Thomas Müntzer zu historischer Größe emporwuchs.

Luther war zutiefst davon überzeugt, daß Gesetze, Erlasse, Verordnungen oder gar der gewaltsame Sturz der Obrigkeit nichts oder doch nur herzlich wenig dafür ausrichten könnten, um den Willen Gottes zu verwirklichen und also eine bessere Gesellschaft herbeizuführen. Gewaltanwendung konnte seiner Meinung nach nur zu neuen Ungerechtigkeiten, Betrügereien und Winkelzügen führen. Stattdessen müsse man die Gewissen mit dem Worte Gottes unterrichten und darauf vertrauen, daß das Wort Gottes seinen Lauf nehme. Sofern juristische und verfassungsmäßige Regelungen nötig seien, solle man diese den dafür zuständigen Obrigkeiten überlassen. Eine Reformation „ohne Foltern und Brechen“ war sein Ziel. Dies entsprach recht genau den Entwicklungsbedingungen der frühen Reformationsjahre, und diese Taktik hatte maßgeblich dazu beigetragen, daß sich die Reformation überhaupt entfalten konnte, ohne schon bei den ersten Regungen gewaltsam unterdrückt zu werden. Dies bewirkt zu haben, ist das untülbare historische Verdienst Martin Luthers.

Mit einer solchen Vorgehensweise konnten freilich nur solche Veränderungen im Kirchenwesen erzielt werden, die dem Bürgertum oder zum Teil auch dem Adel zugute kamen; die Bauern jedoch gingen dabei leer aus.

Sobald jedoch die plebejischen Schichten der Städte und dann auch die Bauern in die reformatorische Bewegung eingriffen, wurden die Interessen des Bürgertums und des Adels gefährdet, und es trat eine Konfliktsituation ein, bei der die Interessen des einfachen Volkes nur noch mit Gewalt durchgesetzt werden konnten. Dies war die historische Stunde, wo Luthers Weg nicht mehr gangbar war und seine Vorstellungen sich als Hemmnis für den weiteren Kampf erwiesen. Und dies war auch die Situation, wo die über Luther hinausweisende Agitation Müntzers historisch notwendig wurde. Wo Luther stehen blieb, dachte und kämpfte Müntzer weiter. In diesem Sinne bezeichnet die Auseinandersetzung zwischen Luther und Müntzer keine triviale Freund-Feind-Problematik, sondern echte geschichtliche Dialektik.

Für die Erbe- und Traditionspflege der DDR bedeutet dies, daß wir uns nicht für oder gegen Luther bzw. für oder gegen Müntzer zu entscheiden haben, sondern daß wir die jeweilige historische Funktion des einen wie des anderen in den Klassenkämpfen der Reformation und des Bauernkrieges zu verstehen haben: der Universitätsprofessor Martin Luther löste mit seinen Wittenberger Thesen vom Herbst 1517 die reformatorische Bewegung aus; der Prediger Thomas Müntzer führte sie auf ihren revolutionären Höhepunkt. Die Auseinandersetzung zwischen beiden war nicht der Kampf zwischen Revolution und Konterrevolution, sondern der Kampf unterschiedlicher Wege für den Fortschritt und unterschiedlicher Klasseninteressen innerhalb der frühbürgerlichen Revolution.



Das Zinnaer Tor in Jüterbog. Der Unterbau aus Feldsteinen stammt aus dem 14. Jahrhundert, der obere Teil aus Backsteinen wurde erst 1480/90 fertiggestellt. In ähnlicher Form hat Thomas Müntzer dieses Tor gesehen. Foto: Brehmer

Potsdam in der Zeit der Französischen Revolution

Von Frank Göse

Französische Revolution und Potsdam! Ein sich gegenseitig ausschließenderes Begriffspaar kann man sich kaum vorstellen. Stehen sich hier mit der Revolution française und dem „preußischen Versailles“ nicht zwei Prinzipien, zwei Welten gegenüber?

In Potsdam wurde seit dem 17. Jahrhundert eine Entwicklung eingeleitet, die diesen Ort von anderen Städten der Mark Brandenburg in gewisser Beziehung abhob. Initiiert wurde dies durch die Erhebung zur Residenzstadt im Jahre 1660 und die einige Jahrzehnte später einsetzende Stationierung preußischer Truppen. Während des 18. Jahrhunderts war eine im Vergleich zu anderen brandenburgischen Städten umfangreiche Entwicklung von Handwerk, Handel und Manufakturwesen zu verzeichnen. Aufträge von Hof und Garnison garantierten eine relativ gut funktionierende Produktion und einen ständigen Absatz. Vor allem die den Hof und die Garnison beliefernden Gewerke kamen dabei in den Genuß staatlicher Privilegien und finanzieller Unterstützungen, die im Zuge merkantilistischer Wirtschaftspolitik gewährt wurde. Am Ende des 18. Jahrhunderts war Potsdam — als Residenz-, Garnison- und Manufakturstadt charakterisiert — ein wichtiges Zentrum der preußischen Monarchie geworden.

Das Militär bestimmte vorrangig die Geschicke dieser Stadt. Seinen Interessen hatten sich alle sozialen Klassen und Schichten unterzuordnen. Untertanengeist, eine ausgeprägte Autoritätsgläubigkeit und Liebedienerei (vor allem bei den sogenannten Hoflieferanten) waren die Folge dieser besonderen Kräftekonstellation. Von einem bürgerlichen Selbstbewußtsein, das sich z. B. im nahen Berlin deutlich manifestierte, konnte in Potsdam bestenfalls nur in Ansätzen gesprochen werden. Ist unter diesen Bedingungen nun überhaupt eine andere Resonanz auf die revolutionären Ereignisse in Frankreich zu erwarten als Unverständnis und Ignoranz?

Zeitgenössische Chroniken und Stadtgeschichten des 18./19. Jahrhunderts geben auf diese Frage keine Antwort, oder sparen sie diese Problematik vielleicht bewußt aus? Beschäftigen wir uns deshalb vor allem mit den noch vorhandenen archivalischen Quellen.

Die Jahre 1789 — 1795 waren in Potsdam charakterisiert durch verschiedene Auseinandersetzungen im Handwerk, die die historische Überlebtheit des feudalen Zunftwesens verdeutlichten. Mehrere Potsdamer Textilunternehmer versuchten z. B. 1792 durch Petitionen die immer mehr als unerträglich empfundenen Fesseln des Zunftzwanges zu lockern.¹ Bereits 1789 kam es zu Auseinandersetzungen im Leinwebergewerk, die in ihrer Grundtendenz gegen die patriarchalisch geordnete Hierarchie in der Zunftorganisation gerichtet waren. Vor allem am Machtmißbrauch und an der Amtsanmaßung des Altmeisters entlud sich der Unmut der Gesellschafter; ein Vorgang, der sich in den nächsten Jahren auch in anderen Potsdamer Gewerken wiederholen sollte.² Ebenfalls im Jahre 1789 beschäftigten die städtischen und territorialen Behörden Zwistigkeiten zwischen den in der Zunft organisierten Tabakspinnmeistern und den bereits im Fabrikssystem arbeitenden Handwerkern

des gleichen Gewerkes. Die noch auf der Grundlage der einfachen Warenproduktion arbeitenden Tabakspinner beklagten sich über die immer stärker werdende Konkurrenz der Fabrikanten, die ihnen nun auch noch Arbeitskräfte entziehen, so „daß wir dabei total zu Grunde gehen müssen.“³

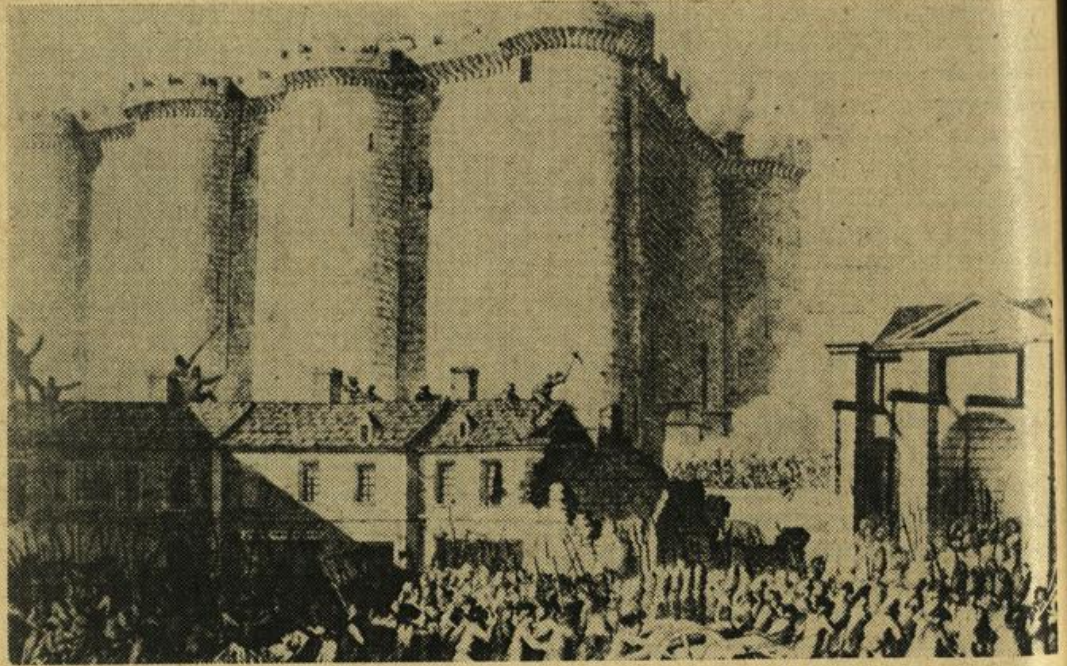
Die Ära des Zunfthandwerks neigte sich ihrem Ende zu, von den Betroffenen meist schmerzhaft erfahren und mit der Aufgabe der hart verteidigten Unabhängigkeit einhergehend. Die entstehenden Manufakturen und Fabriken zogen ihrerseits dank der verstärkenden Wirtschaftskraft Handwerker an, die sich oft — wie im Falle der Potsdamer Tabakspinner — in arbeitsteiligem Verhältnis, in Symbiose mit der Manufaktur entwickelten. Die alte Zunftverfassung begann zu bröckeln, und Verbote einer neuen Produktionsweise traten auf die Tagesordnung.

Nun hieße es sicher die Geschichte überzuinterpretieren, würden wir die geschilderten Vorgänge direkt auf die Große Französische Revolution zurückführen. Das ist gewiß nicht der Fall, aber auch in Potsdam wirkten die gleichen Gesetzmäßigkeiten, die in Frankreich — hier natürlich in ganz anderer Dimension — den Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus zur Folge hatten.

Doch versuchen wir, direkte Reaktionen in Potsdam auf das epochale Ereignis zu ermitteln. Wie reflektierten sowohl die Herrschenden als auch die große Masse der Handwerksmeister, Gesellen und Tagelöhner, aber auch die in Potsdam präsenten Militärangehörigen, Beamten und Bildungsbürger die Meldungen aus Frankreich? Zweifellos bildeten auch in Potsdam die ersten Nachrichten, die aus Frankreich kamen, viel Gesprächsstoff in der Bevölkerung. Zeitungen, die in Preußen vor 1789 als „höchst unpolitisch, inhaltlos und langweilig“ galten, füllten sich mit interessanten Meldungen aus dem revolutionären Frankreich.⁴ Vor allem Berliner Publikationsorgane, u. a. „Berl. Monatsschrift“, waren es, die auch in Potsdam Absatz fanden. Vergleiche zwischen der Bourbonendynastie und dem eigenen Herrscher wurden angestellt und fielen sicher nicht zum Vorteil des preußischen Königs Friedrich Wilhelm II. aus. Gerade unter diesem Monarchen, im Volke verächtlich der „Dicke“ genannt, offenbarte sich die historisch überlebte Feudalgesellschaft auch in ihrer ganzen moralischen Verworfenheit. Die Potsdamer Bevölkerung erlebte damals aus nächster Nähe, daß die Mätressenwirtschaft und Verschwendungssucht des preußischen Hofes dem Pariser in keiner Beziehung nachstand.

Doch die Lektüre der Akten des Potsdamer Magistrats und der Potsdam betreffenden königlichen Kabinettsordern führen den nach wirkungsvoller Resonanz suchenden Leser erst einmal zu ernüchternden Ergebnissen:

Als in Paris die Nationalversammlung am 11. 8. 1789 die Aufhebung aller feudalen Lasten gegenüber der Bauernschaft und damit das Ende des grundherrlichen Feudalregimes proklamierte, erwarb in Potsdam der Geheime Kämmerer Ritz per königlicher Kabinettsorder ein neues Grundstück.⁵ Ein untertänigster Dankesbrief dieses kgl. Beamten an seinen König war die Folge. Am 2. 11. 1789 nationalisierte die französische Konstituante die gesamten Kirchengüter. Auch in Potsdam ging es in diesen ersten Novembertagen um kirchliche Angelegenheiten. Die Reparatur der Uhr an der Garnisonkirche veranlaßte Friedrich Wilhelm II., sich persönlich um diese Frage zu kümmern.⁶ Als in Frankreich Ende Juli 1794 die nicht nur meteorologisch heißen Tage des Thermidor die absteigende Linie der Revolution einleiteten, erhitzten sich die Gemüter der Potsdamer Stadtväter um schlecht bilanzierte Reparaturkosten an Kasernengebäuden der Stadt. Nichts konnte offenbar den gewohnten Alltag der Residenzstadt aus der Ruhe bringen. Offenbar müssen die ständig zunehmenden Nachrichten aus dem revolutionären Frankreich doch etwas bewirkt haben. Wie sonst ist die Verschärfung des bereits



Der Sturm auf die Bastille in Paris am 14. Juli 1789 kennzeichnet den Beginn der Großen Französischen Revolution. Die in der alten Festung eingekerkerten Gefangenen wurden befreit, das Bauwerk als Symbol der Unterdrückung abgerissen. Zeitgenössische französische Darstellung. Reproduktion: Wünsche

1788 vor allem gegen aufklärerische Tendenzen erlassenen Zensurediktes im Jahre 1790 zu verstehen? Am 28. 2. 1792 erließ die preußische Regierung gar die „Maßregeln zur Erhaltung des Ruhestandes, der Sicherheit und Ordnung in den preußischen Staaten“, wahrscheinlich zur innenpolitischen Absicherung der drei Wochen vorher mit dem Kaiser abgeschlossenen antifranzösischen Allianz. Die Bestimmungen dieser „Maßregeln“ liefen darauf hinaus, die mit der Revolution sympathisierenden „Bulletins und gut geschriebenen Zeitungen“ sofort zu beschlagnahmen. Ferner sollte die Polizei dafür Sorge tragen, „daß sich nicht fremde verdächtige Personen einschleichen und gesetzwidrige Grundsätze und Meinungen vertreten.“⁸ Es ist verständlich, daß die Westprovinzen der preußischen Monarchie in weitaus stärkerem Maße von solchen „Gefahren“ betroffen waren. Für Potsdam selbst gibt es keinen Beleg über das Auftreten einer „suspekten“ Person. Auch die Frequentierung durch die zu Tausenden nach Deutschland strömenden adligen Emigranten muß hier nach Aussage älterer Stadtgeschichten „unerheblich“ gewesen sein.⁹ Neben einigen französischen Nonnen, die zeitweise in der Priesterstraße gewohnt haben sollen, hat lediglich der ehemalige französische Gesandte in Berlin, Comte de Moustier, Aufnahme in der Stadt gefunden. Daß etwa Potsdamer Handwerksgesellen, die sich während ihrer Wanderschaft in Frankreich oder angrenzenden deutschen Territorien aufhielten und von dort revolutionäres Gedankengut mitbrachten, ist nach unseren Ermittlungen weitgehend auszuschließen. Potsdamer Gesellen bewegten sich in diesen Jahren nur innerhalb ostelbischer Territorien, vor allem im Berliner und Magdeburger Raum.¹⁰

Direkte Folgen der Ereignisse in Frankreich sind aber zweifelsohne in der Geschichte der Potsdamer Garnison zu erkennen. Mehrere Potsdamer Truppeneinheiten gehör-

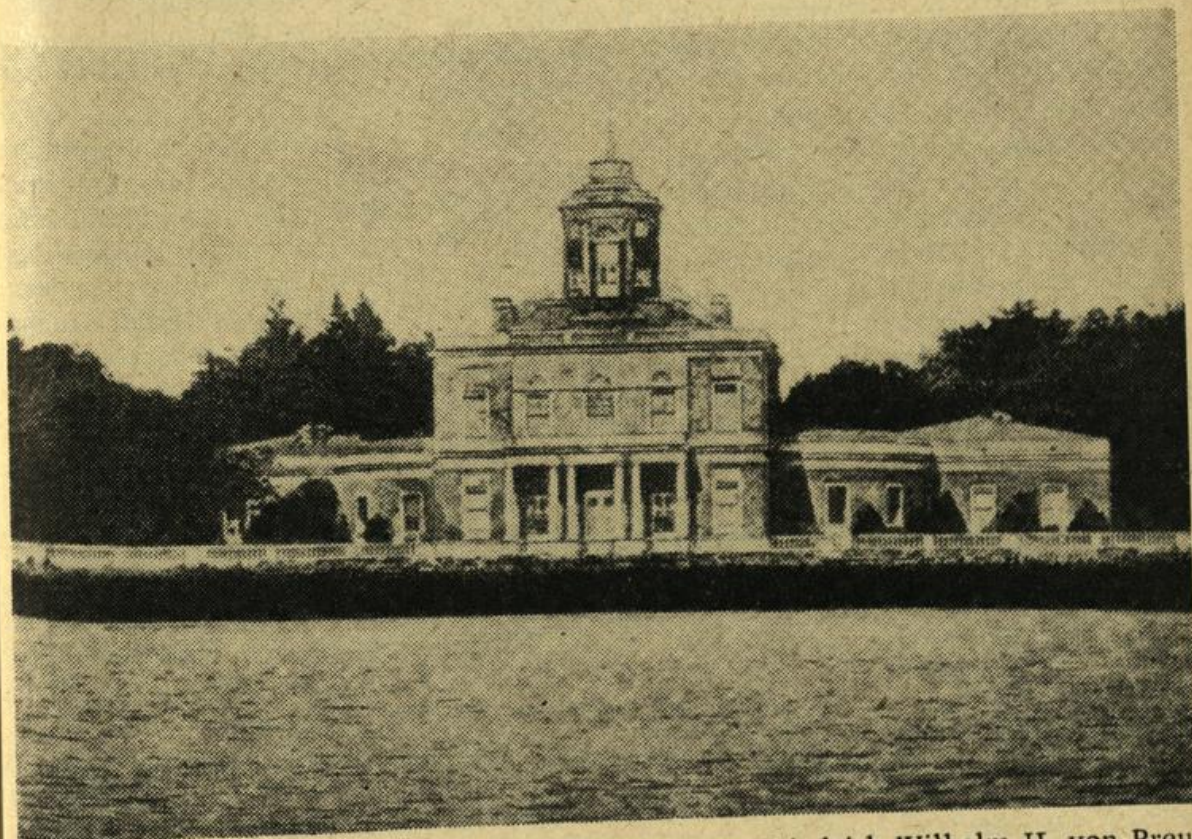
ten zu d
Armee a
Einschätz
der Deso
Behörden
Interven
stellbare
„Publica
Rheinarr
freiwilli
die erhe
taillon C
Colonne

Doch ni
schöpfte
Herausf
Paroli a
ein im
fjens zu
Vaterla
Eigentu
nissen

Als in
fjen c
1787

ten zu dem preußischen Hilfskorps, das an der Seite der kaiserlich-österreichischen Armee am Interventionskrieg gegen das revolutionäre Frankreich kämpfte. Nach Einschätzung von H. MÜLLER muß die Aussicht dieses Krieges „zu einer Zunahme der Desertionsfälle der Angehörigen der Garnison geführt haben, so daß sich die Behörden zu außerordentlichen Sicherheitsmaßnahmen entschlossen.“¹¹ Der für die Intervention schmachvolle Ausgang dieses Krieges zog Massendesertionen in unvorstellbarem Ausmaß nach sich, so daß sich der König 1794 gezwungen sah, ein „Publicandum betreffend Bestrafung der desertierten Einländer besonders von der Rheinarmee“ zu erlassen, das den Desertierten für eine bestimmte Frist bis zu ihrer freiwilligen Rückkehr zur Truppe Straffreiheit gewährte.¹² Im Sommer 1795 kehrten die erheblich reduzierten Potsdamer Einheiten in ihre Garnison zurück: Das 1. Bataillon Garde, das Grenadiergardebataillon v. Rohdich, die Ingenieurgeographen, die Colonnenjäger und mehrere Generalstabsbediente.¹³

Doch nicht nur in politischer Repression und militärischer Gewaltanwendung erschöpften sich die Reaktionen der Regierenden in Preußen auf die französische Herausforderung. Der offensichtlich wirksamen revolutionären Propaganda mußte Paroli auch in ideologischer Hinsicht geboten werden. Als ein Beispiel dafür soll hier ein im Frühjahr 1793 auch in Potsdam verbreiteter „Aufruf an die Patrioten Preußens zu Geldsammlungen“ näher vorgestellt werden. Mit dem Schreckensruf „Das Vaterland ist in Gefahr! Umsturz drohet seiner Verfassung, seiner Religion, dem Eigentum jedes Bürgers“ sollte den bis zu diesem Zeitpunkt vielleicht den Ereignissen in Frankreich wohlwollend gegenüberstehenden Bevölkerungsteilen Angst



Als in Paris die Bastille gestürmt wurde, ließ König Friedrich Wilhelm II. von Preußen ein neues Schloß bauen: Das Marmorpalais am Heiligen See (erbaut zwischen 1787 und 1791). Darstellung nach einer alten Postkarte.

eingejagt werden. Aber wohl wissend, daß ein frontales Angehen gegen die Wirkungen der Revolution nicht den erwünschten Umschwung im Denken der einstigen Sympathisanten erbringen könnte, gibt der anonyme Verfasser dieses Aufrufes für die einzelnen Etappen der Revolution differenzierte Wertungen. Solange eine gütliche Einigung zwischen König, liberaler Adelsfraktion und Bourgeoisie möglich schien, verlief die Entwicklung noch im normalen Gleise. Im Aufruf heißt es: „Jeder Freund der Menschheit mußte mit Vergnügen die ersten Schritte gehen, die ein unter dem Druck verjährter Mißbräuche . . . seufzendes Volk, vereint mit seinem König, zu einem glücklichen Dasein tat.“¹⁴

Diese Haltung entsprach generell dem Verhältnis des preußischen Bürgertums zur französischen Revolution. Den Maßstab zur Bewertung der Vorgänge in Frankreich bildete die Realität des eigenen Staatswesens, das nach Meinung eines erheblichen Teils des Bürgertums durch die Wirkungen des aufgeklärten Absolutismus friderizianischer Prägung eine Stufe erreicht hätte, die auch für Frankreich als erstrebenswert angesehen wurde. Ursachen der Revolution wurden in der Unfähigkeit der französischen Könige gesehen, Forderungen des Volkes aufzugreifen. Somit wurde geschlußfolgert, ein guter, aufgeklärter König mache eine Revolution überflüssig.

Als aber das Königtum im August 1792 beseitigt, die Republik ausgerufen und gar im Januar 1793 der einstige König von Gottes Gnaden enthauptet wurde, traten — so im Aufruf zu lesen — die „bluttriefenden Grundsätze der französischen Ruhestörer“ offen zutage.¹⁵ Im folgenden wurde der Aufruf mit entsprechenden Details ausgeschmückt über den rasenden Terror der französischen Revolution, um die Bürger daheim zu möglichst hohen Geldspenden für die Ausrüstung der Interventionsarmee zu veranlassen. (Wohl gemerkt: Der Aufruf entstand noch während der Herrschaft der Girondisten; jeder kann sich unschwer vorstellen, wie dann erst die Reaktion auf die Jakobinerdiktatur gewesen sein mußte!)

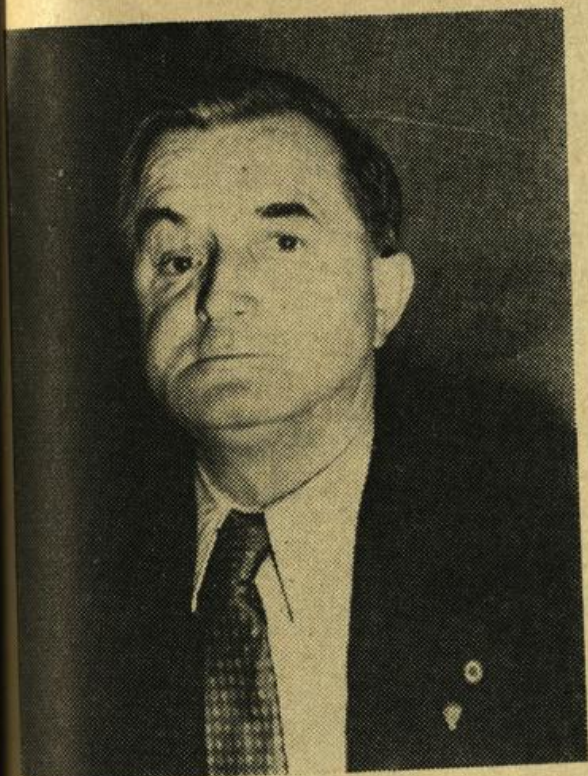
Zum Fazit unserer Darlegungen: Die Auswirkungen der Französischen Revolution auf Potsdam konnten nur mittelbare gewesen sein. Die Problematik liegt eingebettet in die Diskussion um die Periodisierung der deutschen Geschichte (1789 oder 1806/07). Unbestreitbar ist die initiatorische Funktion dieser klassischen bürgerlichen Revolution. Die Krise der preußischen Monarchie und damit auch ihrer Residenzstadt trat in den Jahren nach diesem welthistorischen Ereignis deutlicher zutage, wurde irreversibel und im Bewußtsein einer zunehmenden Bevölkerungszahl reflektiert. Unmittelbar bekamen es die Potsdamer dann mit dem „Degen“ der Französischen Revolution, Napoleon Bonaparte, zu tun, der als ihr Testamentsvollstrecker im Jahre 1806 die Niederlage des altpreußischen Staates perfekt machte.

Anmerkungen und Belege:

- 1 Vgl.: Staatsarchiv Potsdam. Rep. 19, Nr. 752, Bl. 19 f.
- 2 Vgl.: Stadtarchiv Potsdam 1-3/232.
- 3 Stadtarchiv Potsdam 1-3/430, Bl. 1.
- 4 Schwieger, K., Das Bürgertum in Preußen vor der Französischen Revolution, Diss., Kiel 1971, S. 366.
- 5 Vgl.: Stadtarchiv Potsdam 1-1/618, Bl. 88.
- 6 Vgl.: Ebenda, Bl. 90.
- 7 Vgl.: Ebenda, Bl. 94.
- 8 Staatsarchiv Potsdam. Pr. Br. Rep. 2S 122.
- 9 Haeckel, J. (Hrsg.), Geschichte der Stadt Potsdam, Potsdam 1912, S. 105.
- 10 Vgl.: Stadtarchiv Potsdam 1-3/51.
- 11 Müller, H., Zur Geschichte der Stadt Potsdam von 1789 bis 1871, Potsdam 1968, S. 9.
- 12 Vgl.: Stadtarchiv Potsdam 1-5/9.
- 13 Vgl.: Ebenda, 1-5/146.
- 14 Ebenda, 1-5/2.
- 15 Ebenda.

Arb
Obe
zun
Von V

Am 11.
burger
burgs
Es wa
Lied g
so ist
ihn im
verehr
in der
staltur
striell
Sein p
unter
Stadt
streng



Max Herm 1899 – 1982

Arbeiterfunktionär, Antifaschist, Oberbürgermeister — zum Gedenken an Max Herm

Von Wolfgang Kusior

Am 11. Dezember 1989 wäre der — nun schon legendäre — Funktionär der Brandenburger Arbeiterbewegung, Oberbürgermeister der Stadt und Ehrenbürger Brandenburgs Max Herm 90 Jahre alt geworden.

Es war sein Wunsch gewesen, daß einmal, an seinem Grabe, das alte proletarische Lied gesungen werden sollte: „Ein Sohn des Volkes will ich sein und bleiben“. Und so ist er im Herzen aller Brandenburger geblieben, die ihn persönlich kannten, die ihn im gemeinsamen Kampf um ein blühendes sozialistisches Brandenburg schätzen, verehren und lieben gelernt hatten — in einem Kampf, der seinen Ausgangspunkt in den Jahren des ersten Weltkrieges nahm und seine Erfüllung fand in der Gestaltung einer entwickelten sozialistischen Industriestadt Brandenburg, dem industriellen Herz des Bezirks Potsdam.

Sein politischer Weg führte von der ersten Brandenburger Arbeiterjugend-Gruppe unter der Leitung von Erich Baron und Franz Buchheim bis zum Ehrenbürger der Stadt Brandenburg, der noch in der Zeit des verdienten Ruhestandes nach der angestrengten Tätigkeit als Oberbürgermeister keine Ruhe fand und sich gemeinsam

mit seiner Frau und Mitkämpferin Mia Herm stellte, wenn es galt, der Jugend und Kollektiven von Werktätigen aus dem reichen, kampferfüllten Leben zu berichten, oder wenn es darum ging, wichtige Zusammenhänge bei der Erforschung der Geschichte der Brandenburger Arbeiterbewegung aufzuhellen.

Und so ist er uns in Erinnerung geblieben: Ein Sohn der Brandenburger Arbeiterklasse, der mit revolutionärer Ungeduld gegen Unternehmerwillkür im Klassenkampf mit großem Geschick aufzutreten verstand, der faschistischem Terror die Stirne bot und der in den Jahren des Neuaufbruchs ab 1945 bis in die Zeit des umfassenden Aufbaus des Sozialismus immer da zu finden war, wo Neuland zu betreten war. Mit vorwärtsdrängender Unruhe – immer das Wohl der werktätigen Menschen im Herzen – war er unbeugsam gegen den Klassenfeind, aber auch hartnäckig gegen engherzig-bürokratisches Denken in den eigenen Reihen.

So gilt er heute noch vielen Brandenburgern als Vorbild, als Beispiel eines Kommunisten.

In dieser biografischen Skizze über Max Herm wird selbstverständlich sein Platz in der Geschichte der Brandenburger Arbeiterbewegung und der Stadt Brandenburg gewürdigt, es wird versucht, seinen Kampf- und Lebensweg mit den Lehren des 70jährigen Kampfes der deutschen Kommunisten und des 40jährigen Aufbauwerkes



Gruppenbild der Arbeiter-Jugend Brandenburg 1913. Auf dem Bild rechts unten Genosse Max Herm, rechts neben dem Kind mit Hut Genosse Erich Baron. Das Bild wurde 1965 in der Arbeit von Alfred Zeitz „Zur Geschichte der Arbeiterbewegung der Stadt Brandenburg vor dem ersten Weltkrieg“ (S. 71) bereits in einem Ausschnitt veröffentlicht. Max Herm war damals auf dem Bild nicht identifiziert worden, und zur Herstellung des erforderlichen Bildformats wurde fast ein Viertel von der rechten Bildseite nicht veröffentlicht. Stadtarchiv Brandenburg. Reproduktion: Wünsche

der sozialistischen Gesellschaft in der DDR zu verbinden. Mit seinem Namen verbindet sich der Kampf um die Durchsetzung revolutionären Denkens und Handelns in der Brandenburger Arbeiterbewegung seit 70 Jahren; er selbst hat ihre Geschichte durch sein Handeln mit geschrieben, und so entsprechen die Hauptetappen seines Lebensweges auch den Perioden der Geschichte Brandenburgs in diesem Jahrhundert.

Dazu hat es schon eine Reihe von Veröffentlichungen gegeben. Der umfangreichste Versuch einer Biografie ist die Schrift „Kämpfer seiner Klasse“ von Günter Pätzold und Hans Baruth,¹ der eine Reihe von Fakten entnommen wird. Ein besonderer Akzent dieses Beitrages wird jedoch auf dem Versuch einer Darstellung seiner Tätigkeit als Oberbürgermeister von 1957 bis 1965 liegen. Insgesamt wird damit versucht, seinen Lebensweg als politischen Reifeprozess darzustellen, als Prozess des Sammels von Erfahrungen im politischen Kampf über Erfolge und Niederlagen, über Fortschritte wie auch über Fehler oder Irrtümer, aber immer als Prozess des Fortschritts, des Voranschreitens im Kampf gegen Gegner, Feinde oder Widerstände unterschiedlichster Art, oft auch unter schwierigsten persönlichen Lebensbedingungen, aber immer mit seiner Frau und Genossin Mia Herm an seiner Seite. Somit soll also eine differenzierte — aus der historischen Situation verständene — und mit historischem Abstand gesehene Wertung versucht werden.² Damit soll zur Verdeutlichung der Bedingungen, unter denen der Kampf der deutschen Kommunisten geführt wurde, beigetragen werden — ein Kampf dafür, daß ... ein aufblühender sozialistischer Staat (entstand), der fest mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten verbunden ist und eine reale Alternative zur menschenfeindlichen kapitalistischen Ausbeuterordnung darstellt“.³

Als Arbeiterjunge auf dem Weg zum jungen Revolutionär

Am 11. Dezember 1899 wurde in Brandenburg Max Herm als Sohn von Eltern geboren, die der Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften angehörten: Wilhelm Herm (gestorben 1918) und Martha Herm (gestorben 1948). Ihm folgten 1901 und 1903 zwei Geschwister — Margarete und Paul. In dieser Familie war es selbstverständlich, daß über den Gegensatz von Arbeitern und Unternehmern gesprochen wurde; der Vater war Funktionär seiner Partei. So war es auch selbstverständlich, daß Max von seinem Vater am 1. Mai mitgenommen wurde, wenn die Brandenburger Arbeiterschaft mit roten Fahnen, oft von kaiserlicher Polizei angegriffen, nach Wilhelmsdorf in den Krugpark marschierte, um für politische und soziale Rechte zu demonstrieren.

1907 zog die Familie in eine größere Wohnung in der Linienstraße 2, in ein Wohngebiet, welches gerade um 1900 als Arbeiterviertel entstanden war — oft mit menschenunwürdigen Wohnbedingungen (das Viertel heißt wegen des damaligen Bau-schwindels noch heute „Schwindelschweiz“).

Dort kam Max auf der Straße mit anderen Arbeiterkindern, oft auch Kindern aktiver Arbeiterfunktionäre zusammen.

Gemeinsam mit solchen Familien fuhren die Eltern sonntags mit ihren Kindern auf mühsam erworbenen Fahrrädern im Rahmen des „Arbeiter-Radfahrerbundes ‚Solidarität‘“ ins Grüne. Gemeinsam mit diesen Kindern ging Max auch sonntags abends in das Jugendheim der „Arbeiterjugend“, auf dem Hof des Hauses der „Konsumgenossenschaft ‚Vorwärts‘“ Steinstraße.⁴ Hier war am 7. Februar 1909 die erste Ortsgruppe der „Arbeiterjugend“ unter maßgeblicher Leitung von Erich Baron, des linken Sozialdemokraten und Redakteurs der „Brandenburger Zeitung“ — des Tages-

blattes der SPD in Brandenburg — entstanden. Dieser talentierte Propagandist und Agitator des Marxismus war zugleich pädagogischer Betreuer und Wanderleiter für die Jugendgruppe und schließlich am 27. Juli 1914 derjenige, der vor 4000 Brandenburgern im Garten des Volkshauses in aufrüttelnden Worten zum Widerstand gegen die Kriegspolitik und für die Erringung der Macht der Arbeiterklasse aufrief. Unter diesem Einfluß war Max Herm schon als Schuljunge aufgeschlossen für den sozialen und politischen Kampf seiner Eltern und deren Genossen. Diese Aufgeschlossenheit hing jedoch auch mit seiner überdurchschnittlichen Auffassungsgabe und seiner sich entwickelnden Emotionalität zusammen.

So gehörte er zu den besten Schülern in der „Volksschule“ (1906 — Rochowschule, 1907 — Jahnschule, 1912 bis 1914 Rolandschule).⁶ Das veranlaßte seine Lehrer, den Eltern den Besuch der Mittelschule (auch „Bürgerschule“ genannt) durch Max zu empfehlen.

Sicher waren es Gründe der sozialen Belastung, aber auch der Möglichkeit der sozialen Entfremdung, wenn sein Vater diesen Vorschlag mit der Bemerkung ablehnte: „Deine beiden Geschwister sind in der Volksschule, und du bleibst auch in der Volksschule.“⁷

Schon als Schulkind fiel sein Bedürfnis auf, sich mit starker innerer Bewegung zu engagieren. Er war der Beste, wenn es um das Aufsagen von Gedichten ging. Ehemalige Schulkameraden erinnerten sich, mit welcher Leidenschaftlichkeit er Gedichte wie „Die Glocke“ von Schiller oder „Prometheus“ von Goethe aufsagte. Im Jugendheim der „Arbeiterjugend“ regte er — nun schon ab 1914 Lehrling — andere Jugendfreunde an, sich mit Gedichten der Klassiker zu beschäftigen.⁸

Mit der gleichen Leidenschaftlichkeit nahm er Vorträge im Jugendheim auf und beteiligte sich an Diskussionen.

1914 bis 1917 erlernte er bei der Firma Spingat & Seelig in Brandenburg den Beruf eines Elektrikers. In diesen Jahren entschied sich seine weitere Entwicklung.

Der Kriegsbeginn 1914, die Auseinandersetzungen um die Bewilligung der Kriegskredite durch die Reichstagsfraktion der SPD, hatte nicht zuletzt auch in den Gruppen der „Arbeiterjugend“ zu erregten Debatten über das Verhältnis zu diesem Krieg und diesem „Vaterland“ geführt. Die 1908 in Berlin unter der Leitung von Friedrich Ebert sen. gebildete „Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands“ — das Leitorgan für die Arbeiterjugendgruppen — hatte ab 1914 über ihre Zeitschrift „Arbeiterjugend“ damit begonnen, Einfluß im Sinne der Erziehung zur „Vaterlandsverteidigung“, zu „Heldentum“ und „Tapferkeit“ im Krieg auszuüben. Diese neue Situation, aber auch die Bemühungen der vom Brandenburger SPD-Vorstand eingesetzten pädagogischen Betreuer zur Entpolitisierung, zur indifferenten Freizeitgestaltung der Arbeiterjugendgruppe lösten unter den Jugendlichen erste Zweifel, Widersprüche und Unsicherheiten im Vertrauen zu den älteren Genossen aus.

Bereits in seiner Lehrlingszeit wurde Max Herm von seinen Jugendfreunden zum Vorsitzenden der Gruppe gewählt.⁹

In dieses Spannungsfeld hinein drang nun ein Einfluß von außen — aus Berlin. Durch Treffen bei Wanderungen waren Freundschaftskontakte zu Berliner Arbeiterjugend-Gruppen geschlossen worden, die in Opposition zur Burgfriedenspolitik der SPD-Führung standen. Ihre aktivsten Vertreter, die regelmäßig nach Brandenburg kamen, waren Grete Haupt (Neukölln), Max Franke und Erna Fraenger (Weißensee).¹⁰

Sie lösten neuartige Diskussionen über die Kriegsziele des kaiserlich-imperialistischen Deutschland, über den Klassencharakter des Krieges und über die Notwendigkeit, den Krieg auf revolutionärem Wege zu beenden, aus.

Nach der Bildung der Gruppe „Spartakus“ 1916 hatten sich oppositionelle Arbeiterjugendgruppen unter der Leitung von Karl Liebknecht am 23. und 24. April 1916 in Jena auf einer illegalen Reichskonferenz getroffen und beschlossen, wo es möglich sei, revolutionäre Aktionen zu organisieren, sich vom Opportunismus abzugrenzen, den proletarisch-revolutionären Geist der Anfangsjahre in den Arbeiterjugend-Gruppen (1904 bis 1908) wiederherzustellen und sich der sozialistischen Jugendinternationale (Zentrale: Bern) anzuschließen. Diese Beschlüsse waren ohne wesentliche Wirkung geblieben. Verhaftungen, Kriegsopfer unter den Jugendgenossen und Resignation lähmten die Aktivität der Arbeiterjugend-Gruppen.¹¹

In Brandenburg war es den „Berlinern“ gelungen, bereits 1916 Aktionen auszulösen, die schließlich zu losen Formierungen einer Jugendopposition führten. Max Franke, ein junger Lithograph und hervorragender Redner aus Weißensee, war regelmäßig bei den Jugendtreffs sonntags abends in der Steinstraße zugegen, bis einmal durch das Eingreifen des sozialdemokratischen Redakteurs Franz Mitzkat eine Ansprache von Max Franke unterbunden werden konnte, die dann schließlich doch an einem anderen Ort mit 30 bis 40 Teilnehmern stattfand. Die weiteren Treffs 1916 und 1917 fanden vorwiegend in den Wohnungen der Jugendgenossen statt, deren aktivster Max Herm war.

Er stellte gemeinsam mit anderen Jugendfreunden auf Anregung von Grete Haupt Kontakte mit Rekruten des Füsilierregiments 35 her, um ihnen Flugblätter zu übermitteln.

Zu den Aktivitäten gehörte auch die Verteilung der Zeitung „Jugend-Internationale“, welche ab 1915 unter dem unmittelbaren Einfluß Lenins in Bern herausgegeben wurde.

Ein neuer Aufschwung der oppositionellen Jugendbewegung wurde im Frühjahr 1918 von Berliner Jugendgruppen ausgelöst, welche alte Verbindungen zu Gruppen in ganz Deutschland wieder aufnahmen.

Funktionäre der „Berliner“ trafen sich regelmäßig in der Wohnung von Hermann und Käte Duncker („Dunckerabende“). Dabei spielten die „Neuköllner“ (u. a. mit Conrad Blenkle) und „Weißenseer“ eine besonders aktive Rolle.

Die spätere führende Funktionärin des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands Marta Globig äußerte in ihren Erinnerungen dazu: „Es war, als fielen uns Schuppen von den Augen. Ja, wir mußten es so machen, wie es die Russen getan hatten.“¹² Am Vorabend der Novemberrevolution war es schließlich so weit: unter der Leitung von Karl Liebknecht wurde auf einer Reichskonferenz am 26./27. Oktober 1918 die oppositionelle sozialistische Jugendorganisation gebildet — die „Freie Sozialistische Jugend“.

Max Herm hatte indessen seine Lehre 1917 beendet, arbeitete danach vorübergehend in Premnitz und Lauta als Elektriker und wurde 1918 zuguterletzt noch zum Kriegsdienst nach Frankreich eingezogen.

In dieser Zeit unterhielt er einen lebhaften Briefwechsel mit Jugendgenossen der Arbeiterjugend-Gruppe, welche er aufforderte, sich am Antikriegskampf zu beteiligen. In brieflichem Kontakt beteiligte er sich an der Vorbereitung der Bildung einer oppositionellen Jugendorganisation in Brandenburg. Auch mit seinem Vater unterhielt er einen aktiven Briefwechsel und Gedankenaustausch. Diesem alten parteitreuen Sozialdemokraten waren die revolutionären Aktivitäten seines Sohnes nicht geheuer. So schrieb er ihm z. B. nach Frankreich: „Kümmere dich nicht so um die Rote Rosa!“ Ein Heimaturlaub anläßlich des Ablebens seines Vaters im Oktober 1918 nutzte Max, um gemeinsam mit anderen Jugendgenossen die Bildung einer Brandenburger Gruppe der „Freien Sozialistischen Jugend“ vorzubereiten.¹³

Zugleich nahm er Verbindung zu der Brandenburger Spartakusgruppe auf (Richard Müller, Karl Giesch, Wilhelm Benner u. a.), welche sich Januar 1919 unter Beteiligung von Max Herm zur KPD konstituierte.

Im Klassenkampf zwischen Novemberrevolution und 1933

Auch für Max Herm war die Novemberrevolution 1918 die erste bedeutende Erfahrungsetappe im Klassenkampf – noch in seiner Jugendzeit – gewesen. Er erlebte diese größte antiimperialistische Massenbewegung nach der vor einem Jahr in Rußland siegreich vollzogenen Oktoberrevolution noch als Soldat. Am Nachmittag des 9. November hatte sich im Volkshaus in Brandenburg im Verlaufe einer Massenansammlung in der Steinstraße ein Arbeiter-und-Soldatenrat unter dem gemeinsamen Vorsitz von Erich Baron, dem Sergeanten Hugo Schulder und dem Gewerkschaftsfunktionär Franz Gemoll konstituiert.

In einem überwältigenden Umzug durch die Stadt zogen viele Tausende von Arbeitern, Soldaten – nunmehr ohne militärische Abzeichen – durch die Stadt zu den Kasernen.

Die allgemeine Begeisterung über das Kriegsende, die Flucht des Kaisers und die Ausrufung der Republik erweckte große Hoffnungen auf die Zukunft. Obwohl auch in Brandenburg durch die ersten Maßnahmen des Arbeiter-und-Soldatenrates revolutionäre Potenzen und der Ansatz zu einer revolutionär-demokratischen Diktatur sichtbar wurden (revolutionär-militärische Einheiten, Einsetzung von Kommissaren, Verhinderung eines Putschversuches u. a.), blieb eine Differenzierung der Kräfte nicht aus.

Am 7. Januar 1919 war es rechten SPD- und Gewerkschaftsfunktionären gelungen, eine Massendemonstration gegen „spartakistische Unruhen“ zu organisieren, um die revolutionären Kräfte, die im Arbeiter-und-Soldatenrat die Mehrheit bildeten, zu isolieren. Am 9. Januar lehnten die Offiziere der Garnison die Vollmachten der Soldatenräte ab. Danach formierten sich die Soldaten des 35. Füsilierregiments und des Feldartillerie-Regiments 3 zu einer Demonstration, in der sie die Entlassung der Offiziere forderten. In dieser zugespitzten Entscheidungssituation stellte sich Max Herm – selber noch Soldat – an die Spitze seiner Kameraden und forderte in der St. Annenstraße am Ziel ihrer Demonstration von den im Arbeiter-und-Soldatenrat tätigen SPD-Funktionären, die Meinung der Soldaten zu respektieren. Nach dem Rückmarsch in die Kasernen sprach er erneut zu den Soldaten und forderte sie auf, die Offiziere zu entmachten und sich zur Kommandogewalt des Vollzugsausschusses der Soldatenräte zu bekennen. Am 14. Januar schließlich gelang es, das erklärte Ziel zu erreichen und zugleich mit dem Rücktritt der Offiziere die Aufstellung eines konterrevolutionären „Freiwilligen-Regiments“ zu verhindern.¹⁴ Mit dieser dramatischen Episode verbindet sich also das erste öffentliche Auftreten Max Herms.

Die Tätigkeit des Arbeiter-und-Soldatenrates wurde zunehmend durch den Einfluß opportunistischer und später sogar bürgerlicher Kräfte bestimmt, und am 23. Januar 1919 mußten schließlich nach einer heftigen Kampagne gegen das „Spartakus-Unwesen“ die revolutionären Mitglieder des Rates ihr Amt aufgeben. Erich Baron verließ am 1. Februar Brandenburg und zog in seine Heimatstadt Berlin zurück. Eine weitere Auseinandersetzung über den Charakter der weiteren Entwicklung, in der Max Herm als aktive Kraft auftrat, entwickelte sich im Zusammenhang mit der Neuformierung der „Arbeiterjugend“. Durch die Annullierung des „Reichsvereinsgesetzes“ von 1908 im Zuge der Novemberrevolution war es nunmehr möglich, eine einheitliche gesamtdeutsche Arbeiterjugend-Organisation zu bilden. Die erneute

Gründungsversammlung der „Arbeiterjugend“ Anfang 1919 (das genaue Datum ist bisher nicht feststellbar) im Brandenburger Volkshaus hatte als Vorsitzenden — wie früher bereits — Max Herm vorgeschlagen.

Diese Wahl wurde durch das Eingreifen des SPD-Vereinsvorstandes hintertrieben. Somit blieb den Linken in der Arbeiterjugend als Alternative zum reformistischen Kurs in der Jugendarbeit keine andere Wahl als die Gründung einer Brandenburger Gruppe der „Freien Sozialistischen Jugend“, die sich ab 1920 „Kommunistische Jugend Deutschlands“ (KJD und ab 1925 KJVD) nannte.

Zu den ersten Mitgliedern gehörten u. a. Max Herm, Willi Hamann, Grete Krüger (-Bartsch) und Liese Schwidewski.¹⁵

Bei der Gründungsversammlung der „Arbeiterjugend“ (später SAJ) kam es zu einer Begegnung mit Helmut Schinkel, einem Lehrerstudenten. Das war der Ausgangspunkt einer langwährenden Freundschaft und der Entwicklung Helmut Schinkels zu einem kommunistischen Pädagogen, der neben Bruno Kühn zu den Vorkämpfern der proletarisch-revolutionären Kinderbewegung wurde. Mit ihm verbindet sich die Erinnerung an das von ihm verfaßte „Proletarische Spielbuch“, an die deutschen Texte der Lieder „Matrosen von Kronstadt“ oder „Das Lied der roten Flieger“, „Dunja, unser Blümelein“ oder „Marussja“.

Als Mitarbeiter des Kinderbüros der Kommunistischen Jugendinternationale in Moskau und späterer Direktor der deutschsprachigen „Karl-Liebknecht-Schule“ in Moskau wurde er international wirksam. Sein tragischer Tod 1946 in der Sowjetunion im Zusammenhang mit falschen Beschuldigungen zwingt zu einer Neubewertung seiner Leistungen und Bedeutung.

Eine erneute Entscheidungssituation, die Max Herm zum besonderen Einsatz herausforderte, war der Kapp-Putsch 1920. In jener Zeit arbeitete er wieder als Elektriker in seiner früheren Firma Spingat & Seelig. Wie die Formierung der Kommunistischen Partei von Anbeginn im Spannungsfeld zwischen Revolution und Konterrevolution verlief, so auch entwickelte sich der politische Werdegang von Max Herm.

Im März 1920 hielten die extrem-reaktionären Kräfte des Finanzkapitals, Junkertums und Militarismus den Zeitpunkt für gekommen, das Kräfteverhältnis endgültig für sich zu entscheiden.

Wie in ganz Deutschland so legten auch in Brandenburg die Arbeiter am 13. März einmütig die Arbeit nieder. Im schnell gebildeten Aktionsausschuß der Brandenburger Arbeiterparteien vertraten Max Herm und Otto Ganske die KPD (4 Vertreter der SPD, 3 der USPD und 2 der KPD).

Bemerkenswert ist im Aufruf des Ausschusses vom 14. März die Feststellung: „Der Bruderzwist hat uns genug geschadet. Es wird Zeit, daß sich die Arbeiterschaft vereint in den Kampf für ihre Ideale begibt. Vereinzelt sind wir nichts, vereint alles! ...“¹⁶

Das Handeln von Max Herm im Rahmen des Aktionsausschusses war bestimmt von dem Bemühen, die Machtergreifung durch das Militär in Brandenburg abzuwehren. Trotz unterschiedlicher Auffassungen im Aktionsausschuß über die Arbeiterbewaffnung war es richtig, nach der provokativen Besetzung des SPD-Verlages in der St. Annenstraße durch Kürassiere auf Befehl des Garnisonsältesten am 14. März und nach deren Vertreibung durch die Teilnehmer einer gewaltigen Massendemonstration das Artillerie-Depot zu besetzen und Waffen und Munition zu beschaffen. In einem weiteren Einsatz durch Max Herm, Otto Ganske und das USPD-Mitglied Langsam im Schloß Plaue des Grafen von Königsmark gelang es, illegale Bestände von Waffen und Munition sicherzustellen. Das konnte aber den vom Garnisonsältesten ausgelösten Einmarsch Potsdamer Reichswehr am 15. März nicht verhindern,

in dessen Verlauf 3 Arbeiter, ein Dienstmädchen und ein 9jähriger Schüler erschossen und 4 weitere Personen schwer verletzt wurden.¹⁷

Die Geschlossenheit der Brandenburger Arbeiterklasse — z. B. bei der einmütigen Fortsetzung und Ausdehnung des Streiks — trug schließlich auch in Brandenburg zum Scheitern des Putsches bei und erwies sich auch in Brandenburg als Bewährung, „die zur wirksamsten Aktion der einheitlich handelnden Arbeiterklasse in der Weimarer Republik wurde.“¹⁸

Das war eine wichtige Erfahrung im weiteren Prozeß der Erkenntnis der Notwendigkeit einer breiten, massenverbundenen Bündnispolitik mit dem Ziel der Sicherung und Erweiterung demokratischer und sozialer Rechte im Rahmen der Weimarer Republik.

In den folgenden Jahren nach dem Kapp-Putsch blieb Max Herm unermüdlich im politischen Kampf seiner Partei tätig: von 1920 bis 1921 in der Genthiner Elektrizitätsgesellschaft, von 1921 bis 1922 im Brandenburger Stahl- und Walzwerk der Hugenbergschen „Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-AG“ und von 1922 bis 1924 in den „Berlin-Burger Eisenwerken“ in Burg. Dort lernte er Hermann Matern kennen und beteiligte sich nach dem Verbot der KPD 1923 durch den damaligen Reichspräsidenten Friedrich Ebert an der illegalen Weiterführung der KPD-Arbeit. Deshalb wurde er Ende 1923 in Burg für 4 Monate zur Untersuchung inhaftiert, danach vor Gericht gestellt und schließlich wegen Mangel an Beweisen freigesprochen.¹⁹

In den Inflationsjahren 1922/23 blieb er mit seinen Jugendfreunden in engem Kontakt. Dabei lernte er 1923 anlässlich eines Konzertes des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ im Schweizergarten (heute: Brandenburger Theater) seine spätere Ehefrau Mia kennen. Dem proletarischen Touristenverein gehörten vorübergehend die späteren kommunistischen Jugendfunktionäre und Freunde des Ehepaars Herm Ernst Altenkirch, Richard Kofke und Erna Bleike(-Nicolai) an.²⁰

Mia war aus einer kinderreichen Arbeiterfamilie in Deetz an der Havel gekommen, war seit dem 13. Lebensjahr Dienstmagd und später Fabrikarbeiterin gewesen und 1922 bereits als Sechzehnjährige wegen der Teilnahme an einem „wildem Streik“ und einer Flugblattaktion gemafregelt worden. Aus dem Erleben proletarischen Elends und bourgeoiser Unterdrückung entwickelte sie sich zur kommunistischen Funktionärin, die sich selbstlos an der Seite ihres Mannes den Belastungen der Parteiarbeit und des Klassenkampfes stellte.

1924 versuchte Max Herm in Brandenburg Arbeit zu bekommen. Der Arbeitsmarkt in Burg blieb ihm verschlossen.

Aus dem Brennabor-Werk, seinem nunmehr ersten Einstellungsversuch, wurde er nach etwa 4 Wochen als „unruhiges Element“ entlassen. Im Oktober 1924 kam er auf die „Schwarze Liste“ des Brandenburger Fabrikantenvereins.

Schließlich konnte er 1924 und 1925 bei zwei kleineren Unternehmen Arbeit bekommen, bis er 1926 in die Brandenburger Elektrizitätswerke eingestellt wurde. Sehr bald erwarb er dort das Vertrauen seiner Kollegen und wurde noch 1926 Betriebsrat.

In der Zeit der relativen Stabilisierung von 1924 bis 1929 — den sogenannten „Goldenen Zwanziger Jahren“ blieb das Lebensniveau der Brandenburger Arbeiterklasse unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt, so daß der Redakteur der „Brandenburger Zeitung“, der Vorsitzende der SPD-Stadtverordnetenfraktion Friedrich Ebert jun., später vor dem Stadtparlament erklären mußte, „daß die Löhne nirgends so niedrig sind wie in Brandenburg.“²¹

In dieser Zeit entwickelte sich Max Herm zu einem führenden KPD-Funktionär der Stadt Brandenburg und des gesamten Bezirkes.²² Dazu gehörten folgende Funktio-

nen: 192
Unterbez
ordneten
Brandenb
Mitglied
Hartnäck
Errungen
national
Kleinkar
klasse z
Das galt
klasse i
Gegensa
In diffe
ziel unt
darauf
Masse
sozial b
mannsch
Das ha
200 sel
einfluß
tarische

Fahr
Stadt

men: 1924 Vorsitzender der Brandenburger „Roten Hilfe“, 1926 Org.-Leiter des KPD-Unterbezirks Brandenburg und ab 1926 Abgeordneter der Brandenburger Stadtverordnetenversammlung und bald Fraktionsvorsitzender der KPD. Zum Mitglied des Brandenburgischen Provinziallandtages wurde er 1931 und im November 1932 zum Mitglied des Deutschen Reichstages gewählt.

Hartnäckige Kämpfe waren notwendig, um den Abbau demokratischer und sozialer Errungenschaften insbesondere seit den Notverordnungen 1924 und das Vordringen nationalistisch-reaktionärer Kräfte abzuwehren, um andererseits im unermüdlichen Kleinkampf Verbesserungen für die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse zu erringen.

Das galt um so mehr, als der tendenzielle Anstieg des Realeinkommens der Arbeiterklasse in Deutschland ab 1924/25 in Brandenburg fast nicht spürbar war und im Gegensatz dazu die Arbeitslosigkeit von 1924 = 200 auf 1927 = 4606 anstieg.²³

In differenzierter Abwägung der Dialektik zwischen Tagesziel – Teilziel und Fernziel unter strenger Beachtung der Priorität der Interessen der Werktätigen kam es darauf an, Erfahrungen zu sammeln für die Schaffung der Aktionseinheit mit der Masse der sozialdemokratisch orientierten Arbeiterschaft, aber auch mit anderen sozial benachteiligten Schichten. Für diesen Reifeprozess war die Bildung des Thälmannschen ZK 1925 die entscheidende Zäsur.

Das hatte für Brandenburg eine spezifische Bedeutung, standen doch neben etwa 200 sehr aktiven Kommunisten etwa 4500 Sozialdemokraten mit großem Masseneinfluß (Gewerkschaften, eine Vielzahl proletarischer Freizeitvereine). Dieses proletarische Potential der roten Arbeiterstadt Brandenburg wurde erneut sichtbar, als



Fahrkarte für das Mitglied des Deutschen Reichstages Max Herm. November 1932. Stadtarchiv Brandenburg.

1925 im größten Streik in der Geschichte Brandenburgs — dem Metallarbeiterstreik (Juli bis September) — geeint gehandelt wurde. Am 2. August gelang es Kräften des RFB und Reichsbanners, einen Stahlhelmaufmarsch abzuwehren. Bei der Protestdemonstration bewies Max Herm Kaltblütigkeit, indem er einen Faschisten entwarf. In seinem Betrieb — den Elektrizitätswerken — gelang es ihm als „rotem Betriebsrat“, zur Beseitigung außerordentlicher Unzulänglichkeiten im Gesundheits- und Arbeitsschutz beizutragen.

Ein wichtiger Höhepunkt im Klärungsprozeß zur Gestaltung einer flexiblen revolutionären Massenpolitik und zur Überwindung von Sektierertum und dogmatischen Positionen war der Rote Tag Pfingsten 1926 mit Ernst Thälmann. In der anschließenden Auswertung in der Gaststätte „Kühnes Volksgarten“ stellte er die kritische Frage: „Wo sind die Sozialdemokraten — wo ist das Reichsbanner?“²⁴

Zum Lob über die Mobilisierung von über 3000 Sympathisanten der KPD kam die Kritik: „Ihr habt zwar Menschen mobilisiert, aber ihr habt nicht verstanden, die Werktätigen für den gemeinsamen Kampf zu organisieren.“²⁵

Max Herm berichtete später: „Uns hat der Rote Tag und der Besuch von ‚Teddy‘ sehr geholfen. Wir haben erkannt, daß es notwendig war, noch wirksamer Kleinarbeit in Betrieben, in Gewerkschaften und in Wohngruppen zu leisten, die Interessen der Werktätigen zu vertreten, Kämpfe zu organisieren und die Einheitsfront herzustellen.“²⁶

Noch im selben Jahr 1926 gab es dazu zwei besondere Gelegenheiten: der Volksentscheid über die Fürstenenteignung am 20. Juni 1926 und die Oberbürgermeisterwahl im November. In einmütiger Auffassung mit der SPD gelang es, in Brandenburg ein Ergebnis von etwa 56 Prozent für die Fürstenenteignung (im Vergleich zu Deutschland = 36,4 Prozent) zu erreichen. Im November 1926 wurde durch die gemeinsame Wahl eines sozialdemokratischen Oberbürgermeisters in der Stadtverordnetenversammlung die Wahl eines konservativ-reaktionären Kandidaten verhindert. In den darauffolgenden Jahren verstärkte sich die Ausstrahlungskraft der Brandenburger Kommunisten unter der Arbeiterschaft durch eine konsequente Politik ihrer Interessenvertretung und durch die immer bessere Beherrschung der von Thälmann geforderten Methoden der Massenarbeit. Besonders in den Jahren von 1929 bis 1933, als die Arbeitslosigkeit über die Hälfte aller Brandenburger Arbeiterfamilien erfaßt hatte, erreichte der Kampf um die Sicherung elementarer Lebensbedingungen eine höhere Qualität. Die Brandenburger Unterbezirks-Parteiorganisation der KPD stand unter der Leitung von Paul Redlich, einem hervorragenden Propagandisten und Agitator, von Max Herm, Ernst Altenkirch und Gertrud Piter. 1931 besuchte Max Herm die Reichsparteischule der KPD „Rosa Luxemburg“ in Berlin-Fichtenau.

Aus den Jahren der Weltwirtschaftskrise läßt sich eine Reihe von bemerkenswerten Aktionen aufzählen, in denen Max Herm eine führende Rolle gespielt hatte: Hilfsaktionen gegen die Exmittierung von Erwerbslosen, Aktionen zur Herabsetzung der Strompreise, Abwehrkämpfe gegen angedrohte Lohnsenkungen (z. B. 1932 in der Kammgarnspinnerei Kummerlè).

Zeitweilig war er verantwortlicher Herausgeber der KPD-Zeitung „Rote BZ“. So trug auch er dazu bei, daß die Anzahl der Wählerstimmen für die KPD anläßlich der Reichstagswahlen z. B. von etwa 2,5 Tausend 1928 auf über 5 Tausend 1935 und auf etwa 6,7 Tausend 1932 anstieg.

Ein besonderer Höhepunkt in seiner bisherigen politischen Entwicklung war im November 1932 die Wahl Max Herms in den Reichstag.

Auf der Sitzung am 7. Dezember prangerte er die Leitung des Premnitzer IG Farbenwerkes an, die wegen unzureichender Sicherheitsmaßnahmen eine große Explosionskatastrophe verschuldet hatte.

Die größ
vorsitzer
1924 hat
burger
stellung
kamen
stand
zustande
mieten,
Klinik i
wirksam
Eine zu
als der
ordneter
Dabei v
KPD-Fr
Max H
regierte
muß, ab
Parteien
In dies
6. Febr
Genosse
schätzte
beiterk
zu bew
schen C
Es war
präsidi
Mai 19
Arbeits
den zu
abgele
Sicher
volle B

Als A

Das ö
Weima
Ziel v
durch
denbu
eingel
er da
beiter
lief.
Bei d
neter
teien

Die größten Erfahrungen im parlamentarischen Kampf erwarb er als Fraktionsvorsitzender der KPD in der Brandenburger Stadtverordnetenversammlung. Seit 1924 hatten beide Arbeiterparteien KPD und SPD die Stimmenmehrheit im Brandenburger Stadtparlament gegenüber dem sogenannten „Bürgerblock“. Unter Zurückstellung der — oft heftigen — Meinungsgegensätze gegenüber der SPD-Fraktion kamen mit den gemeinsamen Stimmen beider Arbeiterparteien gegen den Widerstand der bürgerlichen Parteien wichtige Beschlüsse im Interesse der Werktätigen zustande wie Maßnahmen des sozialen Wohnungsbaus, der Sicherung fester Niedrigmieten, des Brückenbaus und des Baus eines „Wohlfahrtsforums“ (heute: die Poliklinik im Bauhaus-Stil). Andererseits wurden solche Möglichkeiten des Zusammenwirkens nicht ausreichend genutzt.

Eine zugespitzte Situation war am 3. Februar 1932 im Stadtparlament entstanden, als der Bürgerblock mit seiner Mandatsniederlegung versucht hatte, die Stadtverordnetenversammlung zu sprengen und ein neues Kräfteverhältnis zu schaffen. Dabei versuchten sie, die Gegensätze zwischen KPD und SPD auszunutzen und die KPD-Fraktion ebenfalls zur Mandatsniederlegung zu bewegen.

Max Herm erklärte im Namen seiner Fraktion, daß zwar ein sozialdemokratisch regierter Magistrat die Brüningsche Notverordnungspolitik zwangsläufig mitmachen muß, aber die KPD in Brandenburg grundsätzlich sich nicht von den bürgerlichen Parteien gegen die SPD mißbrauchen läßt.

In diesem Zusammenhang hatte der SPD-Fraktionsvorsitzende Fritz Ebert am 6. Februar 1932 in der „Brandenburger Zeitung“ anerkannt, daß Max Herm und Genossen die Strategie und Taktik Lenins anzuwenden gelernt hätten.²⁷ Später schätzte er ein, daß es ihnen beiden — den Repräsentanten der Brandenburger Arbeiterklasse — in jener Zeit noch nicht gelungen wäre, sich gegenseitig differenziert zu bewerten im Interesse einer wirksamen Aktionseinheit in Abwehr der faschistischen Gefahr.²⁸

Es war u. a. Max Herm, der ihn vor der Illusion über das Verhalten des Reichspräsidenten Hindenburg nach seiner erneuten evtl. Wahl warnte und von dem ab Mai 1932 Angebote zur Mitwirkung bei der Bildung eines Einheitsausschusses der Arbeiter und der Organisierung außerparlamentarischer Kampfmaßnahmen gegen den zunehmenden Naziterror ausgingen.²⁹ Diese wurden selbst im Januar 1933 noch abgelehnt.

Sicher hatte dazu auch beigetragen, daß noch bis Ende 1932/Anfang 1933 nicht die volle Kampfkraft gegen den Faschismus gerichtet wurde.³⁰

Als Antifaschist von 1933 bis zur Befreiung

Das öffentliche Auftreten Max Herms in den parlamentarischen Einrichtungen der Weimarer Republik, aber auch im außerparlamentarischen Kampf, immer mit dem Ziel verbunden, konkrete Arbeiterinteressen in harter Klassenauseinandersetzung durchzusetzen, hatte ihm bereits vor der faschistischen Machtübernahme in Brandenburg eine hohe Achtung und Wertschätzung in der Brandenburger Arbeiterklasse eingebracht, auch bei vielen sozialdemokratisch orientierten Arbeitern. So hatte auch er dazu beigetragen, daß in der Zeit des Faschismus eine große Mehrheit der Arbeiter in Brandenburg sich nicht von der faschistischen Demagogie demoralisieren ließ.

Bei den Reichstagswahlen am 5. März 1933 wurde er erneut als Reichstagsabgeordneter gewählt. Dabei stimmten etwa 15 Prozent mehr Wähler für die Arbeiterparteien in Brandenburg als im Reichsdurchschnitt (46 Prozent : 30,6 Prozent).

Am 12. März 1933, dem Wahntag zum Provinziallandtag und zur Stadtverordnetenversammlung, erhielt er auch wieder das Mandat für diese Abgeordnetentätigkeit. Der Naziartei war es in Brandenburg nicht gelungen, eine Mehrheit im Stadtparlament zu erringen. Brandenburg blieb „rot“.³¹

Obwohl bis 1936 die sich verschiedentlich formierenden antifaschistischen Gruppen zerschlagen wurden (1934 der KPD und 1936 der SAP), blieb der Einfluß der Faschisten auf die Arbeiterklasse Brandenburgs relativ gering. Andererseits gab es während der Kriegszeit in der Rüstungsindustrie eine Vielzahl spontaner und illegaler Solidaritätsleistungen von Arbeitern gegenüber Zwangsverschleppten und Kriegsgefangenen aus ganz Europa.

Die Faschisten entwickelten Brandenburg zu einem Zentrum der Rüstung und des Terrors. Mit 9772 Euthanasiemorden, 1807 Hinrichtungen politischer Widerstandskämpfer³², der Ermordung von 18 Brandenburger Antifaschisten, von etwa 190 jüdischen Bürgern und dem Tod von 1111 Kriegsgefangenen oder Zwangsverschleppten (etwa ein Zehntel der nach Brandenburg Verschleppten) läßt sich pro Nazi-Tag eine Bilanz von durchschnittlich 2 bis 3 Morden in Brandenburg feststellen.

In Erwartung einer solchen Entwicklung wurden bereits Ende 1932 auf Beschluß des ZK der KPD Vorkehrungen für den eventuellen Übergang zur illegalen Arbeit getroffen. Max Herm erhielt den Auftrag, als politischer Leiter gemeinsam mit Willi Sägebrecht als Organisationsleiter eine selbständige Bezirksleitung für die Arbeit in der Provinz Brandenburg zu formieren.³³ So war er ab November 1932 außerhalb Brandenburgs tätig.



Max Herm (Mitte) als politischer Gefangener im faschistischen Konzentrationslager Lichtenburg. Foto im Besitz von Mia Herm

Nach der faschistischen Machtübernahme bemüht er sich, die Organisiertheit und Führung der Parteiarbeit zu erhalten³⁴ und sie den neuen Bedingungen anzupassen. Dazu gehörte die Schaffung eines Systems von Zellen und Instruktoren.

Deshalb bemühten sich die Faschisten sehr bald, seiner habhaft zu werden. Sie nutzten im Februar 1933 die bevorstehenden Wahlen aus, indem sie mit brieflichen Aufforderungen an ihn zur erneuten Kandidatur seinen Aufenthalt zu ermitteln versuchten. Mit Hilfe seines Schwagers Siegfried Schultze gelang es ihm, das zu verhindern.

Wenige Stunden nach der Entfesselung des Reichstagsbrandes unternahm die Polizei in den frühen Morgenstunden des 28. Februar in seiner Wohnung in Brandenburg, Vereinsstraße 18, vergeblich eine Hausdurchsuchung.

Am 24. März — nach den Wahlen — versuchte sie erneut — über Funkspruch —, ihn zu finden und zu verhaften. Das gelang erst am 4. April 1933 in Berlin anlässlich eines Treffs gemeinsam mit Willi Sägebrect und einem Genossen aus Wittstock in der Schönhauser Allee. Dieser hatte sich als Verräter erwiesen und beide Leiter der illegalen Provinzleitung der KPD den Faschisten ausgeliefert. Dieser Verhaftung folgten 14 Tage in der berüchtigten Folterstätte der SS in der General-Pape-Straße in Berlin: „Verhöre“ mit Schlägen und z. T. lebensgefährlichen Foltern.

Weitere 14 Tage blieben die Genossen Herm und Sägebrect im Polizeipräsidium in „Schutzhaft“; dieser folgten kurze Inhaftierungen in Spandau und Sachsenhausen, wo er den Fraktionsvorsitzenden der SPD und Brandenburger Stadtverordnetenvorsteher Friedrich Ebert traf. Dort hatte er Gelegenheit, mit Friedrich Ebert „ausgedehnte Gespräche über die Vergangenheit und über die Notwendigkeit der Einheit der Arbeiterklasse im Kampf gegen den Faschismus“³⁵ zu führen.

Mit Standhaftigkeit ertrug er alle Mißhandlungen und wurde unter Entzug seines Immunitätsrechtes ohne Gerichtsurteil für 6 Jahre in die Konzentrationslager Sonnenburg, Lichtenburg und Buchenwald gesperrt. Dort traf er erneut auf Brandenburger Genossen, nicht nur seiner Partei, sondern auch der SPD, wie z. B. 1933 im KZ Sonnenburg den Brandenburger Vorsitzenden des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Heinrich Witt, ein Sozialdemokrat, mit dem besonders heftige Auseinandersetzungen der Brandenburger Kommunisten über eine konsequente proletarische Klassenpolitik stattgefunden hatten in den Jahren der Weimarer Republik. Nun kamen sie auf neue Weise aufeinander zu.

Solche Begegnungen hatte Max Herm auch 1944, als er in dem KZ Sachsenhausen inhaftiert wurde und dort die Brandenburger SPD-Funktionäre Paul Voigt, Karl Petzli u. a. traf. Hier „entstanden Anfänge einer vertrauensvollen Zusammenarbeit deutscher Kommunisten und Sozialdemokraten“³⁶ — ein Vorgang, der oftmals mit schmerzhaften Auseinandersetzungen über die Lehren dieser größten Niederlage in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung verbunden war.

In den Jahren des KZ-Aufenthaltes bemühte sich Max Herm vor allem, dazu beizutragen, daß den Gefangenen der Lebensmut erhalten blieb. Er half anderen Genossen, z. B. seinem Brandenburger Mitkämpfer Paul Nita, bessere Arbeitsbedingungen zu verschaffen, und ermöglichte durch die geschickte Beschaffung eines Radios im KZ Lichtenburg Informationen zur politischen Entwicklung, insbesondere vom Moskauer Sender.

Ein Versuch der Faschisten 1934, ihn wegen der Herausgabe der „Roten BZ“ vor seiner Verhaftung gerichtlich zu verurteilen, schlug wegen mangelnder Beweise fehl.

Danach kam er in das KZ Lichtenburg und 1937 nach Buchenwald, wo er ebenfalls Brandenburger Genossen der KPD traf. Aus Buchenwald wurde er 1939 entlassen.

Das geschah im Zusammenhang mit den außenpolitischen Bemühungen der Faschisten, ab Mai 1939 die Beziehungen mit der Sowjetunion im Vorfeld der Kriegsentfesselung im Interesse einer für sie günstigen Konstellation vorübergehend zu „normalisieren“.

Kurz zuvor — im April — wurden Entlassungen aus den KZ vorgenommen.

Max Herm wurde durch die Gestapo eine Arbeit in seinem alten Betrieb, den Elektrizitätswerken Brandenburg, zugewiesen. Die wiedererlangte „Freiheit“ bedeutete, daß er unter Polizeiaufsicht stand, daß sein Arbeitseinsatz streng von der Gestapo überwacht wurde, daß er zum Schweigen über die Zustände in den KZ verpflichtet war und ihm jeder Kontakt mit Genossen verboten war. Eine entscheidende Erleichterung war aber die Möglichkeit, mit seinem Sohn Günter wieder zusammen sein zu können. Seit Oktober/November 1932 bereits war dieser in der Familie seines Onkels Siegfried Schultze in Pflege, das heißt ohne Vater und Mutter.

Mia Herm hatte im Oktober 1932 den Auftrag zu einem Schulbesuch in Moskau erhalten. Sie kam im Mai 1934 zurück und arbeitete illegal in Halle-Merseburg und dann zum Wiederaufbau der Parteiorganisation im Bezirk Magdeburg-Anhalt. Sie wurde am 3. Februar 1935 in Magdeburg verhaftet und am 8. August zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Danach kam sie in die Strafanstalt Jauer, wo sie 10 Jahre vorwiegend in Einzelhaft zubrachte. Sie im Zuchthaus, Max im KZ, und der Sohn wächst in der Familie ihrer Schwägerin und ihres Schwagers auf: das waren Belastungen, die nur schwer nachempfunden werden können. Trotzdem schrieb ihre Mitgefängene, die Brandenburger Genossin der SAP Friedel Hoffmann später über sie: „Trotz dieser hohen Strafe zeigte sich Mia Herm nie verzweifelt oder niedergedrückt. Sie bemühte sich immer, allen anderen Mut und Hoffnung zuzusprechen. Ihre tapfere Haltung, ihre vorbildliche solidarische Verbundenheit trugen ihr Liebe und Achtung aller Genossinnen ein.“³⁸

Mia und Max Herm brachten in den langen Jahren der Trennung eine geradezu übermenschliche Kraft auf, um sich gegenseitig zu stärken, sich Mut zu machen und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu erhalten. Im Mai 1935 schrieb sie an Max, daß er der größere Optimist sei, aber noch im Juni 1944 — nach jahrelangen schweren seelischen und physischen Belastungen — schrieb sie ihm: „Trotz aller Gefahr und Not wollen wir die Hoffnung und die feste Zuversicht, daß wir uns bald gesund wiedersehen, nicht verlieren.“³⁹

Alle Sorgen und Ängste gipfelten in dem Gedanken: „Ich muß immer an die Kinder, an unseren Jungen denken. Wieviel Entsetzen, Grauen und Elend müssen diese Kinder sehen und miterleben. Ihre Seelen werden erschüttert, ihre Gesichter bekommen harte Züge, früh hören sie auf, Kinder zu sein.“

Da offene Bekenntnisse gefährlich waren, dienten oftmals literarische oder kulturgeschichtliche Hinweise dem gegenseitigen Verstehen, z. B. auf Fidelio, auf Torquato Tasso oder Galilei.

Im August 1941 bekannte Max Herm seiner Frau und Genossin in einem Brief: „Ja, wir leben in einer großen, für den einzelnen aber schweren und harten Zeit... Ich denke immer, es wird für uns noch einen Mai geben.“

Zwischen 1939 und 1944 — dem Jahr seiner erneuten Inhaftierung — gelang es Max Herm, da er als Elektriker durch seine Firma viel herum kam, in einigen Fällen Verbindung zu Genossen im Zuchthaus Görden zu bekommen, wie z. B. im Brennabor-Werk 1941 mit Waldemar und Martin Schmidt, die dort als Arbeitsgefängene eingesetzt waren⁴⁰, und 1943 im Zuchthaus mit Ernst Altenkirch und Max Maddalena⁴¹.

Im August 1944 wurde er erneut verhaftet und in dem KZ Sachsenhausen inhaftiert. Dort traf er mit ehemaligen Funktionären der Brandenburger SPD zusammen. Insbesondere in den Gesprächen mit Paul Voigt wurde die feste Entschlossenheit gemeinsam entwickelt, nach der Befreiung mit aller Kraft zur Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse beizutragen.

Sein Einsatz in einer Außenstelle in Berlin-Siemensstadt ermöglichte es ihm, Kontakte zu sowjetischen Mithäftlingen und Zwangsverschleppten aufzunehmen,⁴² zu helfen, wo es möglich war und schließlich im Verlauf des Todesmarsches, gemeinsam mit Ottomar Geschke, im Moment der Befreiung wirksam zu handeln. Am 1. Mai 1945 konnte seine Kolonne bei Annäherung der Roten Armee in der Nähe von Zechlin die SS-Leute überwältigen, entwaffnen und der Roten Armee übergeben.⁴³

Diese zwölf Jahre des Hitlerfaschismus, insbesondere die 7 Jahre Haft in den KZ, hatten seine Standfestigkeit und seine kämpferischen Eigenschaften außerordentlich gefestigt.

Als Aktivist der ersten Stunde — in vorderster Linie beim Neubeginn

Somit gehörte Max Herm zu den im jahrzehntelangen Klassenkampf gestählten und erfahrenen Kadern, denen es oblag, wie im Widerstand als aktive Kraft so auch bei der Beseitigung der Kriegsfolgen und dem Übergang zum Neuaufbau wiederum an der Spitze zu stehen. So sehen die Jahre von 1945 bis 1957 Max Herm überall da, wo entscheidende Schritte für die Zukunft gemacht werden: 1945 als erster Oberbürgermeister in Brandenburg, danach ab September 1945 in Berlin, beteiligt am Aufbau der Zentralverwaltungen, danach im ZK der Partei und ab 1952 im Stahl- und Walzwerk Brandenburg, in einer Zeit entscheidender Entwicklungen, aber auch Auseinandersetzungen.

Unmittelbar nach seiner Befreiung begab er sich nach Berlin, um mit der Gruppe Ulbricht Kontakt zu bekommen. Über dieses Treffen mit Walter Ulbricht schrieb er später: „Er beauftragte mich, in meine Heimatstadt Brandenburg/Havel zurückzukehren und dort die kommunale Verwaltung aufzubauen.“⁴⁴ In einem sowjetischen Armeefahrzeug war er dann am 20. Mai in Brandenburg eingetroffen.

Der sowjetische Stadtkommandant Wolkow hatte indessen die bereits tätigen aktivsten Antifaschisten aufgefordert, über die Besetzung der neu zu bildenden Verwaltungsämter und insbesondere des Amtes des Oberbürgermeisters zu befinden. Nach dem Eintreffen von Max Herm und dem herzlichen Wiedersehen mit seinen Genossen schlug der Sozialdemokrat Paul Voigt vor: „Für uns ist klar, es gibt keinen Würdigeren für das Amt des Oberbürgermeisters als Max Herm. Er soll an der Spitze des Rates der Stadt stehen.“⁴⁵

Am 22. Mai konnte der neugebildete Magistrat mit 5 Kommunisten, 5 Sozialdemokraten und 5 bürgerlichen Antifaschisten dem Militärkommandanten vorgestellt werden.

Zu diesem Zeitpunkt war Mia Herm noch nicht zurückgekehrt. Sie hatte als Gefangene einen entsetzlichen Weg von Schlesien nach Lübeck zurücklegen müssen und konnte erst am 3. Juli 1945 ihren Mann in die Arme schließen. Der Sohn Günter war bis Ende 1945 noch in englischer Kriegsgefangenschaft.

In den wenigen Wochen seiner Amtstätigkeit wurden in Brandenburg wichtige Entscheidungen für die weitere Entwicklung Brandenburgs gefällt.

Die Stadt war durch die Kriegshandlungen zu 15 Prozent zerstört worden, dabei die Produktionsanlagen zu 70 Prozent, 27 Brücken waren zerstört, etwa 17 000 Obdachlose suchten eine Bleibe, alle lebensnotwendigen Verbindungen waren unterbrochen. Als entscheidender Schritt erwies sich die Bildung eines Aktionsausschusses beider Arbeiterparteien unter dem Vorsitz von Max Herm und Paul Voigt am 18. Juni, das Bekenntnis zum gemeinsamen Handeln und die Festlegung der wichtigsten Maßnahmen im Kampf gegen Hunger, Obdachlosigkeit, Arbeitslosigkeit, zur Liquidierung der Überreste des Faschismus, zur Wiederherstellung der demokratischen Rechte u. a. m.

Unermüdlich und selbstlos war er in diesen Wochen unterwegs, um z. B. die Lebensmittelversorgung, den Brückenbau, die Wiederherstellung der Stromversorgung einzuleiten, um auf Lehrer- und Schülerkonferenzen, auf Einwohnerversammlungen und Beratungen der Handwerker über den demokratischen Neubeginn und die Aufgaben zur Überwindung der Folgen von Faschismus und Krieg zu sprechen. Ein besonderes Augenmerk galt der Schaffung von Einrichtungen einer breiten, demokratischen Mitwirkung: der Schaffung von Ausschüssen, Kommissionen, Stadtbeiräten und Einrichtungen der Arbeiterkontrolle in den Betrieben. In dieser kurzen Zeit wurde die Produktion in den Betrieben wieder begonnen und das Kulturleben mit Theater- und Konzertveranstaltungen wieder in Bewegung gebracht: eine für die jüngere Generation unvorstellbar große Kraftleistung.

Die Leistungen des Brandenburger Aktionsausschusses und des Magistrats in jener Zeit galten für das Land Brandenburg als beispielhaft für die Organisation der Zusammenarbeit von Antifaschisten unterschiedlicher Parteibindung, insbesondere aber der beiden Arbeiterparteien.⁴⁶

Im September 1945 wurde Max Herm auf Initiative von Walter Ulbricht zur Mitarbeit beim Aufbau von Zentralverwaltungen nach Berlin berufen. Er wurde Vize-



Oberbürgermeister Max Herm bei der Grundsteinlegung für das Hochhaus in der Friedensstraße am 6. Juni 1959. Stadtarchiv Brandenburg

Wie i

präsi
für T
in die
des F
recht
große
im K
Betri
zentr
trieb
Imm
der
Betri
So is
deleg
der
Kam
ausg
entw
Eige
Als
sein
Ber



Wie ihn viele kannten: Max Herm inmitten seiner Brandenburger. Foto: Wernitz

präsident der Zentralverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge und Abteilungsleiter für Tarife, Löhne, Arbeitsschutz und Arbeitsrecht. Mit seinem Namen verbindet sich in diesem Zusammenhang die Überführung der Sozialversicherung in die Kompetenz des FDGB.⁴⁷ Für die Erarbeitung neuer Grundsätze in der Lohnpolitik, des Arbeitsrechts, der Sozialversicherung und des Arbeitsschutzes leistete er in dieser Zeit eine große theoretische und praktische Arbeit, bei der ihm seine bisherigen Erfahrungen im Kampf um die Durchsetzung von Rechten der Arbeiter — besonders auch im Betrieb — von großem Nutzen waren. In dieser Funktion trat er zu verschiedenen zentralen Anlässen auf, wie z. B. im November 1946 auf einer Konferenz der Betriebsräte der Textilindustrie oder 1947 auf dem Gründungskongress des DFD. Immer ging es ihm um das Wohl der arbeitenden Menschen, ob um die Sicherung der betrieblichen Mitbestimmung oder um die Gleichberechtigung der Frau im Betrieb.

So ist es auch verständlich, daß er gemeinsam mit seiner Frau 1947 auf der Kreisdelegiertenkonferenz der Partei gegen Erscheinungen autoritären Führungsstils in der Brandenburger Stadtverwaltung auftrat. Aus dieser Sicht schätzte sein alter Kampfgefährte Ernst Altenkirch wenige Monate später ein: „Er ... hat ein stark ausgeprägtes Klassenbewußtsein ... hat ein enges Verhältnis zu den Werktätigen, entwickelt Initiativen ... und ... ist sehr kritisch veranlagt...“. Diese wertvollen Eigenschaften machten ihn sicher immer wieder zu einem unbequemen Mitstreiter. Als bewegender Höhepunkt in seinem politischen Leben gestaltete sich schließlich seine Teilnahme am Vereinigungsparteitag von KPD und SPD im April 1946 in Berlin. „Es gab wohl kaum einen Genossen im Saal ... dem nicht die Tränen in den

Augen standen, als sich Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl die Hand zum historischen Händedruck reichten", sagte er später.⁴⁹

Seine Tätigkeit in Berlin verband sich aber wiederum mit großen Entbehrungen. Sein Geburtstag im Dezember 1945 war nun schon der 14. Geburtstag, den Max und Mia nicht gemeinsam feiern konnten. Es mußte eine Lösung gefunden werden. Im Oktober 1949 wurde Max Herm Abteilungsleiter im ZK der SED bis 1950, 1951 ging er zur Landesparteienschule Schmerwitz und begann im August 1952 eine neue Tätigkeit — wieder in seiner Heimatstadt.

Er wurde Direktor für Arbeit im VEB Stahl- und Walzwerk Brandenburg (SWB), dem ersten großen Industrieneubau der jungen DDR.

„Vor Ort“ stellte er sich den neuen Aufgaben, die jetzt darin bestanden, die Grundlagen für den Aufbau des Sozialismus — seines großen Lebensziels — zu schaffen. Es begann der Kampf um die Erfüllung der „gewaltigsten Aufgabe der Arbeiterklasse“, wie es Friedrich Engels einmal ausdrückte oder auch: „die Mühen der Ebene“ nahmen ihren Anfang, wie Brecht formulierte.

Der Betrieb befand sich in einer Anfangsphase seiner Entwicklung, wo es darum ging, Leitung, Planung, Technik und Produktion beherrschen zu lernen, wo es darum ging, immer mehr Stahl zu produzieren, koste es, was es wolle; denn „Stahl gibt Brot“ — so lautete damals die Losung.

Entsprechend hart waren die Belastungen und Anforderungen an die Kumpel. Kaum hatte Max Herm diese verantwortungsvolle Aufgabe übernommen, mußte er schon Front machen gegen ungerechtfertigt hohe Normen, aber auch gegen ungerechtfertigt hohe Erschwerniszulagen.⁵⁰

Die sich verschärfende Klassenkampfsituation Ende 1952, Anfang 1953 machte auch vor den Werktoeren nicht Halt. Die Organisierung des Schutzes der Arbeitermacht wurde immer dringlicher, Dazu gehörte am 20. Januar 1953 die Gründung der GST-Organisation, deren erster Vorsitzender er wurde, und dazu gehörte ab März die Bildung von Selbstschutzzügen der Partei.

Daß die Konterrevolution am 17. Juni 1953 im SWB keine wirksame Basis fand, wurde auch von ihm maßgeblich beeinflusst. In dieser Entscheidungssituation „stand er ohne Schwankungen zur Partei und Regierung und half dabei tatkräftig, die Handlungen der Provokateure der Fremdfirmen zu unterbinden“, hieß es später in einer Beurteilung seiner Arbeit im SWB.⁵¹

In den Jahren von 1953 bis 1957 konzentrierte er sich vor allem auf die Absicherung verstärkter sozialpolitischer Maßnahmen im Werk. Dazu gehörten: die Beseitigung der größten Arbeitsbelastungen (z. B. an den Generatoren und in der Gießgrube), die Schaffung neuer Garderobenräume, neuer Arbeiterschutzbekleidung, neuer Räume für Werkessen, der Baubeginn eines Kinderdorfes, die Schaffung von Kindertagesstätten, eines Ferienheimes in Bollmannsruh am Beetzsee, eines Pionierlagers dort in der Nähe und die Schaffung von Möglichkeiten für Buchverkauf und Buchausleihe (diese Maßnahme wurde vor 1953 ergriffen).

Er nahm Einfluß auf die Senkung der hohen Unfallziffern, kämpfte gegen die in jener Zeit noch hohe Fluktuation der Arbeitskräfte und setzte 1956/57 weitere Verbesserungen, z. B. für den Berufsverkehr, für das Werkessen (Wahlessen) und den Wohnungsbau durch.

Bereits am 9. September 1954 hatte er mit dem ersten Spatenstich für eine der ersten Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften der DDR, die AWG des SWB, ein bedeutsames Startsignal für die weitere Entwicklung Brandenburgs gegeben. Noch heute ist Max Herm vielen älteren SWB-Angehörigen als „unser Maxe“ in Erinnerung, als Beispiel eines volksverbundenen und volkstümlichen Arbeiterfunktionärs.

der nie
gewerk
angehö
Hennig
beredt

Als C

Am 4.
Komm
der St
Diese
komm
bürger
SED i
gedach
als Sch
„Es d
rascht
Demo
Die e
sich i
perio
phase
Jeder
Breite
tiefgr
Staat
fachu
arbei
ande
order
ande
Max
der
same
men
Zusa
Fron
Besc
male
Volk
In d
in E
sion
eine
lebb
Bau
Stac

der nicht müde wurde, oft im komplizierten Kleinkampf für die Erweiterung der gewerkschaftlichen Mitbestimmung und die Sicherung der Rechte von Betriebsangehörigen aufzutreten. Seine Ansprache vor Agitatoren am 26. Oktober 1956 in Hennigsdorf unter dem Motto: „Fällt keine herzlosen Entscheidungen!“ ist dafür ein beredtes Beispiel.⁵²

Als Oberbürgermeister und Ehrenbürger der Stadt Brandenburg

Am 4. Juli 1957 wählte die Brandenburger Stadtverordnetenversammlung nach den Kommunalwahlen am 23. Juni einstimmig Max Herm zum neuen Oberbürgermeister der Stadt.

Diese neue Aufgabe wurde seine bisher anspruchsvollste. Seine umfangreichen kommunalpolitischen Erfahrungen und Kenntnisse — wenn auch aus den Zeiten der bürgerlichen Demokratie — wurden bei dem Wahlvorschlag der Kreisleitung der SED in Rechnung gestellt. Die Grundhaltung, mit der er dieses Amt auszuführen gedachte, kam in seinem Schlußwort auf der Versammlung zum Ausdruck, als er als Schwerpunkte Kollektivität und engste Verbindung mit der Bevölkerung nannte. „Es darf nicht vorkommen, daß Teile der Bevölkerung durch Maßnahmen überrascht werden, von denen sie selbst keine Ahnung haben. Nur so können wir die Demokratie weiterführen...“⁵³

Die ersten Jahre seiner Amtstätigkeit waren dadurch determiniert, daß die Republik sich in einem Entwicklungsabschnitt befand, der durch den Abschluß der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus gekennzeichnet war, durch ihre „Endphase“.⁵⁴

Jeder weitere Fortschritt des Sozialismus hing davon ab, in welcher Qualität und Breite die sozialistische Demokratie zur Entfaltung kam. Das war die Zeit einer tiefgreifenden Staatsreform (Januar 1957: Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht ... und Februar 1958: Gesetz über die Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates), der Entwicklung der sozialistischen Brigadearbeit in den Betrieben, der Entfaltung der Genossenschaftsbewegung und vieler anderer neuartiger Schritte. Bis zu ihrer Durchsetzung mußten aber noch außerordentliche Anstrengungen unternommen werden, zumeist mit härtesten Auseinandersetzungen verbunden.

Max Herm richtete seine Bemühungen zuerst und vorrangig auf Veränderungen der Arbeitsweise der Organe des Staatsapparates. Dazu gehörte u. a. eine wirksamere Kontrolle der Durchführung der Beschlüsse der Volksvertretung, Maßnahmen der breiteren Einbeziehung der Bevölkerung — insbesondere durch ein engeres Zusammenwirken der Staatsorgane mit den Gewerkschaften und der Nationalen Front und der praktischen Einbeziehung der Abgeordneten in die Vorbereitung von Beschlüssen. Hier hatte es nicht unerhebliche Mängel und Erscheinungen einer formalen Arbeitsweise gegeben, verbunden mit Ressortgeist und Unterschätzung der Volksvertretung und ihrer Beschlüsse.⁵⁵

In dieser Zeit wurden z. B. durchgesetzt: die operative Tätigkeit der Abgeordneten in Betrieben und Einrichtungen, insbesondere im Rahmen der Ständigen Kommissionen, der „Tag des Volksvertreters“, die Bildung einer Stadtplankommission und eines Stadtbauamtes. Das war z. B. ein komplizierter Vorgang. Nach einer sehr lebhaften und kritischen Stadtverordnetenversammlung, die sich mit Mängeln im Baugeschehen auseinandersetzte, resümierte er: „So wie heute stelle ich mir eine Stadtverordnetenversammlung vor — ein Musterbeispiel für Demokratie ... ich

wünschte ... mehr kritische Auseinandersetzung. Darunter braucht die Freundschaft nicht zu leiden. Damit dienen wir unserem Werk, ... der Entwicklung unserer Stadt.⁵⁶

Nicht jeder Mitarbeiter des Rates war bereit, sogleich ihm zu folgen. Mit hohem persönlichem Einsatz versuchte er, in der praktischen Tätigkeit die Leitung der Prozesse immer besser beherrschen zu lernen. Das war nicht einfach, hatte er doch in den zurückliegenden Jahren seines unermüdlichen Kampfes in der vordersten Linie nicht die Zeit gehabt, sich gründlich auf diese Funktion vorzubereiten. Er gehörte zu den Letzten seiner Generation, die vor allem mit lebenslangen Kampferfahrungen im praktischen Alltag es lernten, zu regieren, während die nachfolgende Generation von Kadern bereits die Möglichkeit vorfand, sich mit dem notwendigen Hochschulstudium auf verantwortungsvolle Aufgaben vorzubereiten. Um so notwendiger war es, daß die entsprechenden Fachkräfte im Ratskollektiv ihm vorbehaltlos zur Seite standen.

Das konnte 1960 nach Auseinandersetzungen erreicht werden, nachdem der Genosse Kurt Seibt, damals 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED, unmittelbar zur Unterstützung des Genossen Herm in Brandenburg wirksam wurde.⁵⁷

Als eine weitere Unterstützung für ihn erwies es sich, daß ab Frühjahr 1961 der Genosse Werner Wittig die Funktion des 1. Kreissekretärs der SED übernahm.

Diese Anstrengungen zahlten sich aus. Nachdem mit dem Jahr 1961 eine entscheidende Schlacht im Kampf um den Frieden gewonnen war, trat auch in Brandenburg ein spürbarer Aufschwung im gesamten gesellschaftlichen Leben, verbunden mit einer Stabilisierung in der Arbeit des Rates der Stadt, ein.

Max Herm war von 1957 bis 1965 Oberbürgermeister — also 8 Jahre. Überschaut man diese Zeit, werden Veränderungen, die im Leben der Bevölkerung und im äußeren Bild der Stadt erreicht wurden, erkennbar. Brandenburg wird eine moderne sozialistische Industriestadt. Eine ganze Reihe von Entwicklungen unserer sozialistischen Gegenwart nahm in jener Zeit ihren Anfang.

Das begann 1958 mit dem „Aktionsprogramm für den weiteren Aufbau des Sozialismus im Stadtkreis Brandenburg bis 1960“. Diese Aufbruchstimmung widerspiegelte sich in solchen Losungen wie „Macht Brandenburg zur Stadt der Sozialisten!“ oder „Brandenburg — schöner denn je!“⁵⁸

Mit der Grundsteinlegung für den Block 1 in der Brielower Straße am 21. Juli 1959 begann der Aufbau eines neuen Stadtteils: Brandenburg-Nord. Das ist nun schon 30 Jahre her, als der extensive Wohnungsbau mit der „Großblock-Bauweise“ begann. Diese Epoche der Geschichte der Stadt geht nunmehr ihrem Ende zu, und nicht ohne Stolz kann 1989 festgestellt werden, daß 55 Prozent aller Brandenburger unter modernen Wohnbedingungen leben.

Das erste Kapitel dieser Geschichte hat Max Herm mitgeschrieben. Zu seiner Amtszeit gehören außer der Entstehung von Brandenburg-Nord weiterhin: 3 neue Schulen, ein Feierabendheim, diverse Kindereinrichtungen, einige Wohnviertel in zerstörten Bereichen der Neustadt und der Bau oder Baubeginn von 4 neuen großen Brücken. Auch hier war oft harter Kampf notwendig, waren nicht zuletzt auch harte ernste Auseinandersetzungen mit dem Bezirksbauamt um die für das Wohl der Bürger bestmögliche Lösung nötig.⁵⁹

In dieser Zeit begann die Perspektivplanung für die langfristige Entwicklung der Stadt. Die Bebauungspläne von 1961 und danach waren sicher die ersten Versuche,



Den Kämpfern gegen den Faschismus verpflichtet: Max Herm bei der Gründung des Bezirkskomitees Potsdam der Antifaschistischen Widerstandskämpfer, 30. Juli 1974. Foto: MV/Sperling

die schwierigsten Komponenten in ein harmonisches Gefüge zu bringen: das richtige Verhältnis zwischen Historischem und Neuem, zwischen sozialen und kulturellen Erfordernissen und ökonomischen Möglichkeiten.

Ungeachtet der Unsicherheit der ersten Schritte wurden damals Ideen geboren, die in den 70er und 80er Jahren ihre Verwirklichung fanden, wie der Zentrumsring West, oder die für die weitere Entwicklung durchaus noch bemerkenswerte Hinweise geben könnten, wie z. B. für die Straßenführung des Zentrumsringes Ost.⁶⁰

Auch die Planung für das Wohngebiet Görden-Hohenstücken begann in jener Zeit, erstmals auf der 1. außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung am 21. März 1963 vorgetragen.⁶¹

Für die Entwicklung der Industrie wurden wesentliche Veränderungen eingeleitet, wie z. B. die Rekonstruktion des SWB, die Umlagerung und Umprofilierung des Traktorenwerkes und der Reichsbahnwerke in Kirchmöser. In den Bereichen der Dienstleistungen und des Handels wurden neue Schritte gegangen, so auch im Bildungswesen und in der Kulturpolitik.

1962/63 begann z. B. der Übergang zur Polytechnischen Oberschule.

Seit 1963 werden jährlich die Havelfestspiele begangen, seit 1960 hat Brandenburg seinen in der Bevölkerung begehrten „Kulturspiegel“, seit dieser Zeit wirkt die Musikschule, mit der Max Herm einen sehr engen persönlichen Kontakt hatte.

Solche Kontakte waren für ihn auch selbstverständlich mit dem Fontaneklub, wo er regelmäßig in anspruchsvollen thematischen Klubabenden sich dem Forum interessierter Gäste stellte.

In diesen Jahren machte das Brandenburger Theater mit bemerkenswerten Brecht-Inszenierungen DDR-weit auf sich aufmerksam. Mia und Max Herm waren regelmäßig Besucher des Theaters. Die persönliche kulturelle Bildung war ihnen von früher Jugend an Herzensbedürfnis, und so forderte Max Herm auch von anderen Leitern eine entsprechende Haltung.

Ein herzlicher Kontakt verband beide — Max und Mia — mit dem Volkschor, dem Traditionsträger der alten Brandenburger Arbeiterkultur.

Auf der 3. Stadtverordnetenversammlung im Dezember 1962 kritisierte er zu Recht: „Die aufopferungsvolle Tätigkeit dieser Pioniere unseres volkstümlichen Kunstschaffens findet zu wenig Beachtung.“⁶²

Am meisten lag ihm aber die Gestaltung einer lebendigen, echten, sozialistischen Demokratie am Herzen.

Immer wieder lenkte er seine Mitarbeiter und Genossen auf die Verwirklichung eines bürgernahen, volksverbundenen Arbeitsstils, so wie er ihn auch aus tiefster Überzeugung vorlebte. Nicht selten verwies er auf Gespräche mit Werktätigen wie z. B. einem Arbeiter, der sagte: „Ich mache mit, wenn es nicht nur darum geht, Sitzungen zu besuchen und zu reden, sondern wenn ich die Möglichkeit habe, mit zu entscheiden.“⁶³

Er mahnte: „Auf uns schaut man und erwartet, daß wir unsere Aufgaben verantwortungsbewußt lösen im Interesse der Einwohner.“⁶⁴

Als er 1965 im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen Bilanz zog, gab er ein Bekenntnis ab, welches den gesamten Entwicklungsweg unseres Landes markierte: „Vergessen wir nie, daß unser antifaschistisch-demokratischer Aufbau so schnell erfolgen konnte, weil wir uns stützen konnten auf die feste, unverbrüchliche Freundschaft mit der Sowjetunion ... Groß sind die Erfolge, die wir ... erreicht haben ... Das wurde nur möglich, weil uns das Erlebnis der eigenen Kraft, die Erfahrung des eigenen Nutzens zu immer neuen Erfolgen führte.“⁶⁵

Als Max Herm im Oktober 1965 in den verdienten Ruhestand ging und mit der Ehrenbürgerwürde geehrt wurde, konnte zu Recht erklärt werden: „Sein ganzes Leben ist durch den Kampf für den Sozialismus, für den Frieden und für das Zusammenwirken aller demokratischen Kräfte gekennzeichnet. Dadurch erwarb er sich hohes Vertrauen unter allen Schichten der Bevölkerung unserer Stadt.“⁶⁶

Die 17 Jahre danach, die ihm noch blieben, blieb Max Herm weiterhin unermüdlich, gemeinsam mit Mia mit gewohnter Vitalität aufzutreten: vor Kindern und Jugendlichen, Soldaten und Arbeitern, jungen Abgeordneten und in Bürgerversammlungen.

Eine wichtige Seite der Arbeit nach 1965 bestand in der Tätigkeit als Vorsitzender der Revisionskommission des Städte- und Gemeindetages der DDR. Durch häufige Begegnungen mit Kommunalpolitikern — insbesondere auch aus West- und Nordeuropa — trug er dazu bei, daß in der ersten Hälfte der 70er Jahre die Hallstein-Doktrin durchbrochen werden konnte und die DDR weltweit diplomatisch anerkannt wurde.

Nach einer Begegnung mit ihm in Angers 1967 in Frankreich bekannte der Bürgermeister von Dijon: „Mein Herr, wenn alle Deutschen so wären, wie Sie, dann wären uns Hitler und die zwei Weltkriege erspart geblieben!“⁶⁷

Am 7
mit d
Er ve
körpe
Weg
gem
So tr
erziel

Anme

1 P

2 S

3

4

5

6

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

Am 7. April 1982 verstarb Max Herm, mit hohen Auszeichnungen geehrt, vor allem mit dem Karl-Marx-Orden.

Er verkörperte ein Stück Geschichte der Brandenburger Arbeiterbewegung, er verkörperte den 70jährigen Reifeprozess der deutschen Kommunisten, den 40jährigen Weg unserer Republik, immer mit revolutionärer Unzufriedenheit und ungeduldigem Vorwärtsdrängen.

So trug er dazu bei, auch in Brandenburg eine Generation jüngerer Revolutionäre zu erziehen, die bereit und fähig sind, das Erbe weiterzuführen.

Anmerkungen:

- 1 Pätzold, Günter/Baruth, Hans, Kämpfer seiner Klasse, Brandenburg, o. J.
- 2 Siehe: Diehl, Ernst/Zimmermann, Fritz, Die Geschichte unserer Partei – ein Kraftquell weiteren Vorschreitens, in: Einheit 7 – 88, Berlin, S. 635 f.
- 3 70 Jahre Kampf für Sozialismus und Frieden für das Wohl des Volkes / Thesen des ZK der SED zum 70. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands, in: Einheit, ebenda, S. 629
- 4 Aus der Erinnerung von Margarete Kusior, geb. 1900, Brandenburg, Veteranin
- 5 Siehe: Zeitz, Alfred, Zur Geschichte der Arbeiterbewegung der Stadt Brandenburg vor dem ersten Weltkrieg, Potsdam 1965, S. 54
- 6 Auskunft der Genossin Mia Herm, Brandenburg, Veteranin
- 7 zit. nach Pätzold/Baruth, a. a. O., S. 7
- 8 Erinnerung von Marg. u. Fritz Kusior
- 9 lt. Anmerkung 4
- 10 ebenda
- 11 Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Autorenkollektiv, Berlin 1983, S. 31 ff
- 12 zit. nach: ebenda S. 34
- 13 lt. Anmerkung 6
- 14 Siehe: Pätzold/Baruth, a. a. O., S. 9; Mitzkat, Franz, Aus den Tagen der Revolution in Brandenburg (Havel), Brandenburg 1919, S. 50 f und Beutel, Heinz/Zeitz, Alfred, Die Novemberrevolution 1918 und die Gründung der Kommunistischen Partei in Brandenburg, Brandenburg 1958, S. 49 f
- 15 Erinnerung von Margarete Bartsch, Brandenburg, Veteranin
- 16 zit. nach: Bogedain, Bernhard, Hefz. Klaus, Aktionseinheit schlug Reaktion, in: Brandenburger Kulturspiegel Nr. 3–1980, S. 3
- 17 ebenda, S. 6
- 18 siehe Anmerkung 3, a. a. O., S. 592
- 19 Pätzold/Baruth, a. a. O., S. 13
- 20 Erinnerung der Genossin Mia Herm
- 21 Rote BZ, Nr. 8–1929, Stadtarchiv Brandenburg (StA Brdgbg.)
- 22 Bogedain, Max Herm 80 Jahre alt, in: Brandenburger Kulturspiegel 12–1979, S. 2

- 23 Verwaltungsberichte der Stadt Brandenburg, StA Brdbg.
- 24 Erinnerung der Genossin Mia Herm
- 25 Ernst Thälmann in Brandenburg, Prieros und Ziegenhals, Autorenkollektiv, Potsdam 1986, S. 12
- 26 ebenda
- 27 Brandenburger Zeitung vom 6. 2. 1932, StA Brdbg.
- 28 Ebert, Friedrich, Der Sozialismus — die Zukunft Deutschlands, Berlin 1964, S. 300
- 29 Vofke, Heinz, Friedrich Ebert — ein Lebensbild, Berlin 1987, S. 53 ff
- 30 siehe: Die Rote BZ, Wahl-Sondernummer November 1932, StA Brdbg.
- 31 Bogedain/Hefj, Der Kampf der Brandenburger Kommunisten gegen die faschistische Diktatur in den Jahren 1933 bis 1945, in: Brandenburger Blätter 2—1979, S. 27, Brandenburg
- 32 Bergschicker, Heinz, Deutsche Chronik 1933—1945, S. 417 u. 541, Berlin 1985
- 33 Pätzold/Baruth, a. a. O., S. 25; Hefj/Bogedain, Beiträge zum antifaschistischen Widerstandskampf der Arbeiterklasse unter Führung der KPD in der Stadt Brandenburg in den Jahren 1933 bis 1945, Brandenburg, o. J., Teil I, S. 16
- 34 siehe: 70 Jahre Kampf . . . , a. a. O., S. 604
- 35 Vofke, Heinz, a. a. O., S. 68; Ebert, Friedrich, a. a. O., S. 222
- 36 70 Jahre Kampf . . . , a. a. O., S. 605 u. 607
- 37 Hefj/Bogedain, Beiträge . . . , a. a. O., Teil I, S. 47 f
- 38 zit. nach: ebenda S. 48
- 39 siehe: Nachlaß der Familie Herm, Nationale Mahn- und Gedenkstätte Brandenburg (und folgende Zitate)
- 40 Frenzel, Max/Thiele, Wilhelm/Mannbar, Artur, Gesprengte Fesseln, Berlin 1975, S. 139 f
- 41 Hefj/Bogedain, Beiträge . . . , a. a. O., Teil II, S. 25
- 42 siehe: Anmerkung 22
- 43 Bezirksparteiarchiv Potsdam der SED (BPA Pdm.), V 402/v/374; weiterhin: Information der Genossin Mia Herm
- 44 BPA Pdm., ebenda
- 45 zit. nach: Blobel, Herbert, Ein neues Zeitalter beginnt in Brandenburg!, in: Brandenburger Kulturspiegel Nr. 1—1974, S. 5
- 46 Der 40. Jahrestag des Sieges über den Hitlerfaschismus und der Befreiung des deutschen Volkes, Potsdam 1985, S. 18
- 47 BPA Pdm., a. a. O.
- 48 ebenda
- 49 zit. nach: Pätzold/Baruth, Kämpfer . . . , a. a. O., S. 46
- 50 Stresow, Friedhelm, Geschichte des Stahl- und Walzwerkes (Diss.)
- 51 BPA, Pdm., ebenda
- 52 siehe: Pätzold/Baruth, Kämpfer . . . , a. a. O., S. 46
- 53 StA Brdbg., 2010/107
- 54 Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik, Autorenkollektiv, Berlin 1981, S. 199
- 55 BPA Pdm., IV/402/907
- 56 StA Brdbg., 2010/111
- 57 BPA Pdm., V/402/v/374
- 58 StA Brdbg., 2010/126
- 59 siehe: StA Brdbg., 2010/224
- 60 Der ehrenamtliche Helfer, Nr. 7—1961, Brandenburg, S. 3 ff.
- 61 StA Brdbg., 2010/214
- 62 StA Brdbg., 2010/209
- 63 StA Brdbg., 2010/240
- 64 StA Brdbg., 2010/209
- 65 StA Brdbg., 2010/245
- 66 StA Brdbg., 2010/247
- 67 Stadt und Gemeinde, Nr. 9—1967, Berlin

Die Deutsche Demokratische Republik - ein Staat des Friedens von Geburt an

Zur Entstehung von Friedenskomitees im Land Brandenburg
1949/50

Von Jürgen Pfeiler

„Zum ersten Mal in der Geschichte Deutschlands wurde ein demokratischer deutscher Staat und ein friedliebender deutscher Staat geschaffen. ... der Kampf für einen dauerhaften Frieden ist das oberste Gesetz der Deutschen Demokratischen Republik.“¹ Otto Grotewohl, der dies als Vorsitzender der SED auf dem III. Parteitag der SED am 21. Juli 1950 feststellte, hatte als Ministerpräsident an der Wiege des neuen Staates mit seiner Regierungserklärung vom 12. Oktober 1949 den neu einzuschlagenden Weg programmatisch als „den Weg des Friedens und der Demokratie“ charakterisiert.²

Zwischen beiden Feststellungen, die wir sinngemäß in der Rede Erich Honeckers auf der Festveranstaltung anlässlich des 70. Jahrestages der Gründung der KPD wiederfinden³, lagen die ersten zehn Monate des jungen Staates. In seinem ersten Lebensjahr lassen sich viele Beweise dafür, daß die erklärte Absicht — jenes „oberste Gesetz“ — auch in politische Praxis umgesetzt wurde, finden.

Dazu gehört auch das Entstehen einer Bewegung, die sich, mit und neben der Volkskongreßbewegung und der Nationalen Front entwickelnd, auf den Friedensgedanken konzentrierte.

Das soll hier am Land Brandenburg unter besonderer Berücksichtigung des Bezirkes Potsdam nachgewiesen werden.⁴

Auftaktbeispiel: Waldemarstraße 7 in Potsdam

Auf der Titelseite des Organs der SED „Märkische Volksstimme“ vom 24. April 1950 erschien eine Mitteilung über das Haus Waldemarstraße 7 in Potsdam mit folgendem Text: „Folgt dem Beispiel — unterstützt wie diese Hausgemeinschaft die kommende Unterschriftensammlung!“⁵

Worum ging es?

Eine Kurzantwort finden wir auf der gleichen Seite, auf der auch der „Aufruf des Deutschen Komitees der Kämpfer für den Frieden — An alle, die guten Willens sind“ abgedruckt war, in den folgenden Worten von Ministerpräsident Otto Grotewohl: „Es kommt jetzt darauf an, dieses Beispiel auf ganz Deutschland zu übertragen. Jedes Haus, jedes Dorf und jede Stadt muß zu einer ‚Waldemarstraße 7‘ werden. Ich begrüße ... die Initiative der Bewohner dieses Hauses, geschlossen durch ihre Unterschrift unter dem Aufruf des Komitees der Friedenskämpfer ihre Bereitschaft für den weltumspannenden Friedenskampf zu dokumentieren.“

In welchem historischen Umfeld wurde dieses Potsdamer Beispiel geboren, und was wurde daraus?

Weltfriedensbewegung inspiriert nationale Friedensbewegung

Seit 1945 lebt die Menschheit mit der Freude über die Beendigung des zweiten großen Völkermordens in diesem Jahrhundert, aber auch mit der Angst vor einer Wiederholung dessen, was die USA Hiroshima und Nagasaki widerfahren ließen. Aus dem Widerspruch zwischen der tiefen Friedenssehnsucht der Völker und der vom Imperialismus ausgehenden Gefahr eines dritten Weltkrieges entstand 1948/49 eine weltweite Bewegung unterschiedlichster Kräfte für den Frieden.

Die USA und ihre Verbündeten waren von den Zielen der Antihitlerkoalition abgerückt, entfachten ab 1947 den kalten Krieg gegen jeglichen gesellschaftlichen Fortschritt, spalteten Deutschland und verzögerten den Abschluß eines Friedensvertrages mit ihm. Sie gründeten im April 1949 die NATO.

Die USA wollten unter Ausnutzung ihres Atomwaffenmonopols das weitere Erstarren des sozialistischen Lagers bremsen und es letztlich wieder aus der Welt schaffen. Daß imperialistische Politik dabei auch einen dritten Weltkrieg und den Einsatz von Atomwaffen ins Kalkül zog, beweisen Kriegsplanungen⁷ des Pentagon wie „Offtackle“ und „Dropshot“ sowie das militärische Eingreifen der USA in Korea ab Sommer 1950.⁸

Dagegen verhinderte die UdSSR mit ihren Verbündeten durch vielfältige politische und diplomatische Aktivitäten sowie mit der Beseitigung des amerikanischen Atomwaffenmonopols im Jahre 1949 eine militärische Auseinandersetzung bei Einsatz von Massenvernichtungsmitteln.

Die Friedensbemühungen auf staatlicher Ebene wurden von solchen auf der gesellschaftlichen ergänzt. Sie waren hauptsächlich gegen die Atomkriegsgefahr gerichtet. Die 1949 entstandene Leitung der Weltfriedensbewegung nahm Einfluß auf die Formierung der Friedenskräfte im nationalen Rahmen. Hierfür war der Boden besonders in den sozialistischen Staaten günstig, auch in kapitalistischen Ländern mit starkem Einfluß linker Kräfte. Im Zusammenhang mit der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung des I. Weltfriedenskongresses vom April 1949 entstand auf dem Gebiet der späteren DDR am 10. Mai 1949 mit dem Deutschen Komitee der Kämpfer für den Frieden das erste zentrale Leitungsgremium einer deutschen Friedensbewegung nach 1945.⁹

Im Frühjahr 1949 finden wir auch Ansätze für eine organisierte Friedensbewegung im Land Brandenburg.

Als Reaktion auf den Aufruf des Internationalen Verbindungsbüros der Intellektuellen vom 25. Februar 1949 zur Vorbereitung des 1. Weltfriedenskongresses¹⁰ kann ein Aufruf „Bekennet euch zum Frieden!“¹¹ gewertet werden, der am 28. März 1949 in der „Märkischen Volksstimme“ erschien. Er war von dem Landesvorsitzenden des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, dem Maler Otto Nagel, an erster Stelle unterzeichnet.¹²

Der Aufruf ist aus einer Zusammenkunft von Vertretern der Parteien und Massenorganisationen am 26. März 1949 in Potsdam hervorgegangen. Dort hatte sich ein Initiativkomitee zur Vorbereitung des 1. Weltfriedenskongresses unter Vorsitz des Schriftstellers Hans Marchwitza für das Land Brandenburg konstituiert. Auf der ersten Arbeitssitzung des Komitees am 30. März 1949 rief Marchwitza dazu auf, in den Kreisen Ausschüsse zu bilden.¹³ Sie sollten Kundgebungen zur Propagierung des Weltfriedenskongresses organisieren. Solche lassen sich u. a. in Potsdam, Teltow, Luckenwalde und Perleberg nachweisen.¹⁴ In Brandenburg (Havel) versammelten

Männer, Frauen und Jugendliche des Landes Brandenburg!

Bekehmt Euch zum Frieden!

Schon wieder sind Mächte am Werk, die die Welt in einen neuen Krieg stürzen wollen. Mit allen Mitteln der modernen Propaganda versucht man, eine Kriegspsychose zu entfesseln, die brutalsten Instinkte bei den Menschen wachzurufen. Erneut sollen Millionen Männer, Jugendliche, Frauen, Kinder geopfert und Städte und Dörfer der Vernichtung preisgegeben werden.

Wir sind dabei, in unserem Land mit einer ungeheuren Anstrengung, unter großen Opfern und Entbehrungen die Zerstörungen des letzten Krieges zu beseitigen, Wunden zu heilen, aus Trümmern neue Städte und Industrien erstehen zu lassen, damit unser Volk wieder in einer Welt des Friedens ein menschenwürdiges Dasein führen kann. Unsere ganze Arbeit wäre sinnlos, wenn es den Kriegstreibern gelänge, ihr Vorhaben zu verwirklichen. Deutschland würde restlos der Vernichtung anheimfallen und die Welt in ein neues, noch schrecklicheres Chaos gestürzt werden. Die wenigen uns verbliebenen Kulturgüter würden endgültig verloren sein. Es darf dazu nicht kommen und es wird dazu nicht kommen, weil wir den Absichten der Kriegsbetzer unseren eisernen Friedenswillen entgegensetzen.

In vielen Ländern haben die Völker den Kriegstreibern endgültig das Handwerk gelegt. In den anderen Ländern verbreitert sich ständig die Front der Menschen, die die Gefahr erkennen und die bereit sind, ihr entgegenzutreten. Wir Friedensfreunde in aller Welt müssen jetzt die Initiative an uns reißen, müssen durch unseren täglichen Einsatz, durch unsere entschlossene Haltung beweisen, daß es uns ernst ist in unserem Kampf um die Erhaltung des Friedens. Die Kriegstreiber müssen erkennen, daß sie ein gewagtes Spiel spielen, in dem sie nichts zu gewinnen, aber alles zu verlieren haben.

Der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands nimmt den Ruf auf, den der Internationale Verbindungsausschuß von seiner Pariser Tagung aus zur Einberufung eines Weltfriedenskongresses ergahen ließ. Wenn am 20. April dieses Jahres die Vertreter der Kämpfer für den Frieden auch aus Brandenburg nach Paris zur Weltfriedenskonferenz fahren, dann müssen sie das Gefühl haben, daß hinter ihnen der Friedenswille der gesamten Bevölkerung ihres Landes steht.

Es lebe der Kampf um den Frieden! Vernichtung allen Kriegstreibern!

KULTURBUND ZUR DEMOKRATISCHEN ERNEUERUNG DEUTSCHLANDS

Bez.: Prof. OTTO NAGEL, Landesleiter

Aufruf des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, Landesleitung, vom 28. März 1949, dem sich die Repräsentanten der Parteien und Massenorganisationen des Landes Brandenburg anschlossen. Bezirksleitung der SED Potsdam, Bezirksparteiarchiv, V/685.

sich am 19. April 1949 rd. 10 000 Bürger, zu denen Richard Meschkat, Landessekretär des Volksausschusses für Einheit und gerechten Frieden, sprach.¹⁵

Ein Teil der Bevölkerung wurde so mit dem Gedanken einer Weltfriedensbewegung vertraut gemacht und in ihren Entstehungsprozeß einbezogen, stets in engem Zusammenhang mit den Aufgaben, die aus nationaler Sicht standen.

Die SED förderte und führte diesen Prozeß der Entwicklung einer nationalen Friedensbewegung in enger Zusammenarbeit mit ihren Bündnispartnern in den anderen Blockparteien und in den Massenorganisationen, vor allem mit Hilfe des Kulturbundes, der VVN, der FDJ und des DFD. Sie gab die grundlegenden Orientierungen. Dazu gehört der Appell „Verteidigt den Frieden“, mit dem die erweiterte Landesvorstandstagung der SED am 2./3. April 1949 (einen Tag vor NATO-Gründung!) zum Kampf gegen die „imperialistischen Kräfte, die als Inspiratoren und Förderer des Atlantikpaktes den Frieden in höchste Gefahr bringen“ aufrief.¹⁶ Zugleich wurde auf die Friedenskräfte in allen Ländern, insbesondere in der Sowjetunion als „feste Bastion des Weltfriedens“ und den Volksdemokratien, orientiert.

Nach der Propagierung des ersten Weltfriedenskongresses im April und den Wahlen zum 3. Volkskongreß im Mai 1949 stellen die Aktivitäten am 1. September und 2. Oktober 1949 weitere Schritte auf dem Wege zu einer Friedensbewegung in der DDR dar.

Aus Anlaß des 10. Jahrestages des Weltkriegsbeginns nahmen im Land Brandenburg am „Tag des Friedens“ — seitdem jährliche Tradition für DDR-Bürger — fast eine Million Einwohner, d. h. jeder Dritte, an Kundgebungen teil.¹⁷ Diese Aktion war noch von der auslaufenden Volkskongreßbewegung organisiert worden.

Bei den Friedensbekundungen am 2. Oktober, den das Ständige Komitee des Weltfriedenskongresses zum internationalen „Friedenskampftag“ erklärt hatte,¹⁸ zeigte sich etwas Neues. Hier traten das Deutsche Komitee der Kämpfer für den Frieden stärker und erstmals ein Komitee auf Landesebene in Erscheinung.

Entsprechend einem Aufruf des Deutschen Komitees der Kämpfer für den Frieden zur Durchführung des internationalen Friedentages,¹⁹ konstituierte sich am 20. September in Potsdam auf Initiative des Kulturbundes ein „Landes-Friedenskomitee des 2. Oktober“²⁰, das erste seiner Art in der sowjetischen Besatzungszone. Mit diesem Gremium unter Leitung von Otto Nagel war objektiv der Vorläufer des späteren Landesfriedenskomitees geschaffen worden. Das Komitee gab für die Gestaltung des 2. Oktober inhaltliche und organisatorische Hinweise²¹, nachdem das Sekretariat des Landesvorstandes der SED sich mit dieser Thematik befaßt hatte.²² Am 2. Oktober fanden dann in vielen Orten und Betrieben Versammlungen, Feierstunden, Erntefeste, Fackelzüge der FDJ und Großkundgebungen statt.²³ Ob die vom Landeskomitee geforderte Bildung von örtlichen Komitees für diesen Anlaß erfolgte, ging aus den gesichteten Quellen nicht hervor. Offensichtlich war die Zeit dafür zu kurz, die politische Führung schon stark auf die bevorstehende Staatsgründung konzentriert. Nach dem 2. Oktober kam es offenbar vorerst zu keinem weiteren organisatorischen Ausbau der Anfänge einer nationalen Friedensbewegung²⁴, da ab 4. Oktober 1949 in der massenpolitischen Arbeit dann die Herausbildung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland im Vordergrund stand bis zum Frühjahr 1950.²⁵ Die hier skizzierten gesellschaftlichen Aktivitäten zugunsten der Friedenssicherung zwischen Frühjahr und Herbst 1949 sollten deshalb als Vorgeschichte — vielleicht als Zeugung, jedoch noch nicht als Geburtsstunde — der DDR-Friedensbewegung angesehen werden. Auch für diesen Entwicklungsstrang gilt die DDR-Gründung als entscheidende Zäsur und als Bindeglied zum Vorangegangenen.

Land Brandenburg unterstützt Stockholmer Appell

Der Ständige Ausschuß des Weltfriedenskongresses hatte auf seiner 3. Tagung in Stockholm vom 15. bis 19. März 1950 einen Aufruf verabschiedet, der als Stockholmer Appell in die Geschichte einging. Er forderte das Verbot der Atomwaffe, die Errichtung einer internationalen Kontrolle über die Einhaltung des Verbots und die Verurteilung eines eventuellen Erstanwenders als Kriegsverbrecher. Der Aufruf erwartete von allen, „die in der ganzen Welt guten Willens sind“, ein Bekenntnis durch Unterschrift zu diesen Forderungen.²⁶

Daraus entwickelten demokratische Kräfte in sozialistischen und kapitalistischen Staaten die erste große Protestbewegung gegen die Atomwaffe.

SED, die anderen Parteien und Massenorganisationen sowie der Staatsapparat reagierten positiv auf den Stockholmer Appell und bereiteten ab April 1950 die Unterschriftenkampagne vor. Das erfolgte zusätzlich und in engem Zusammenhang mit anderen politischen Großaktionen, wie dem Ausbau der Nationalen Front, der Vorbereitung des III. Parteitages der SED, des Deutschlandtreffens der Jugend und der Volkskammerwahlen.

Das Sekretariat des SED-Landesvorstandes beschloß am 24. April 1950 einen Maßnahmenplan.²⁷ Er enthielt Aufgaben für das Landesfriedenskomitee, den Landtag und die SED-Kreissekretariate zur Propagierung der Unterschriftensammlung, zur Gründung von Kreis- und Ortsfriedenskomitees sowie zur Organisation der Aktion, die alle Haushalte erfassen sollte. Die Bereitstellung der Unterschriftenlisten erfolgte durch das Ministerium des Innern über die Landräte und Bürgermeister.

Nachdem am 21. April vom Deutschen Komitee der Kämpfer für den Frieden der Aufruf zur Unterschriftensammlung ergangen war, tagte am 25. April das Landeskomitee in Potsdam.²⁸ Sein Aufruf „Zerschlagt die Pläne der Kriegstreiber“ erschien einen Tag später, von O. Nagel und weiteren sieben Persönlichkeiten unterzeichnet.²⁹ Er begründete die Unterschriftensammlung mit der Atomkriegsgefahr, orientierte auf die Vereinigung aller Friedwilligen und die Aufklärung über die Ursachen der internationalen Spannungen. Die Einsammlung der Unterschriften sollte ab 1. Mai durch Ortsfriedenskomitees erfolgen. Damit wurde angesichts des Bestehens von Ausschüssen der Nationalen Front auf jenen Dualismus orientiert, der Zeitgenossen nicht gleich verständlich³⁰ und kadermäßig nicht leicht verkraftbar war.³¹ Der Aufruf verwies auf die Zusammenarbeit mit der Nationalen Front, den Parteien und Massenorganisationen, mit „Persönlichkeiten aus dem Geistesleben und der Kirche“, auf die „Bildung einer millionenstarken, selbständigen deutschen Friedensbewegung . . . zur Stärkung der machtvollen und unbezwinglichen Weltfriedensfront.“ Um selber diesen Ansprüchen Rechnung zu tragen, mußte das Landesfriedenskomitee, auf dessen Zusammensetzung vom 2. Oktober 1949 offenbar zurückgegriffen worden ist, verstärkt werden. Diese personelle und politische Erweiterung erfolgte im Mai.³²

Einen Tag vor Beginn der Unterschriftensammlung propagierte die „Märkische Volksstimme“³³ noch einmal das Beispiel Waldemarstraße 7. Die 12 Familien in diesem Potsdamer Haus hatten danach den Stockholmer Appell schon sofort nach Erhalt der Unterschriftenlisten unterschrieben. Zitierte Äußerungen einiger ihrer Mitglieder lassen den unbedingten Willen zum Frieden erkennen. Erste Berichte³⁴ vom Beginn der Aktion im Land Brandenburg machen deutlich, wie diesem Beispiel gefolgt wurde.

In vielen Orten trug sich die Mehrzahl der Einwohner gleich am ersten Tage ein, manche meldeten einen hundertprozentigen Erfolg, wie z. B. Sacrow und Neufahrland bei Potsdam.

In manchen Orten gab es auch Verzögerungen als Zeichen von politischen und organisatorischen Unklarheiten bei den führenden Kräften.³⁵ Die Bildung der Friedenskomitees auf Kreis- und Ortsebene erfolgte Anfang Mai³⁶ in breitem Maße. Aber nicht überall geschah das im erforderlichen Tempo³⁷ und in der breiten Zusammensetzung infolge Unterschätzung ihrer Bedeutung.

Die Komitees konstituierten sich auf Initiative der politischen Führung im Kreis bzw. Ort. Sie setzten sich aus angesehenen Bürgern, anfangs vorwiegend Intellektuelle und politisch Organisierte, zusammen.³⁸ Sie halfen, durch verschiedene Formen des politischen Auftretens, die Bürger für das Bekenntnis zum Stockholmer Appell zu motivieren und zu mobilisieren.³⁹ Mit ihrer Hilfe gelang es, bis 6. Mai 1950 von über die Hälfte der über 2,6 Millionen Landeseinwohner (Eltern unterschrieben für ihre Kinder mit!) die Unterschrift zu erfassen.⁴⁰ Auch die Bildung der Kreiskomitees – mit Ausnahme des Stadtkreises Brandenburg (Havel) – erfolgte in diesem relativ kurzen Zeitraum. Jedoch bestanden bis 17. Mai erst in 940 Orten (von den 1849 in 18 Landkreisen) Friedenskomitees, was gut 50 Prozent entsprach.⁴¹ So ging der Prozeß der Komiteebildung langsamer voran als die Erfassung der Unterschriften von jedem Bürger. Neben organisatorischen Schwächen zeigten sich auch in der ersten Woche schon Störversuche reaktionärer Kräfte.⁴² Dennoch hatte bis 1. Juni 1950 mit 85,9 Prozent die große Mehrzahl der Bürger der Mark den Appell aus Stockholm unterschrieben.⁴³ Bis August wurde dann noch in zäher Auseinandersetzung mit Unklarheiten und feindlichen Auffassungen um die Unterschrift jedes Bürgers gerungen.

Die Unterschriftensammlung ist in der DDR zu einem großen Erfolg im Sinne der Weltfriedensbewegung und der eigenen Politik geführt worden. Dazu trug auch die Einbeziehung breitester Kräfte über alle politischen und weltanschaulichen Grenzen hinweg bei.

Die Bildung von Friedenskomitees auf allen Ebenen, zunehmend auch in den Betrieben⁴⁴, war ein Faktor der Entwicklung von Friedens- und Staatsbewußtsein. Die Komitees wurden zu Elementen einer sich herausbildenden organisierten Friedensbewegung in der DDR.

Die 1. Tagung des Landesfriedenskomitees im Juli 1950

Die Friedensbewegung erhielt durch den III. Parteitag der SED, der vom 20. bis 24. Juli 1950 in Berlin tagte, kräftige Impulse. Wie bei den vorangegangenen Kreisdelegiertenkonferenzen⁴⁵ und der Landesdelegiertenkonferenz⁴⁶ geschehen, stellte seine Entschließung den Kampf um den Frieden an die Spitze aller Aufgaben. Sie verpflichtete die Parteimitglieder, „mit allen Kräften die Bildung der Friedenskomitees in allen Ländern, Kreisen, Orten und Betrieben auf breitester Grundlage zu unterstützen.“⁴⁷

Das Sekretariat des SED-Landesvorstandes hatte sich am 13. Juli 1950 mit dem Stand der Friedensbewegung und ihrer Weiterentwicklung befaßt.⁴⁸ Es wurde auch die Neukonstituierung des Landesfriedenskomitees vorgesehen. Dies fand am 26. Juli 1950 im Plenarsaal des Brandenburgischen Landtages in Potsdam statt.⁴⁹

Die 1. Tagung des Landesfriedenskomitees⁵⁰ eröffnete O. Nagel, womit die Kontinuitätslinie zu dem im September 1949 gegründeten Komitee sichtbar wird. Die Bedeutung dieser Tagung, die einen neuen Schritt auf dem Wege zu einer eigenständigen Friedensbewegung im Lande darstellte, wurde durch die Anwesenheit von Ministerpräsident Rudi Jahn und weiteren drei Ministern der Landesregierung sowie von Delegationen der Jugend und aus Betrieben unterstrichen. Das Referat



Präsidium der 1. Landesfriedenskonferenz in Potsdam am 21. Oktober 1950 im Saal des heutigen Konsument-Kaufhauses Klement-Gottwald-Straße. Obere Reihe (von rechts): Heinz Willmann, Hans Gallinat (stehend), Prof. Dr. Arthur Scheunert, Landtagspräsident Otto Meier. Original im Besitz von H. Gallinat

hielt Heinz Willmann, Generalsekretär des Deutschen Komitees der Kämpfer für den Frieden. In der Aussprache ging es vor allem um die Verbesserung der Aufklärungsarbeit über die Krieg-Frieden-Problematik, die sich durch den Koreakrieg verschärft hatte.⁵¹ Das Landesfriedenskomitee wählte mit Prof. Dr. Arthur Scheunert, Leiter des Ernährungswissenschaftlichen Institutes in Rehbrücke, und Prof. Dr. Arno Müller, Prorektor der Landeshochschule, seinen 1. und 2. Vorsitzenden sowie einen fünfköpfigen engeren Arbeitsausschuß.⁵² Neu war auch die Wahl eines hauptamtlichen Sekretärs des Landeskomitees. Diese Funktion füllte in Fortsetzung des kommissarisch eingesetzten Paul Schoedon der damalige Student Hans Gallinat aus.⁵³

Als Arbeitsgrundlage wurde einstimmig und ohne Abänderungen ein „Perspektivplan für die Arbeit der Friedensbewegung im Land Brandenburg“ angenommen. Er enthielt Maßnahmen zur organisatorischen Vervollkommnung der Friedensbewegung, zur ideologischen Arbeit und zum Abschluß der Unterschriftenkampagne bis zum 15. August in den Orten. Zu den Einzelmaßnahmen gehörten in diesem Plan u. a. die Bildung fehlender Ortskomitees und Gründung von Betriebsfriedenskomitees mit Hilfe des FDGB; die Überprüfung der sozialen Zusammensetzung der Kreisfriedenskomitees, in denen Arbeiter und Bauern zu gering vertreten waren, sowie die Einsetzung hauptamtlicher Sekretäre für die Kreiskomitees. Mit einem Aufruf wandte sich die 1. Tagung des Landesfriedenskomitees an die Bürger des Landes, sich der Friedensbewegung anzuschließen. Die Schärfe der damaligen Frage wird aus der Alternative des Aufrufes deutlich: „Für oder gegen den

Krieg, diese Gewissensfrage ist an jeden von uns zu stellen. Wer sich ihr entziehen will, wer dem Friedensappell von Stockholm nicht zustimmt, entscheidet sich für den Krieg und ist ein Feind des Friedens!"

Diese 1. Tagung des Landesfriedenskomitees leitete den Abschluß der Unterschriftenkampagne ein und beschleunigte die Formierung der Landesfriedensbewegung.

Die 1. Landeskonferenz der Kämpfer für den Frieden im Oktober 1950

In Vorbereitung auf den Ersten Deutschen Friedenskongreß und den 2. Weltfriedenskongreß in Warschau fanden in der DDR Länderkonferenzen der Friedenskräfte statt. Zuvor traten in der Zeit vom 30. September bis 12. Oktober 1950 in 19 Kreisen des Landes Brandenburg die Friedenskämpfer zu ihren Konferenzen zusammen, um die Delegierten für die Landeskonferenz zu wählen und neue Aufgaben festzulegen, die u. a. eng mit der Vorbereitung der Volkskammerwahlen am 15. Oktober verbunden waren.⁵⁴

An der 1. Landesfriedenskonferenz, die am 21. Oktober 1950 in Potsdam (im heutigen Konsument-Warenhaus in der Klement-Gottwald-Straße) tagte, nahmen von den 580 ordentlichen Delegierten der Kreise 560 teil. Unter ihnen war die Arbeiterklasse mit 187 Vertretern repräsentiert, 44 Delegierte waren Bauern, 63 Intellektuelle, 218 Angestellte und 48 Hausfrauen.⁵⁵

Die gewollte Breite der Friedensbewegung zeigte sich auch im Präsidium. Da saßen neben den Repräsentanten von Partei- und Staatsführung, den Vertretern der Friedensbewegung der zentralen und Landesebene auch der Vorsitzende eines Betriebsfriedenskomitees, ein Kirchenratsmitglied, der Dichter Kuba und Vertreter der Massenorganisationen, unter ihnen drei Babelsberger FDJ-Mitglieder, die wegen ihres Einsatzes für den Stockholmer Appell in den Westsektoren von der dortigen Polizei eingesperrt worden waren.

Das Referat von Heinz Willmann ging auf grundsätzliche Fragen der Friedensarbeit ein wie die Unterstützung der Friedenskräfte in der BRD in ihrem Kampf gegen die Remilitarisierung, die Klärung des Verhältnisses zur Nationalen Front, die geduldige Arbeit mit den Pfarrern und die Gewinung weiterer Anhänger für die Friedensbewegung. In der Diskussion kamen von 40 gemeldeten Rednern 23 zu Wort, die neben manchen Allgemeinplätzen vor allem Erfahrungen, Argumente und kritische Bilanzen der Friedensarbeit vermittelten, was eindrucksvoll insbesondere Pfarrer Wagner (Kreis Zauch-Belzig) tat. Die Bilanz der Landesfriedensbewegung trug sehr selbstkritisch der 1. Sekretär, H. Gallinat, vor. Dazu gehörten die Unterzeichnung des Stockholmer Appells durch 96,3 Prozent aller Bürger des Landes, die Arbeitsfähigkeit aller Kreisfriedenskomitees, die ab September über je einen hauptamtlichen Sekretär verfügten, das Bestehen von Komitees in den meisten Orten (mit Ausnahme von etwas über 100) und die Gründung von 3354 Betriebsfriedenskomitees.

Zu den Ergebnissen der Landeskonferenz gehörte eine selbstkritische, nach vorn orientierende Entschließung, die ein Bekenntnis zur Weltfriedensbewegung mit der Sowjetunion an der Spitze enthielt. Das Landeskomitee wurde auf 77 Mitglieder erweitert, und 150 Delegierte wurden für den zentralen Friedenskongreß in Berlin am 4. und 5. November gewählt.

Mit dieser 1. Landesfriedenskonferenz kann man das Ende des im April 1950 einsetzenden Entstehungsprozesses der Landesfriedensbewegung als Teil der DDR-Friedensbewegung ansetzen. Das war ein von den Interessen der Arbeiterklasse und

aller friedwilligen Kräfte bestimmter, von der Partei der Arbeiterklasse zusammen mit den in der Nationalen Front vereinten demokratischen Kräften geführter Prozeß, zugleich Ausdruck breitester Bündnispolitik. Die Landesfriedensbewegung befand sich dabei in völliger Übereinstimmung mit ihrem Staat und der Weltfriedensbewegung. Sie trug mit den gesammelten über 2,4 Mill. Unterschriften zum DDR-Ergebnis⁵⁶ von rd. 18 Mill. bei, die in das Weltergebnis von rd. 500 Millionen Bekenntnissen gegen die Atomwaffe eingingen.

Die hier angerissene Thematik verdient weitere Untersuchungen auf allen Ebenen, in allen Bereichen, wobei in einige Zusammenhänge tiefer einzudringen wäre (ideologische Wirkungen, Auswirkungen auf die Festigung des jungen Staates u. a. m.). Entstehung und Entwicklung der DDR-Friedensbewegung nachzuzeichnen kann dazu beitragen, den allgemeinen Zusammenhang zwischen Sozialismus und Frieden konkret-historisch nachzuweisen.

Anmerkungen:

- 1 Protokoll des III. Parteitages der SED. 20. bis 24. 7. 1950 in der Werner-Seelenbinder-Halle in Berlin. 1.-3. Verhandlungstag. Berlin 1950, S. 220. Hervorhebungen nach Original
- 2 O. Grotewohl, Im Kampf um die einige deutsche demokratische Republik. Reden und Aufsätze. Bd. I. Auswahl aus den Jahren 1945-1949. Berlin 1959, S. 487. Hervorhebungen vom Verf.
- 3 Neues Deutschland (B) v. . . . 1989
- 4 Der Artikel versteht sich als Beitrag zu einer noch ausstehenden historischen Darstellung über die DDR-Friedensbewegung und möchte lokale und betriebsgeschichtliche Forschungen auf diese Thematik aufmerksam machen. Die Anfänge der Friedensbewegung auf zentraler Ebene sind bisher am ausführlichsten behandelt bei G. Schmidt, Der Kulturbund zu Frieden und Demokratie 1948/49. Teil 1 u. 2. Berlin 19
- 5 Märkische Volksstimme (fortan: MV mit Kreisangabe). Organ der SED, Heimatzeitung für Frankfurt (Oder)/Lebus v. 24. 4. 1950, S. 1
- 6 Vgl. H. Willmann/F. Köhler, Die Weltfriedensbewegung - ein gewichtiger Faktor in der Weltpolitik. In: ZfG 1964, H. 2, S. 193 ff.
- 7 Vgl. Probleme des Friedens und des Sozialismus, 1985, H. 2, S. 279 f. NATO. Chronik, Fakten, Dokumente. Zur aggressiven Militärpolitik des Nordatlantikpaktes 1949-1982. Berlin 1983, S. 21 ff.
- 8 Vgl. O. Groehler, Der Koreakrieg 1950 bis 1953. Das Scheitern der amerikanischen Aggression gegen die KDVR. Berlin 1980
- 9 Vgl. G. Schmidt a. a. O., S. 30 ff.
- 10 Dieser Aufruf war auch von zwei Bewohnern des Landes Brandenburg, B. Kellermann und O. Nuschke, unterzeichnet. Nuschke, Vorsitzender der CDU in der sowjetischen Besatzungszone und Abgeordneter des brandenburgischen Landtages, war dann auch Teilnehmer am Weltfriedenskongreß in Paris, wo er eine Rede hielt.
- 11 MV (Teltow/Beeskow-Storkow) v. 28. 3. 1949, S. 1
- 12 Weitere Unterzeichner waren u. a. Ministerpräsident Steinhoff, die Landesvorsitzenden von SED, Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion, VVN, FDJ, LDP, VdgB und DFD, W. Sägebrecht, B. Kellermann, W. Mickin, H. Brasch, I. v. Kroeber, R. Neddermeyer und F. Radel.
- 13 MV (Teltow/Beeskow-Storkow) v. 31. 3. 1949, S. 2
- 14 PBM-Nachrichten. Hrsg. Landesregierung Brandenburg. Nr. 227 v. 27. 4. 1949
- 15 MV (Frankfurt/O) v. 20. 4. 1949, S. 1
- 16 MV (Teltow/Beeskow-Storkow) v. 4. 4. 1949, S. 1
- 17 MV (Frankfurt/O) v. 22. 9. 1949, S. 3
- 18 Tägliche Rundschau. Zeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur. Berlin, v. 1. 9. 1949, S. 1
- 19 MV (Teltow/Beeskow-Storkow) v. 19. 9. 1949, S. 1
- 20 Ebd. v. 21. 9. 1949 u. PBM-Nachrichten Nr. 248 v. 28. 9. 1949, S. 3 f., ND v. 21
- 21 MV (Teltow/Beeskow-Storkow) v. 26. 9. 1949, S. 2
- 22 So in der 52. Sitzung am 22. 9.; am Tage zuvor waren die 1. Kreissekretäre dafür angeleitet worden. BPA SED Potsdam, L IV/2/3/30, Bl. 143
- 23 In Potsdam sprach im Nikolaisaal O. Nagel; in Frankfurt/O hörten 30 000 Bürger u. 375 Gäste aus Polen H. Warnke, Vorsitzender des FDGB; S. Lange, Vorsitzender der Zentralen Kontrollkommission, trat in Brandenburg auf. Im Kr. Teltow fanden am 2. 10. 1949 insgesamt 109 Versammlungen mit 23 400 Teilnehmern statt.
- 24 Für das Landeskomitee ließen sich bis Frühjahr bisher keine weiteren Aktivitäten nachweisen. Das zentrale Komitee trat am 6. 12. 1949 mit einem Weihnachtsaufruf an die Öffentlichkeit.

- 25 Vgl. Die Nationale Front der DDR. Geschichtlicher Überblick. Berlin 1984, S. 34 ff.
- 26 Die Weltfriedensbewegung, Dokumente und Beschlüsse. Hrsg. vom Deutschen Friedenskomitee, Berlin 1952 (2. Aufl.), S. 20
- 27 BPA SED Potsdam, L IV/2/3/33, Bl. 266 f.
- 28 Es muß sich hier um die Fortsetzung der Arbeit des Komitees vom 3. Okt. 1949 gehandelt haben, um keine Neugründung. Solche werden für die anderen Länder in der Presse vermeldet Thüringen u. Sachsen-Anhalt am 25. 4. 1950; Sachsen u. Mecklenburg am 26. 4. 1950; Groß-Berlin am 4. 5. 1950
- 29 MV (Frankfurt/O/Lebus) v. 26. 4. 1950, S. 1. Die weiteren Unterzeichner waren: Pfarrer Lic. Kehn-scherper (Bad Freienwalde), Prof. Dr. Scheunert (Rehbrücke), Aktivist Striemann (Cottbus) u. aus Potsdam H. Marchwitza, Geheimrat Prof. Dr. Justi, B. Kellermann, Prof. Dr. A. Müller
- 30 Zur eigenständigen Rolle der Friedensbewegung im Vergleich zur Nationalen Front äußerte sich K. Seibt auf der Landesparteiarbeiterkonferenz. Vgl. MV (ebd.) v. 7./8. 5. 1950, S. 5; dazu argumentiert auch H. Gallinat, Sekretär des Landesfriedenskomitees, in einem Schreiben v. 11. 9. 1950 an den Landessender Potsdam. Vgl. STAP, Ld. Br. Rep. 202 G, Amt für Informationen, Nr. 215, Bl. 245 f.
- 31 Das betraf vor allem kleinere Orte, wo die geeigneten Persönlichkeiten schon im Ortsausschuß der Nationalen Front mitarbeiteten. Manche Ortsausschüsse nahmen zugleich die Funktion des Friedenskomitees wahr.
- 32 Das lassen zumindest Listen v. 4. und 18. 5. 1950 des Sekretariats des SED-Landesvorstandes vermuten. Damit wurde die Anzahl der Mitglieder u. die Parteizugehörigkeiten erhöht, so daß nach der Liste v. 18. 5. dem Landeskomitee 66 Mitglieder angehörten, davon: 29 SED, 6 LDP, 6 CDU, 4 NDP, 3 DBD, 18 Parteilose.
- 33 MV (Teltow/Beeskow-Storkow) v. 30. 4./1. 5. 1950, S. 2
- 34 Vgl. MV v. 3. 5. 50 u. ff. Tage
- 35 Vgl. STAP, Ld. Br. Rep. 202 G, Amt für Informationen, Nr. 216. In einer Einschätzung der Kampagne v. 20. 5. 1950 wird u. a. davon gesprochen, daß in der ersten Woche „ein wirres Durcheinander“ geherrscht habe.
- 36 Eine erste Komiteebildung ist schon Ende April aus Dahmsdorf, Kr. Beeskow-Storkow gemeldet worden, die aber Ausnahme blieb. Vgl. MV (Frankfurt/O/Lebus) v. 27. 4. 1950, S. 1
- 37 Während im Kr. Lübben alle Orte ein Komitee hatten, bestand im Kr. Luckenwalde noch keines. Vgl. MV (Teltow/Beeskow-Storkow) v. 6. 5. 1950, S.
- 38 Vgl. STAP, Ld. Br. Rep. 202 G, Amt für Informationen, Nr. 216, Bl. 38 ff.
- 39 Vgl. ebd. Nr. 215, Bl. 103 den Aufruf des Stadtkomitees Eberswalde
- 40 Ebd., Bl. 40
- 41 Ebd. Nr. 216, Bl. 12
- 42 Ebd. Nr. 215, Bl. 2 ff. u. Nr. 216, Bl. 16 ff. So gab es im Kr. Zauch-Belzig allein 717 Unterschriftenverweigerungen, vor allem von Mitgliedern der Sekte „Zeugen Jehovas“. Aber auch unter dem Einfluß von Bischof Dibelius stehende Pfarrer u. Gemeindeglieder wichen der Entscheidung für den Stockholmer Appell aus.
- 43 Ebd., Nr. 216, Bl. 8
- 44 So entstand am 30. 7. 1950 ein solches Komitee mit 25 Mitgliedern im Potsdamer Karl-Marx-Werk. Vgl. Beiträge zur Geschichte des VEB Maschinenbaus „Karl Marx“ Potsdam-Babelsberg. Verfasser: Hans Gallinat. H. 3. Potsdam 1987, S. 2
Das betriebliche Friedenskomitee im RAW Potsdam wurde am 1. August 1950 gegründet und bestand anfangs aus 36 Werkstätteneisenbahnerinnen und -eisenbahnern. Vgl. Akte 0013, Betriebsarchiv RAW „Erwin Kramer“ Potsdam
- 45 Vgl. IML, ZPA IV/2/5/1105
- 46 BPA SED Potsdam, L IV/1/8. W. Sägebrecth betonte im Bericht des Landesvorstandes, daß die Friedensbewegung keine „vorübergehende Kampagne“, sondern eine ständige Aufgabe für die Partei sei.
- 47 Dokumente der SED. Bd. III. Berlin 1952, S. 86
- 48 BPA SED Potsdam, L IV/2/3/35, Bl. 11 ff.
- 49 Vgl. MV (Teltow/Fürstenwalde) v. 27. 7. 1950, S. 1
- 50 Nachfolgende Angaben zur Tagung am 26. 7. 1950 aus: STAP, Ld. Br. Rep. 202 G, Amt für Informationen, Nr. 215, Bl. 261 ff.
- 51 Vgl. MV v. 30. 6. 1950: Aufruf des Landesfriedenskomitees „Truman droht mit Krieg – Erzwingt den Frieden“ (gez. O. Nagel u. P. Schoedon)
- 52 Diesem gehörte u. a. Charlotte Eppinger, Sekretär des SED-Landesvorstandes, an, in deren Ressort die Friedensbewegung fiel.
- 53 Nach Erinnerung von H. Gallinat (Bericht im Besitz des Verf.) gab es ab August/September 1950 noch zwei hauptamtliche Sekretäre: Hella Wölk, bis dahin Mitarbeiterin der DDR-Botschaft in der VR Polen, u. Hans-Joachim Hardge, vorher Sekretär des Kreisfriedenskomitees in der Stadt Brandenburg.
- 54 Vgl. STAP, Ld. Br. Rep. 202 G, Amt für Informationen, Nr. 215, Bl. 286 f.
- 55 Ebd., Bl. 261, weitere Angaben zur 1. Landeskonferenz auch aus dieser Akte
- 56 Vgl. dazu weitere Aussagen von J. R. Becher in seiner Rede auf dem zentralen Friedenskongreß am 4. 11. 1950 in: ders. Gesammelte Werke. Bd. 17. Berlin u. Weimar 1979, S. 433 ff.



Nationalpreisträger Richard Schmidt
1903 – 1983

Richard Schmidt - der „Hennecke der Metallurgie“

Von Friedhelm Stresow

Der 40. Jahrestag der DDR ist Anlaß, sich an diejenigen zu erinnern, die, dem Beispiel Adolf Henneckes folgend, in der Aktivistenbewegung entscheidend mithalfen, den in den Anfangsjahren unserer Republik bestehenden erdrückenden wirtschaftlichen Problemen, die viele mutlos machten, tatkräftig zu begegnen. Die Aktivisten waren diejenigen, die ungeachtet gehässiger Witze und Anfeindungen, durch ihre Tat viele mitrissen, die dem neuen sozialistischen Denken und Arbeiten Bahn brachen und die dafür sorgten, daß unser Staat sich Schritt für Schritt entwickeln konnte. Stellvertretend für die vielen Aktivisten soll das Leben und Wirken des ersten Aktivisten des Landes Brandenburg betrachtet werden.¹

Als Genosse Richard Schmidt 1951 zur Unterstützung in das Stahl- und Walzwerk Brandenburg delegiert wurde, war er bereits eine im Land Brandenburg bekannte und geachtete Arbeiterpersönlichkeit. Das lag vorrangig in der von ihm initiierten Aktivistenschicht am 18. November 1948 im Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf begründet. Rückblickend schrieb Gen. Richard Schmidt in der Betriebszeitung „Roter Stahl“ im Jahre 1964: „Es war im Jahre 1948. Ich arbeitete als Oberschmelzer in Hennigsdorf. Da las ich eines Tages in der Zeitung die Nachricht von der Heldentat Adolf Henneckes, und ich dachte sofort: ‚Das, was Adolf Hennecke im Bergbau erreicht hat, muß auch im Stahlwerk anzuwenden sein.“

ALS VERTRETUNG DES DEUTSCHEN VOLKES
VERLEIHT DER DEUTSCHE VOLKSRAT
SCHMELZMEISTER RICHARD SCHMIDT

FÜR SEINE LEISTUNGEN ALS ERSTER AKTIVIST
IN DER METALLURGIE
ALS ANGEHÖRIGEM DES KOLLEKTIVS «HÜTTENWERKE»
GEMEINSAM MIT PROF. DR. HERBERT SEDLACZEK, HELMUT HENSEL
OTTO RINGEL, ERICH PFROTSCHNER, KARL PILLING
UND DR. KRÜGER

DEN DEUTSCHEN NATIONALPREIS 1949

II. KLASSE
FÜR WISSENSCHAFT UND TECHNIK

IN DANKBARER ANERKENNUNG FÜR DIE
HERVORRAGENDE MITWIRKUNG AN DER
ENTWICKLUNG DER FRIEDENSWIRTSCHAFT

BERLIN, DEN 25. AUGUST 1949

DAS PRÄSIDIUM DES DEUTSCHEN VOLKSRATS

DIE VORSITZENDEN

W. Pieck *W. Pieck* *Papst* *Pastor* *L. Boly* *Goldbaum*

DEUTSCHE
WIRTSCHAFTSKOMMISSION

W. Pieck
VORSITZENDER

DEUTSCHE
VERWALTUNG FÜR VOLKSBILDUNG

W. Pieck
PRÄSIDENT

AUSSCHUSS ZUR VERLEIHUNG
DER NATIONALPREISE
FÜR WISSENSCHAFT UND TECHNIK

Papst
VORSITZENDER

Urkunde über die Auszeichnung von Richard Schmidt mit dem Nationalpreis.
Reproduktion: Hilgenfeldt

Nach entsprechenden Absprachen mit den staatlichen und politischen Leitungen wurde die beabsichtigte Aktivistschicht gründlich vorbereitet. Das hieß, neben der Klärung der Materialbereitstellung u. a., vor allem, die daran beteiligten Kollegen zu begeistern, was nicht gleich auf Anhieb gelang. Weiter schrieb Richard Schmidt: „Am 18. November 1948 war es soweit. Früh um 6.00 Uhr war ich auf der Ofenbühne mit großer Spannung und ein bißchen Herzklopfen. Der Tag war zwar trübe, aber wir hatten andere Sorgen. Ich war dafür bestimmt worden, die Probe zu lenken und zu leiten. Schon in den ersten Morgenstunden zeigte sich, daß alles nach unseren Erwartungen verlief. Die erste Charge wurde um 2¹/₂ Stunden verkürzt und die nächste auch. Das Endresultat: In 24 Stunden hatten wir am Ofen II eine Steigerung um 66 Prozent erreicht.“²

Durch diese Tat entwickelte sich an allen Öfen in Hennigsdorf der Wettbewerb. Hennigsdorf rief die Kollegen in der Maxhütte, Gröditz und Riesa zum Wettbewerb auf. Der sich entwickelnde überbetriebliche Massenwettbewerb trug entscheidend zur Erfüllung des ersten Halbjahresplanes bei. Gleichzeitig bildete er die Grundlage für die Kennziffern des Zweijahresplanes.³

Für die von seiner Tat ausgehende Bewegung in der Metallurgie wurde Genosse Richard Schmidt im August 1949 in Weimar mit dem Nationalpreis II. Klasse ausgezeichnet. Darüber schrieb er: „An diesem Tag hatte ich stärkeres Herzklopfen als damals auf der Ofenbühne. Es war ein ganz besonderes Erlebnis für mich und für unsere neue Ordnung, die zum ersten Mal den Nationalpreis an hervorragende Werktätige verlieh. Solch eine Feierlichkeit hatte ich noch nicht kennengelernt. Als mir Genosse Wilhelm Pieck die Hand schüttelte und mir den Orden verlieh, standen mir die Tränen in den Augen.“⁴

Diese Gefühlsregung wird noch verständlicher, wenn man sich den Lebensweg von Richard Schmidt vergegenwärtigt. Am 16. November 1903 wurde er in Gorda, Kreis Spremberg, geboren. Richard Schmidt war Knecht bei einem Landwirt, Schlepper und Heuer im Bergbau, Transportarbeiter, Bauarbeiter. Seit 1922 war er gewerkschaftlich organisiert. Ab 1933 war er Stahlwerksarbeiter in Hennigsdorf.

Am eigenen Leibe hatte er hinlänglich zu spüren bekommen, was es heißt, Ausgebeuteter zu sein.

Folgerichtig wurde Richard Schmidt am 8. März 1946 Mitglied der KPD. Im Stahlwerk Hennigsdorf entwickelte er sich zum Oberschmelzer und Assistenten der Technischen Leitung.

1949 reiste er mit einer Studiendelegation in die UdSSR.

Das eigentliche Leben Richard Schmidts beginnt, wie das vieler anderer Arbeiter, erst im Jahre 1945. Auch sein weiterer Lebensweg bestätigt das. 1950 wurde Richard Schmidt zum Abgeordneten der Volkskammer gewählt.

Bis zum Jahre 1961 übte er diese Tätigkeit aus. Er war ein begreifbares Beispiel für viele Werktätige des SWB, an dem sich der neue Charakter des 1949 gegründeten Staates als Staat für die Arbeiter und Bauern und von diesen gelenkt und geleitet deutlich ablesen ließ.

Sein erster Parteauftrag im SWB beinhaltete die Verbesserung der Arbeit in der Gießgrube. Er beriet sich mit den Kollegen der Grube und denen des SM-Stahlwerkes. Daraus ergab sich als erste Maßnahme, den Ofenprozeß zu staffeln, um zu vermeiden, daß alle Öfen fast gleichzeitig abstachen. Er löste nicht nur dieses,

sondern viele weitere Probleme. Das gelang vor allem, weil Richard Schmidt es verstand, die Menschen zu überzeugen und zu aktivieren.

Im SWB entwickelte er sich zum Betriebsingenieur des Stahlwerkes und zum stellvertretenden Stahlwerksleiter. In den letzten Jahren seiner Betriebszugehörigkeit des SWB bis 1969 war er Gruppenleiter für Produktionslenkung.

Genosse Richard Schmidt gehört zu den Arbeiterpersönlichkeiten, deren Entwicklung ganz eng mit der unseres Staates verknüpft ist und ohne sie nicht denkbar wäre. Bis zu seinem Tode, am 22. November 1983, blieb er mit seinem Stahl- und Walzwerk, mit seinen Genossen und Arbeitskollegen aufs engste verbunden.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Bezirkleitung der SED Potsdam, Bezirksparteiarchiv, IV A/2/3/10
- 2 „Roter Stahl“ vom 3. Okt. 1964
- 3 Vgl. Betriebsarchiv des Stahl- und Walzwerkes Brandenburg, VD 22/68
- 4 „Roter Stahl“ vom 3. Okt. 1964



Br
ein

Nac

Am
Diec
Nati
Lan
für
Kur
der

Bru
geb
Dur
sch



Nationalpreisträger Bruno Wilke
1919 – 1972

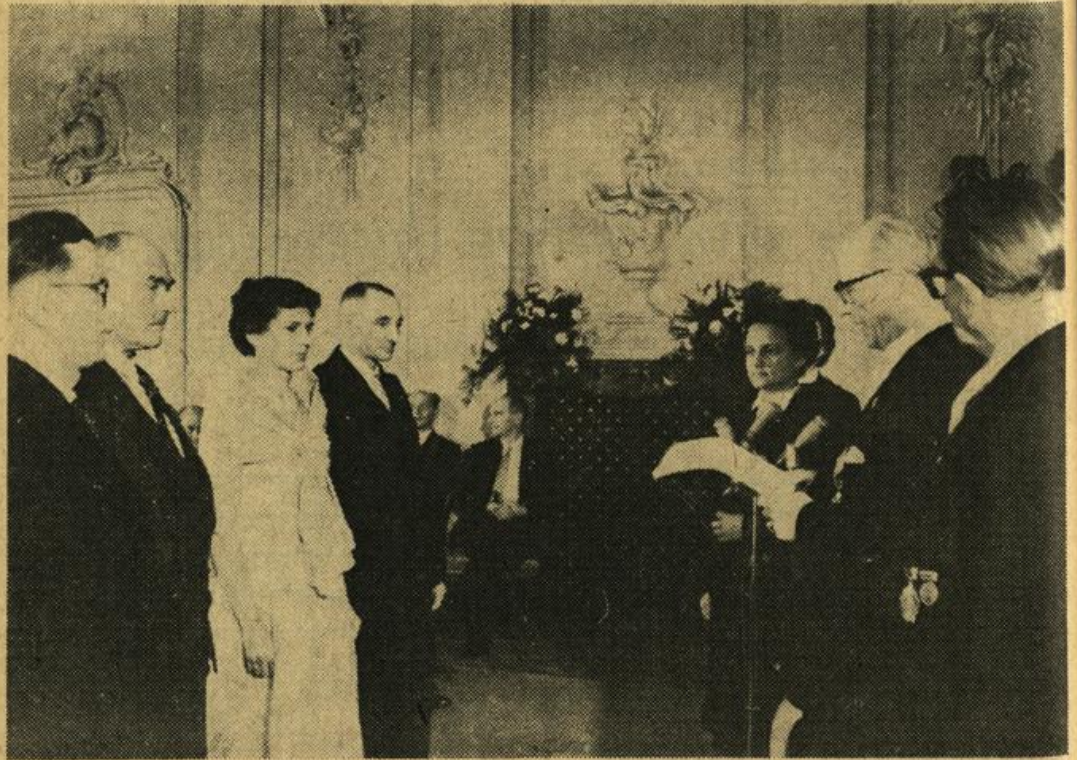
Bruno Wilke - ein Bauer wird Nationalpreisträger

Nach Erinnerungen von Bruno Wilke und Arthur Leske

Am 5. Oktober 1958 überreichte der Präsident der Volkskammer Dr. h. c. Johannes Dieckmann dem Kollektiv der LPG „Frieden“ aus Schönermark, Kreis Kyritz, den Nationalpreis. Das war ein ungewöhnliches Ereignis: Bauern, Mitglieder einer Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft, erhielten eine Auszeichnung, die für außerordentliche Leistungen auf den Gebieten Wissenschaft und Technik sowie Kunst und Literatur bestimmt ist. Unter ihnen ist Bruno Wilke, der Vorsitzende der LPG.

Bruno Wilke wurde am 3. September 1919 in Rokitten (jetzt Volksrepublik Polen) geboren. 1936/37 besuchte er in Schwerin/Warthe eine landwirtschaftliche Schule. Durch die Kriegswirren wurde der Umsiedler nach Schönermark, Kreis Kyritz, verschlagen und fand hier eine neue Heimat. Nach der Verkündung der Bodenreform

durch den Genossen Wilhelm Pieck am 2. September 1945 in Kyritz gingen auch die Schönermarker daran, die Losung „Junkerland in Bauernhand“ zu verwirklichen. Bruno Wilke erzählt: „Unsere erste Aufgabe war, den 109 ha großen Gutsbesitz des Amtsvorstehers und Naziaktivisten Jäger und drei andere Betriebe von Nazis zu enteignen und unter die Landarbeiter, Umsiedler und landarmen Kleinbauern aufzuteilen. Die Herbstbestellung 1945 wurde aber noch so wie vor 1945 durchgeführt, weil noch einige glaubten, dieser Jäger und die anderen Nazis würden wieder zurückkommen. Der hatte ja auch noch starke Positionen im Dorf. Er zog sich auf seinen Pachtbetrieb zurück, nahm einen Teil der Kühe und Pferde mit und stellte noch Getreideforderungen an seine ehemaligen Landarbeiter. Aus der Gemeinde ausgewiesen, kehrte Jäger zurück und veranlaßte seine Helfershelfer, die neuen Grenzpfähle zu entfernen. Nun gut, wir mußten noch einmal vermessen, aber verhindern konnte er die Bodenreform nicht mehr.“



Verleihung des Nationalpreises durch Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann am 5. Oktober 1958 an Bruno Wilke, Paul Bergmann, Anne-Margret Mielke und Wilhelm Keiling (v. l. n. r.) vom Kollektiv der LPG „Frieden“ in Schönermark, Kreis Kyritz, Bezirk Potsdam. Foto: ZB/Sturm

Im Frühjahr 1946 besuchte der Politische Leiter der Kreisleitung der KPD Heinrich Mosler die Bauern. Er empfahl ihnen, zur Wahrnehmung ihrer Interessen eine Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe zu gründen. Bruno Wilke wurde 1. Ortsvorsitzender der VdgB. Nun ging es schon besser. Nach den Gemeindewahlen 1946 waren die demokratischen Kräfte des Ortes schon so stark, daß — wenn auch nur mit einer Stimme Mehrheit — der bewährte Antifaschist Franz Hecht zum Bürgermeister gewählt werden konnte. Die ersten Jahre waren sehr schwer, aber von Jahr zu Jahr wurden die Neubauernwirtschaften ökonomisch stabiler.

Am 11. Dezember 1952 wurde in Schönermark die LPG „Frieden“ gegründet. Sie hatte 11 Mitglieder und 40 ha. Bruno Wilke erzählt: „Ich gehörte nicht zu diesen Gründern. Für mich persönlich wie für viele Bauern war es nicht leicht, diesen neuen Schritt der Entwicklung zu gehen. Wir brauchten sozusagen eine längere Überlegungspause.“ Genosse Wilke überlegt nicht nur lange, sondern gründlich. Am 1. März 1956 war es soweit. Zusammen mit einer größeren Gruppe von Bauern wurde Bruno Wilke Mitglied der LPG, die jetzt 94 Mitglieder hatte und 560 ha bewirtschaftete. In der gleichen Versammlung, in der die Aufnahme beschlossen wurde, wurde Bruno Wilke zum Vorsitzenden der LPG gewählt. Mit der gleichen Intensität und Tatkraft, mit der der neue Vorsitzende früher auf seinem Hof gearbeitet hatte, wurde nun die sozialistische Arbeit in der Genossenschaft organisiert.

Bruno Wilke erzählt: „In der LPG waren uns die gesammelten Erfahrungen aus der gemeinsamen Arbeit der VdgB von großem Nutzen. Weil wir diese Erfahrungen auch konsequent in der Genossenschaft anwandten, ging es mit großen Schritten voran. Schon 1958 erreichten wir eine hohe Marktproduktion. 969 kg Milch pro Hektar und 258 kg Fleisch pro Hektar! Das war damals schon etwas. Für diese Leistungen wurde unsere LPG 1958 mit dem Nationalpreis 3. Klasse ausgezeichnet.“ An dieser Stelle wäre zu ergänzen, daß es nicht nur die hohe Marktproduktion allein war, sondern auch die Anwendung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse und die Ergebnisse der sozialistischen Betriebswirtschaft, die mit dieser Auszeichnung ihre verdiente Würdigung fanden.

Die „Nationalpreis-LPG“ wurde bekannt, ihr Vorsitzender ein gefragter Gesprächspartner nicht nur im Kreis Kyritz. Die LPG „Frieden“ Schönermark gehörte zu den fortgeschrittensten LPG des Bezirkes Potsdam. Bereits 1959 wurde die Technik von den MTS an die LPG übergeben. Aus verschiedenen betriebswirtschaftlichen Gründen erfolgte der Zusammenschluß mit der LPG „Seid bereit“ Stüdenitz (1960) und später auch Sophiendorf. Damit betrug 1970 die Mitgliederzahl 256 und die Hektargröße 1739. Das ging mit einer stetigen Erhöhung der Produktion einher, im Jahre 1970 konnten 1600 kg Milch pro Hektar erreicht werden. Vorsitzender war immer noch Bruno Wilke, jetzt auch Abgeordneter des Bezirkstages. Er blieb es bis zu seinem Tode am 12. September 1972. Sein Ehrenstein ist eine hochproduktive, blühende Genossenschaft, bei deren Mitgliedern sein Name lebendig geblieben ist.



Nationalpreisträger Prof. Dr. Arthur Scheunert 1879 – 1957. Porträt (Öl) von Simeon Nalbandian (1912 – 1964). Akademie der Künste

Arthur Scheunert - ein humanistischer Wissenschaftler

Von Joachim Schulz

Professor Dr. Arthur Scheunert verkörpert die besten Traditionen deutscher Wissenschaftler: Forscherdrang und unermüdlicher Arbeitseifer, Inspirator für neue Wege und Forschungsmethoden, stete Bereitschaft zur Aufnahme und schöpferischen Weiterverarbeitung neuer Erkenntnisse, persönliche Lauterkeit und humanistische Gesinnung.

Arthur Scheunert wurde am 7. Juni 1879 in Dresden geboren und erhielt eine gediegene wissenschaftliche Ausbildung. Nach dem Studium arbeitete er in verschiedenen wissenschaftlichen Einrichtungen und veröffentlichte zahlreiche Arbeiten über die Verdauung mehrerer Nutztierarten und über die Vitaminversorgung des Menschen. Das machte ihn als Veterinärmediziner und Biochemiker bekannt und verschaffte ihm internationale Anerkennung.

Nach der Befreiung vom Faschismus erkannte er die große Verantwortung seines Wissenschaftsbereiches, zur Sicherung einer gesunden Ernährung seines Volkes

einen r
der Re
Institu

Prof. S
fen,
schluß
alles,
Bescha
bildung
Scheun

Der A
Rehbr
hochse
Neuer

Es wa
Wisse
der A
Land

Aus s
erfor
1949
und
bewe

Als
des
Sche
ter v
samer
greß
los z

Auf
fried
kom
liche
der
mili
allia
Ver

einen nutzbringenden Beitrag zu leisten. Aus dem ehemaligen Verpflegungsamt und der Reichsanstalt für Vitaminforschung entsteht unter seiner Leitung seit 1948 das Institut für Ernährung in Potsdam-Rehbrücke.

Prof. Scheunert und seine Mitarbeiter hatten mit enormen Schwierigkeiten zu kämpfen, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß das Institut wieder den Anschluß an das internationale Niveau der Forschung erreichte. Das betraf buchstäblich alles, was für eine leistungsfähige Forschung erforderlich ist: Es begann mit der Beschaffung der wissenschaftlichen Literatur, der Laborausstattung und der Heranbildung und Qualifizierung der technischen und wissenschaftlichen Mitarbeiter. Prof. Scheunert schonte sich selbst dabei nicht.

Der Autor dieser Zeilen erinnert sich, wie der Siebzigjährige mit dem Fahrrad von Rehbrücke zur Erfüllung seines Lehrauftrages bis zur Brandenburgischen Landeshochschule, der Pädagogischen Hochschule „Karl Liebknecht“, in den Communis am Neuen Palais kam.

Es war eine große Anerkennung, als das Institut für Ernährung der Akademie der Wissenschaften angeschlossen wurde. Prof. Dr. Arthur Scheunert wurde Mitglied der Akademie der Wissenschaften, später auch Vizepräsident der Akademie für Landwirtschaftswissenschaften.

Aus seiner humanistischen Gesinnung heraus erkannte Prof. Dr. Scheunert, daß es erforderlich war, mehr für das Wohl des Volkes und den Frieden zu tun. Bereits 1949 hatte er den Stockholmer Appell zur Ächtung der Atombombe unterschrieben, und als 1950 der Vorschlag an ihn herangetragen wurde, aktiv in der Friedensbewegung mitzuarbeiten, stimmte er zu.

Als am 26. Juli 1950 die erste Tagung des Landesfriedenskomitees im Plenarsaal des Brandenburgischen Landtages in Potsdam stattfand, wurde Prof. Dr. Arthur Scheunert zum Vorsitzenden des Landesfriedenskomitees gewählt. Sein Stellvertreter wurde Prof. Dr. Arno Müller, den er als Prorektor der Hochschule aus gemeinsamer Arbeit gut kannte. Die Teilnahme Prof. Scheunerts an dem Deutschen Kongreß für Verständigung und Frieden am 28. und 29. November 1952 gehört zweifellos zu den Höhepunkten seines politischen Wirkens.

Auf dem Kongreß ergriff Prof. Dr. Arthur Scheunert, jetzt Vorsitzender des Bezirksfriedensrates, das Wort. Er konnte von der aktiven Tätigkeit der 1500 Friedenskomitees berichten, die sich im Bezirk konstituiert hatten. Mit einem leidenschaftlichen Appell wandte sich Prof. Dr. Arthur Scheunert an die anwesenden Gäste aus der BRD und den anderen Staaten, sich der verhängnisvollen Entwicklung der Remilitarisierung der BRD und ihrer Einbeziehung in die imperialistische Militärallianz entgegenzustellen und noch in letzter Stunde für einen Friedensvertrag mit Vertretern beider deutscher Staaten einzutreten.

Vor dem Forum des Kongresses sprach Prof. Scheunert sein politisches Credo: „Der Gelehrte, und nicht nur der deutsche, ist wenig geneigt, sich mit Dingen, welche nicht sein Arbeitsgebiet betreffen, in der Öffentlichkeit auseinandersetzen, und mit politischen Fragen mag er sich schon gar nicht beschäftigen. Manches scheint für die Berechtigung einer solchen Einstellung zu sprechen. Wenn man ganz in seine Probleme vertieft ist, stört jede Ablenkung den schöpferischen Gedankenfluß und hindert das experimentelle Vorwärtstasten. Ein solcher Standpunkt ist aber falsch. Auch der deutsche Akademiker müßte eigentlich gelernt haben, daß politische Entwicklungen letzten Endes sein Lebenswerk beherrschen, sie unterbrechen, ja zerstören können, und es ist somit auch für ihn ein Gebot der Selbsterhaltung, sich mit allen Fragen, die die Geschichte seines Landes angehen, zu beschäftigen.“

1954 wurde Prof. Dr. Arthur Scheunert mit dem Nationalpreis ausgezeichnet. Er verstarb am 11. Januar 1957 in Berlin.



Hauptgebäude des Instituts für Ernährung in Bergholz-Rehbrücke, der Wirkungsstätte Prof. Dr. Arthur Scheunerts. Foto: MV/Liebke

Die
Na
750

Auto
750-

Das 13
Nach
nier A
Havel
werke
schon
Siedlu
der G
rend

Pfar
Teil
MV

Die „kleine Schwester“ von Berlin - Nachbetrachtung zum 750. Jubiläum der Stadt Kyritz

Autorenkollektiv „Arbeitsgruppe Chronik“ beim Festkomitee zur
750-Jahr-Feier (Redaktionell gekürzt)

Das 13. Jahrhundert war bemerkenswert für viele Siedlungen unseres Territoriums. Nach der endgültigen Unterwerfung der Slawen des Havelgebietes durch den Askanier Albrecht den Bären 1157 begann die Besiedlung der Prignitz, Ruppins, des Havellandes, der Zauche, des Teltow und des Barnim durch deutsche Ritter, Handwerker, Händler und Bauern. Oft wählten sie für ihre Ansiedlungen Orte aus, die schon früher besiedelt waren; es sind Fälle bekannt, wo neben der neuen deutschen Siedlung auch alte slawische Siedlungen waren oder sogar noch bestanden. Auch in der Gemarkung Kyritz weisen die ältesten Funde bereits auf eine Besiedlung während der Jungsteinzeit hin, vor 2000 Jahren lebten hier Germanen, seit dem 7. Jahr-



Pfarrkirche St. Marien in Kyritz, erbaut in der 2. Hälfte des 14. Jahrhunderts, zum Teil auf älterem Feldsteinsöckel. In der heutigen Form nach 1849 vollendet. Foto: MV/Lemcke

hundert slawische Stämme. Eine slawische Burganlage ist wahrscheinlich. Für diese Zeit sind wir auf die Erkenntnisse der Ur- und Frühgeschichte angewiesen, die zwar sicher sind, aber auf Grund der Funde nur spärlich.

Das „Licht der Welt“ erblickt Kyritz erstmals 1232; in einer Urkunde wird seine Existenz erwähnt. Bereits 1237 erhält Kyritz das Stadtrecht, es muß also schon ein ansehnlicher Ort gewesen sein. Es war Stendaler Stadtrecht. Das weist uns darauf hin, woher die Kaufleute und Handwerker, aber auch die Feudalherren kamen: offensichtlich aus der Altmark. Es war ein Herr von Plote, der für Kyritz den künftigen Rechtsstand und Besitz klärte. Die Plotes brachten auch die Lilie in das Kyritzer Stadtwappen ein. Dazu kam aber auch die Mühlengerechtigkeit, das Recht der freien Schifffahrt auf der Jäglitz; die Viergewerke (Tuchmacher, Bäcker, Fleischer und Schuhmacher) entwickelten sich; ab 1245 durfte die Stadt sogar eigene Münzen prägen („Moneta Kyricensis“). 1417 ist Kyritz sogar Mitglied der Hanse und hat Zollfreiheit bis nach Lübeck.

Trotzdem dürfen wir die Bedeutung der Stadt in dieser Zeit auch nicht überschätzen. Die Stadt war von der sie umgebenden Landwirtschaft nicht zu trennen. Die Bauern aus den Dörfern lieferten die Wolle für die Tuchmacher, Rinder und Schweine für die Fleischer, Getreide für die Mühle und die Bäcker und die Häute (das Leder) für die Schuhmacher. Überregionaler Handel (mit Tuch und dem „Mord und Totschlag“ benannten Kyritzer Bier) darf uns nicht darüber hinweg täuschen, daß Kyritz wie auch die anderen Prignitz-Städte (und wie damals auch Berlin!) ein Ackerbürgerstädtchen war, ein Marktflecken, das sich behaupten mußte. Wie die Kyritzer das erfolgreich taten, bewiesen sie 1411. Der aus Mecklenburg stammende Ritter von Bassewitz versuchte, die Stadt zu erobern. Um die Stadtmauer zu überwinden, versuchte er es mit einem Tunnel; als er jedoch daraus hervorstieg, wurde er festgenommen und mit seinem eigenen Schwert enthauptet. So verfuhr die Kyritzer 1411 mit Leuten, die die Mauer nicht beachtetten ...

Unter dem Einfluß des Landesfürstentums, des Absolutismus, in den schrecklichen Wirren des Dreißigjährigen Krieges, durch Pest, große Stadtbrände und Missernten sanken die Bedeutung und die Wohlhabenheit der Stadt. 1763 war von den 300 Tuchmachern der Stadt nur ein einziger übrig geblieben, das ehemals bekannte Bier mit dem anrühigen Namen wollte niemand mehr kaufen. Um diese Zeit (1730) hatte Kyritz 1517 Bewohner, von denen nur 480 Arbeit hatten. Dafür gab es jedoch eine Garnison von 385 Militärpersonen, deren Versorgung die Stadt fast 100 Jahre belastete. Freilich wurde auch die Jäglitz begradigt und die Gefahr der Überschwemmungen beseitigt, dazu Acker und Wiese gewonnen. Langsam stieg die Zahl der Einwohner.

Das 19. Jahrhundert begann mit vielem Drangsal. Nach der Schlacht bei Jena und Auerstedt erhielt Kyritz eine französische Besetzung; die Bürger Schulze und Kersten wurden Opfer der Besatzerwillkür. Als Erinnerung an die Befreiung nach der Leipziger Völkerschlacht pflanzten die Kyritzer auf dem Markt vier Eichen, von denen eine alle Brände überstand — die „Friedenseiche“. Die feudal-junkerliche Herrschaft blieb bestehen, das Stein'sche Städteedikt brachte Kyritz 1808 die Selbstverwaltung; nach der neuen Verwaltungseinteilung der Prignitz wurde Kyritz 1817 Kreisstadt der Ostprignitz (bis 1952). Die dominierende Stellung des feudalen Großgrundbesitzes um Kyritz zwang die städtische Produktion und den Handel, sich ausschließlich als dienstleistendes Handwerk der feudal-kapitalistischen Landwirtschaft unterzuordnen. Die Zahl der Handwerker wuchs und war um 1850 beachtenswert: 14 Bäcker, 9 Fleischer, 14 Tischler, 9 Böttcher, 39 Schuhmacher, 28 Schneider, 10 Schlosser, 9 Sattler und 10 Grobschmiede.



Bahnhof Kyritz. 1887 erhielt die Stadt Kyritz Bahnverbindung durch die Fertigstellung der Strecke Neustadt–Meyenburg. Foto: MV/Czeninga

Der Durchgangsverkehr von Berlin nach Hamburg, der über Kyritz führte (die heutige F 5, seit 1830 Chaussee), verlor stark an Bedeutung durch die 1846 erfolgte Eröffnung der Eisenbahn von Berlin nach Hamburg, die über Neustadt (Dosse) führte. 1887 erhielt Kyritz Bahnanschluß nach Neustadt und Pritzwalk, 1897 Kleinbahnstrecken nach Perleberg und Breddin. In diesen Jahren wurde auch die Stärkefabrik gegründet (1873), das Elektrizitätswerk und eine Molkerei entstanden. 1897 war Kyritz so weit, daß es sich ein neues Rathaus leisten konnte anstelle des 1825 abgebrannten. Es ist ein dreigeschossiger Backsteinbau, kastellartig mit einem Uhrentürmchen gestaltet.

So begann das 20. Jahrhundert. Alles schien „in Ordnung“. Aber in der Stärkefabrik schufteten die Arbeiter 12 Stunden. „Ein Lohn von über 1,50 Mark ist noch nie gezahlt worden.“ (Aus einer Akte der Stärkefabrik). Für 12 Stunden also 1,50 Mark! Ist es da ein Wunder, daß der Berliner Zigarrenarbeiter Kiesel am 17. Februar 1895 beim Gastwirt Rogge zahlreiche Zuhörer fand, als er über das Thema „Die Bedeutung des 1. Mai“ sprach und gleichzeitig den antikapitalistischen Standpunkt der Sozialdemokratie darlegte?

Es entstehen gewerkschaftliche Vereinigungen. 1899 führen 35 Maurer einen Streik durch und erreichen die Verkürzung des Arbeitstages um eine Stunde und die Erhöhung des Stundenlohns um $2\frac{1}{2}$ Pfennige. Die Zahl der organisierten Sozialdemokraten ist gering.



In Vorbereitung der 750-Jahr-Feier wurden zahlreiche Häuser der Innenstadt restauriert. Beachtlich ist der hohe Anteil sehr schöner Fachwerkhäuser. Foto: MV/Czeninga



Dafür
Über
die M
gesell
lich n
Solda
Mac
Auch
demo
Zeit
Spitz
lange
Grig
der B
zur
Reich
den
den
Mit
Sozia
den
mit,
Fran
Nach
auf
dazu
Am
Pfar
geh
Dur
Bün
Nach
Ges
änd
Buc
mi
Wi
wa
Stä
„al
an
Di
im
Pr
ter
au
Be

Dafür sind die Auswirkungen des ersten Weltkrieges in der Stadt durchaus spürbar. Über 160 Bürger fanden durch Kriegseinwirkungen den Tod. Aber noch versteht die Mehrheit der Kyritzer nicht den Zusammenhang zwischen den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen und den Opfern des Krieges. Und damit auch wirklich niemand die Novemberrevolution etwa ernst nimmt, erhält der Arbeiter- und Soldatenrat in Kyritz aus Perleberg die Anordnung, daß keine Veränderungen der Machtverhältnisse stattfinden sollten.

Auch in der Zeit der Weimarer Republik bleibt Pritzwalk das Zentrum der Sozialdemokratie in der Prignitz, das Zentrum der KPD wird Wittstock. Hier stand lange Zeit der später von den Faschisten zu Tode gequälte Genosse Ernst Lück an der Spitze der Parteiorganisation. An der Spitze der Kyritzer Ortsgruppe der KPD stand lange Zeit Genosse Emil Hein. Weitere Mitglieder waren Wilhelm Behrendt, Eduart Grigat, Peter Link, August Petter und Frieda Lippstreu. Ein Höhepunkt der Arbeit der KPD-Ortsgruppe war die Kundgebung am 30. Oktober 1928 auf dem Marktplatz zur Verteidigung der 50 im „Landbundprozeß“ angeklagten Bauern. Es sprach als Reichstagsabgeordneter der KPD Edwin Hoernle zu den 350 Teilnehmern (und zu den 30 Polizisten, die aus Potsdam zur Überwachung geschickt worden waren). Bei den Wahlen zum Kreistag 1929 erhielt die SPD von 26 Sitzen 7 und die KPD 1 Sitz. Mit dem Beginn der faschistischen Herrschaft wird der Angriff gegen Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftler geführt. Arbeiter aus der Stärkefabrik werden in das KZ Alt-Daber verschleppt. 1934 teilt der Landrat den Kyritzer Bürgern mit, wer sich alles in faschistischer „Schutzhaft“ im Konzentrationslager befindet: Franz Arndt, Eduart Grigat, Helmut Böder, Johann Bednatz und Adolf Selle.

Nach dem Kampf gegen die fortschrittlichen Kräfte im Land begann der Krieg nach außen. Der zweite Weltkrieg brachte der Bevölkerung von Kyritz 174 Gefallene, dazu eine größere Zahl, die Gesundheit und Arbeitskraft eingebüßt hatten.

Am 2. Mai 1945 wurde Kyritz von der Roten Armee befreit. Beherzte Bürger wie Pfarrer Leutke und der Bürger Stier hatten auf dem Rathausturm die weiße Fahne gehißt.

Durch den sowjetischen Kommandanten Schukowitz wird der Tierarzt Dr. Vogel als Bürgermeister eingesetzt.

Nach über 700 Jahren ergibt sich für Kyritz die einmalige Chance, die eigenen Geschicke selbst in die Hand zu nehmen, alte hemmende Machtstrukturen zu verändern und neue demokratische Verhältnisse zu schaffen.

Buchstäblich am Tage nach der Befreiung begannen die Aktivisten der ersten Stunde mit der Arbeit. Wilhelm Schönebeck, Wilhelm Steinicke, Elly Loyal, Peter Link, Wilhelm Behrendt, Heinrich Mosler, Eduart Grigat, Franz Arndt und viele andere waren dabei. Nach dem Befehl Nr. 2 der SMAD vom 10. Juni 1945 wurden in den Städten des Kreises Parteiorganisationen der KPD und der SPD gebildet. Zu den „alten“ Parteimitgliedern (die schon vor 1933 Mitglied gewesen waren) kamen antifaschistisch eingestellte Männer, Frauen und Jugendliche hinzu.

Die Aktionseinheit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten entwickelte sich im gemeinsamen Kampf um die Lösung der dringenden ökonomischen und sozialen Probleme. Die Ernährung mußte gesichert werden, Hunderte von Umsiedlern mußten in der Stadt und in den umliegenden Dörfern untergebracht werden, die Wiederaufnahme des Schulunterrichts war vorzubereiten. Von wahrhaft geschichtlicher Bedeutung war der gemeinsame Kampf um die Durchsetzung der Bodenreform.

Am 2. September 1945 sprach Wilhelm Pieck auf einer großen Bauernversammlung in Kyritz. Mit der Losung „Junkerland in Bauernhand“ verkündete er die Durchführung einer demokratischen Bodenreform. Wilhelm Pieck sagte in seiner Rede: „Unser Volk muß aus seinem Unglück aber auch die die große Lehre ziehen, daß es an sich selbst, in seinem Denken und Handeln, eine große Wandlung vornehmen muß. Unser Volk muß sich befreien von dem ihm von seinen Herren anerzogenen Untertanengeist, von der Hörigkeit und Knechtseligkeit. Es muß sich mit demokratischem Selbstbewußtsein, mit dem Stolz des freien, selbständig denkenden Menschen erfüllen.“ Und er wendet sich unmittelbar an die Bauern: „Das Problem des Lebensraumes für die Bauern besteht gerade darin, daß sie den ihnen von den Junkern und Feudalherren gestohlenen Lebensraum zurücknehmen und das Junkerland wieder in Bauernhand übernehmen. Sie brauchen sich nur die Besitzverhältnisse im Kreis Ostprignitz näher anzusehen, um zu verstehen, wie das Problem des Lebensraumes gelöst werden muß. Es gibt im Kreis allein 68 große Güter, von denen jedes weit über 100 Hektar Grundfläche hat, darunter solche wie das des Junkers von Rendor in Zaatze mit 719 Hektar, das von Königsmark in Kötzlin mit 587 Hektar, das von Weule in Holzhausen mit 550 Hektar, das des Junkers von und zu Putlitz in Laaske mit 512 Hektar, des Gutsbesitzers Kiepert in Fretzdorf mit 463 Hektar und des Gutsbesitzers Stein in Rapshagen mit 403 Hektar ...

Nach den Forderungen der Bauern und Landarbeiter soll die entschädigungslose Enteignung des gesamten Großgrundbesitzes durchgeführt werden, der sich in den Händen der Kriegsverbrecher, der Kriegsschuldigen, der Naziführer und der anderen aktiven Nazis, der Mitglieder der Gestapo, der Hitlerregierung und des faschistischen Reichstages befindet, ferner der gesamte Großgrundbesitz von über 100 Hektar mit allem lebenden und toten Inventar, Gutshäusern, Schlössern usw.“

Die Rede Wilhelm Piecks löste eine große Aktivität aus, die an der Kreisstadt Kyritz natürlich nicht spurlos vorüberging. Die Gemeindekommission Kyritz enteignete fünf Wirtschaften von Großgrundbesitzern mit zusammen 682 ha, die auf dem Territorium der Stadt lagen, 98 landarme und landlose Bauern und Umsiedler erhielten eigenen Grund und Boden.

In der gemeinsamen Arbeit hatte man sich so gut kennengelernt, daß durch Vertreter der KPD und der SPD mit einer Beratung Anfang Februar 1946 die Vereinigung unmittelbar vorbereitet wurde, weil die organisatorische Wiedervereinigung der beiden Parteien eine geschichtliche Notwendigkeit ist.“

Am 23. März 1946 fanden die letzten Kreisdelegiertenkonferenzen der beiden Parteien getrennt in Kyritz statt. Am 24. März 1946 fand dann in Pritzwalk die erste gemeinsame Kreisdelegiertenkonferenz zur Vereinigung statt. Gleichberechtigte Vorsitzende wurden Fritz Riwozki (vorher SPD) und Heinrich Mosler (vorher KPD).

Vieles in Kyritz ist seit der Gründung der DDR verändert. Die Einwohnerzahl erhöhte sich von etwa 6000 zur Zeit der Befreiung durch die Rote Armee auf über 10 000. Die ersten Wohnblocks wurden 1950 bis 1952 in der Robestraße und in der Leninallee errichtet. Von 1956 bis 1960 folgte der Auf- und Ausbau der Wohnsiedlungen in Kyritz Ost und West. In der Friedensstraße entstanden die ersten Wohnblöcke der Arbeiterwohnungsbaugenossenschaft mit 137 Wohnungen. Von Jahr zu Jahr wurde der Eigenheimbau stärker gefördert. So ging man in der Stadt dem Wohnungsproblem zu Leibe.

Wichtige Bauten entstanden: die Wilhelm-Pieck-Schule und die Lotte-Pulewka-Schule, das Kreiskulturhaus „Wilhelm Pieck“, der Komplex des Dienstleistungskombinats, die Kaufhalle Mitte und eine Poliklinik, Vorschul- und Krippeneinrichtungen.

Kyritz hat sich zu einem Zentrum wichtiger Betriebe der Nahrungsgüterwirtschaft entwickelt. Die wichtigsten sind der VEB Stärkefabrik, die Molkereigenossenschaft Kyritz, die Produktionsstätte des Konsum-Backwarenkombinates Potsdam, der Konsum-Fleischverarbeitungsbetrieb und das Flachkühlhaus Kyritz.

Besondere Aufmerksamkeit verdient die Stärkefabrik. Im Jahre 1945 wurden 26 260 t Kartoffeln zu Stärke verarbeitet, 1985 waren es 184 800 t. Um dieses Ergebnis zu erreichen, waren verschiedene Rekonstruktions- und Spezialisierungsmaßnahmen erforderlich, so erfolgte eine bedeutende Kapazitätserweiterung auf der Grundlage der Direktive des IX. Parteitages der SED. Nach der Entwicklung des Stärkehydrolyseproduktes (SHP) und seines Einsatzes als Fettaustauscher zur Produktion kalorienreduzierter Nahrungsmittel entstand 1978/79 eine völlig neue Produktionsanlage mit hohem volkswirtschaftlichen Nutzen. Das Forschungskollektiv erhielt dafür den Nationalpreis II. Klasse für Wissenschaft und Technik. Die industrielle Warenproduktion der Stärkefabrik beträgt über 125 Millionen Mark.

Auch die anderen Betriebe der Nahrungsgüterwirtschaft konnten erhebliche Steigerungen ihrer Produktion erreichen. Von den Produkten soll hier nur der schmackhafte Gouda-Käse der Molkereigenossenschaft Kyritz genannt werden.

Mitbestimmend im Territorium ist das Kombinat Elektroanlagenbau (EAB) Kyritz. Der Betrieb entstand, um Elektroinstallationsarbeiten in der Landwirtschaft, Freileitungs- und Hochspannungsleitungsbau, Erdkabelverlegungen und Transformatorenstationenbau durchzuführen. 1973 übernahm der Betrieb die Installation eines Armaturenwerkes in Algerien. Auch an solchen Objekten wie Flughafen Berlin-Schönefeld, Elektrostahlwerk Hennigsdorf, Elektrophysikalische Werke Neuruppin, Obertrikotagenwerk Wittstock und Milchviehanlage Stüdenitz war der EAB mit Teilobjekten beteiligt. Mit der Montageleistung stieg auch die stationäre Fertigung, für die 1975 eine neue Halle mit ihren Sozialeinrichtungen in der Holzhausener Straße fertiggestellt wurde. 1981 wurde der Betrieb Stammbetrieb des Kombinat Elektroanlagenbau mit der Orientierung auf Konsumgüterproduktion.

Zu den Kyritzer Besonderheiten gehört das Flachkühlhaus, 1966 nach 13monatiger Bauzeit in Betrieb genommen. Es gehört zum VEB Kühlbetrieb Magdeburg und hat wichtige Versorgungsaufgaben für den Bezirk Potsdam und beliefert die südlichen Bezirke der DDR. In den letzten Jahren hat sich das Kühlhaus zu einem bedeutenden Exportbetrieb entwickelt.

Die Stadt Kyritz verfügt über eine beachtliche Landwirtschaft. 1954 wurde die LPG „8. März“ gegründet, in der sich bis 1960 alle Alt- und Neubauern zusammenschlossen. 1985 wurde die 600er Milchviehanlage im Ortsteil Rüdow in Betrieb genommen, dazu hat die LPG noch 2400 Schweine, 500 Schafe und 500 Mastbullen.

Das volkseigene Gut Kyritz ist ein stabiler landwirtschaftlicher Großbetrieb. Durch Zuordnung der Flächen der volkseigenen Güter Vehlin und Holzhausen wird jetzt eine Betriebsgröße von fast 2000 ha erreicht. Die Produktion verdoppelte sich, und stabile Gewinne konnten erwirtschaftet werden.

Spricht man von der Kyritzer Landwirtschaft, so ist der 42 m hohe Silobau des VEB Getreidewirtschaft Pritzwalk nicht zu übersehen. Er schafft mit die Voraussetzung dafür, daß alles, was geerntet wurde, auch ordnungsgemäß gelagert und dann dem Verbraucher zugeführt werden kann.

Nicht zu überhören sind die Flugzeuge des Betriebes Agrarflug, Betriebsteil II „Mitte“ der INTERFLUG. Zum Betriebsteil Kyritz-Heinrichsfelde gehören die Flugstaffeln in den Bezirken Schwerin, Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus. Der Stützpunkt entstand 1960 und wurde 1965 fertiggestellt. Seitdem sind die gelb-roten „Traktoren der Luft“ ein vertrautes Bild in unserer Landwirtschaft. Die Anwendung ist sehr vielfältig und volkswirtschaftlich von großem Nutzen. Mit Agrarflugzeugen wird Stickstoffdünger ausgebracht, bei Weizen und Gerste wird der Mehltau bekämpft, Halmstabilisatoren und Wachstumsregulatoren werden ausgebracht, der Einsatz erfolgt in Obstanbaugebieten und in der Forstwirtschaft. Sogar bei der Waldbrandbekämpfung haben sich die Flugzeuge und ihre Piloten bewährt. Hervorzuheben ist auch der Kreisbetrieb für Landtechnik, der die Traditionen der MAS, MTS und RTS fortsetzt. Die Kyritzer haben sich vor allem auf die Instandsetzung des Lkw W 50, der Traktoren RS 09 und GT 124 und der Melktechnik (Pulsatoren und Vakuumpumpen) spezialisiert. Der Betrieb ist bekannt durch ständige exakte Planerfüllung. Am 24. Oktober 1977 wurde dem VEB Kreisbetrieb für Landtechnik Kyritz der „Karl-Marx-Orden“ verliehen.

Die Gärtnerische Produktionsgenossenschaft (GPG) „V. Parteitag“ wurde 1958 gegründet. Heute produzieren die etwa 100 Kollegen 15 000 t Gemüse, dazu Jungpflanzen für die Kleingärtner, Zierpflanzen und Schnittblumen.



Neue Wohnungen werden in Kyritz gebaut. Foto: MV/Czeninga

Auf der
Erfahrung
tes Pro
leistung
den pr
automa
program
Vertrag
dienst
den pr

In der
sen leg
hat be
werte
aus de
Dank
pflege
Charak

Die F
wurde
heitlic
began
die er
gebra
Kinde
wege
straf
aber

Drei
die L
Gebä
unser

Beso
Juge
fand
Volk
Auf
Kreis
- Ki
saal
haus

Spor
lasse
Bod
Vize
mei

Auf dem Gebiet der Dienstleistungen und des Handwerks haben die Kyritzer ihre Erfahrungen sammeln müssen. Heute gibt es ein inhaltlich weitgehend abgestimmtes Produktionsprogramm und eine sinnvolle Arbeitsteilung zwischen dem Dienstleistungskombinat, den Produktionsgenossenschaften der Handwerker (PGH) und den privaten Einzelhandwerkern. So gehören die Haushaltgroßgeräte, Waschvollautomaten, Schleudern, Kühlschränke, Gasgeräte und Elektroherde zum Reparaturprogramm des Dienstleistungskombinates. Der Kfz-Instandsetzungsbetrieb (KIB) ist Vertragswerkstatt für die Typen Moskwitsch, Polski-Fiat und Lada; die PGH „Autodienst“ für die Typen Wartburg, Trabant und Skoda. Beide Firmen kooperieren mit den privaten Firmen für Autoelektrik, Lackierung und Polsterei.

In der PGH „Frieden“ haben sich Maurer, Zimmerer, Dachdecker, Ofenbauer, Fliesenleger, Schlosser, Klempner und Tiefbauer zusammengeschlossen. Dieser Betrieb hat bei der Sanierung und Werterhaltung von Wohnraum in Kyritz eine sehenswerte Leistung vollbracht. Eines der ältesten Häuser der Stadt, das „Huthsche Haus“ aus dem 17. Jahrhundert, wurde neu aufgebaut und 1986 von 8 Familien bezogen. Dank der Arbeit der Bauleute und mit Unterstützung des Instituts für Denkmalpflege Berlin hat dieses Gebäude auch nach der Rekonstruktion seinen historischen Charakter behalten und ist zu einem Schmuckstück gestaltet worden.

Die Fortschritte, die in den letzten 40 Jahren auf sozialpolitischem Gebiet vollbracht wurden, sind im Rahmen dieses Artikels nicht alle aufzuzählen. Für die gesundheitliche Betreuung wurde das Kreiskrankenhaus erweitert und modernisiert, 1975 begann eine großzügige Erweiterung der Poliklinik in der Leninallee. 1950 wurden die ersten sechs Kinder in die Krippe am ehemaligen Liebknecht-Luxemburg-Platz gebracht, gegenwärtig stehen bereits über 300 Krippenplätze zur Verfügung. Die Kindergärten sind über das ganze Stadtgebiet verteilt, wodurch weite Anmarschwege vermieden werden. Kindergärten sind in der Holzhausener Straße, Hagenstraße, Bahnhofstraße, Otto-Grotewohl-Straße, Am Ring, in der Straße der Jugend, aber auch im Ortsteil Mechow.

Drei neue Polytechnische Oberschulen wurden erbaut: die Wilhelm-Pieck-Schule, die Lotte-Pulewka-Schule und die Ernst-Thälmann-Schule. Zusammen mit den älteren Gebäuden, der Goethe-Schule und der Jahn-Schule, kann das Bildungsprogramm unserer sozialistischen Gesellschaft materiell abgesichert werden.

Besonders genannt werden muß das Kinderheim „Ernst Thälmann“. 200 Kinder und Jugendliche, die durch den zweiten Weltkrieg von ihren Familien getrennt wurden, fanden hier eine neue Heimat. Auch heute hat dieses Heim als Einrichtung der Volksbildung durch seine Erziehungs- und Bildungsergebnisse einen guten Namen. Auf dem Gebiet der Kultur herrscht reges Leben. Einen Mittelpunkt bildet das Kreiskulturhaus, 1968 eröffnet und von Elly Winter auf den Namen ihres Vaters – Kreiskulturhaus „Wilhelm Pieck“ – getauft. Es enthält als Zentrum einen Theatersaal mit fast 500 Plätzen; rund 600 Veranstaltungen finden jährlich im Kreiskulturhaus statt.

Sport, Touristik, Erholung, Freizeit – auf allen Gebieten kann sich Kyritz sehen lassen. Aus Kyritz kommt die mehrfache DDR-Meisterin im Federball Ruth Preuß, Bodo Ferl saß im Viererbob, der in Italien Vizeweltmeister wurde, Jens Köppen ist Vizeweltmeister im Doppelvierer, Renate Tensch steuerte bei der Juniorenweltmeisterschaft in Brandenburg den Vierer als Weltmeister ins Ziel, Oliver Kauf saß



Landschaft bei Kyritz. Foto: MV/Czeninga

bei der gleichen Meisterschaft im „Silbernen“ Doppelvierer, Burgel Assmann gewinnt bei der X. Kinder- und Jugendspartakiade 1985 über 100 m Hürden Gold. Wie in der DDR jeder weiß, ist das nur die Spitze jener Pyramide, die mit dem Freizeit- und Erholungssport beginnt, sich über die BSG und die Trainingszentren fortsetzt und für Kyritz mit der Delegation zum Sportclub endet. Man muß eine Segelregatta auf dem Untersee erlebt haben, um einen bleibenden Eindruck vom Kyritzer Sportleben zu erhalten — oder ein öffentliches Training im Trainingszentrum oder den Ernst-Thälmann-Gedenklauf ... oder ... oder.

Die Ziele, für die einst Emil Hein und seine KPD-Genossen eintraten, für die Franz Arndt, Eduart Grigat, Helmut Böder, Johann Bednatz und Adolf Selle in den faschistischen Konzentrationslagern kämpften und litten, für die Fritz Riwozki und Heinrich Mosler eintraten, werden jetzt erfüllt. Die SED hat viele Verbündete um sich geschart, und alle Kyritzer können mit voller Berechtigung sagen: Es hat in der 750jährigen Geschichte unserer Stadt keinen Zeitabschnitt gegeben, der dem Vergleich mit den letzten vier Jahrzehnten standhält.

Literatur:

Stadtchronik 750 Jahre Kyritz.
Herausgeber: Rat der Stadt Kyritz. 64 Seiten.

Vor n
dingte
Volkes
rischer
„Grun
dender
tete P
Bildun
und d
zone
staatli
Deme
Mai 1
hin n
kratis
sorisc
überg
Organ
deuts
Staat

Vor
inner
gen
Fakte

— W
A
b

— E
d
s
d
j
a
s
1
d
t
1

40 Jahre Staatsarchiv Potsdam - Entwicklung - Ergebnisse - Perspektiven

Von Friedrich Beck

Vor nunmehr vier Jahrzehnten traten die als Folge des zweiten Weltkrieges bedingten Auseinandersetzungen um die nationale und staatliche Einheit des deutschen Volkes in ihr entscheidendes Stadium ein. Am 8. Mai 1949 wurde im Parlamentarischen Rat das nach Richtlinien der westlichen Militärregierungen erarbeitete „Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland“ durchgesetzt und damit ein entscheidender Schritt zur staatlichen Zerreißung der deutschen Nation getan. Der eingeleitete Prozeß fand seinen Abschluß mit der Konstituierung des Bundestages und der Bildung der ersten Regierung Adenauer. Demgegenüber zielte die Politik der UdSSR und der unter Führung durch die SED in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone wirkenden politischen und gesellschaftlichen Kräfte auf die Erhaltung der staatlichen Einheit der Nation gemäß den Festlegungen des Potsdamer Abkommens. Dementsprechende Vorschläge der UdSSR zur Pariser Außenministerkonferenz vom Mai 1949 verfielen jedoch der Ablehnung. Am 7. Oktober 1949 bildete sich daraufhin nach breiter Diskussion des Entwurfs der Verfassung für „eine deutsche demokratische Republik“ in allen Bevölkerungsschichten der Deutsche Volksrat zur Provisorischen Volkskammer um und setzte die Verfassung in Kraft. Am 10. Oktober übergab die UdSSR die von der SMAD wahrgenommenen Verwaltungsaufgaben den Organen der Deutschen Demokratischen Republik. Damit war erstmalig in der deutschen Geschichte von der Arbeiterklasse und ihren Verbündeten ein eigener Staat geschaffen worden.

Vor diesem welt- und nationalgeschichtlichen Hintergrund und nicht zuletzt in innerem Zusammenhang mit ihm vollzog sich der Geburts- und Taufakt des heutigen Staatsarchivs Potsdam. Als wesentliche Voraussetzungen können dafür drei Fakten in Betracht gezogen werden:

- Weiterführende Impulse und erhöhte gesellschaftliche Wertschätzung erfuhr das Archivwesen im Goethejahr 1949 durch die von der 1. Parteikonferenz der SED beschlossenen kulturpolitischen Aufgaben.
- Eine wesentliche Bedingung bildete die mit Beginn des planmäßigen Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus eng verbundene Durchsetzung des demokratischen Zentralismus. Sie manifestierte sich im staatlichen Archivwesen einmal in der einheitlichen Unterstellung der Archive der damaligen Länder unter deren jeweilige Innenministerien — so in Brandenburg zum 21. März 1949 —, zum andern in der Schaffung einer zentralen Archivverwaltung in Form der Zentralstelle für Archivwesen bei der Deutschen Verwaltung des Innern zum 1. August 1949, ab 1. November 1949 der Hauptabteilung Archivwesen des Ministeriums des Innern der DDR. Die damit im Zusammenhang stehenden Maßnahmen führten zu grundlegenden Veränderungen, wie sie in der „Verordnung über das staatliche Archivwesen in der DDR“ vom 13. Juli 1950 ihren Niederschlag fanden.

- Den letzten entscheidenden Anstoß vermittelte schließlich nach der durch Gesetz des Alliierten Kontrollrates vom 25. Februar 1947 erfolgten Auflösung des Staates Preußen die Übergabe der im zweiten Weltkrieg vom Preußischen Zentralarchiv in die Salzschächte bei Staffurt und Schönebeck an der Elbe ausgelagerten Archivbestände der ehem. Provinz Brandenburg, die von der Roten Armee 1945 sichergestellt worden waren, durch die SMAD an die neuen Verwaltungsorgane. Ihre ordnungsgemäße räumliche Unterbringung, fachgerechte Bearbeitung und Aufarbeitung für die Organe des Arbeiter-und-Bauern-Staates setzte die Existenz eines arbeitsfähigen Archivs voraus.

Der Vorbereitung und Durchführung der damit verbundenen Aufgaben diente die Verfügung des Ministers des Innern der damaligen Landesregierung vom 21. Juni 1949 zur „Einrichtung des Landesarchivs Brandenburg“ — so die Bezeichnung des heutigen Staatsarchivs Potsdam. Seine Begründung stellte einen Akt von historischer Bedeutung in der Geschichte des Archivwesens unseres Territoriums dar. Mit ihm fand eine Entwicklungsetappe ihren Abschluß, die im bürgerlich-kapitalistischen Staat von unbefriedigenden provisorischen Lösungen geprägt gewesen war. Während bereits vor dem zweiten Weltkrieg in den damaligen Ländern und Provinzen auf dem Gebiet der DDR eigene Staatsarchive existierten, bildete die Provinz Brandenburg hierin eine Ausnahme. Die Archivaufgaben im Territorium oblagen einer Abteilung des Preußischen Zentralarchivs, des „Geheimen Staatsarchivs“, in Berlin. Das Fehlen eines selbständigen Archivs mit eigener Leitung, eigenen Dienst- und Magazinebauten und einem ausreichenden Bestand an qualifizierten Fachkadern in dem mit der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung entstandenen Land Brandenburg stellte dessen Organe in den schweren Jahren des Neuaufbaus und



Orangerie im Park von Sanssouci. Im Westflügel (rechts im Bild) ist das Staatsarchiv Potsdam untergebracht. Foto: Bogemihl

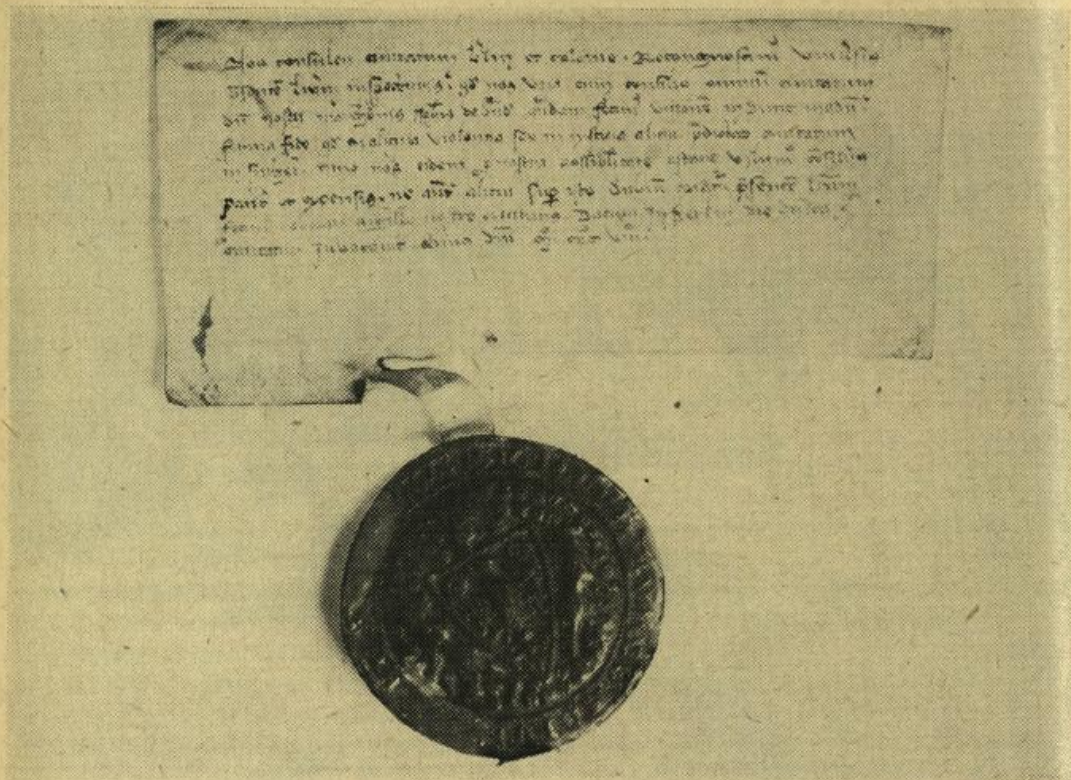
Staa
der
Wel
In d
Dok
regi
tral
heu
fes,
Leit
aus
des
mit
ver
Bes
dar
ma
5 E
Ma
gro
rie
Zer



Staatsarchiv Potsdam. Blick in den Benutzerraum. Foto: Bogemihl

der Inangsetzung der Produktion in dem durch die Auswirkungen des zweiten Weltkrieges besonders hart betroffenen Territorium vor schwierige Aufgaben. In den Jahren 1946 bis 1949 wurden die Vorhaben zur Sicherstellung wertvoller Dokumentenfonds unter Leitung des Ministeriums für Volksbildung der Landesregierung vorübergehend von dem im Sommer 1946 in Potsdam begründeten „Zentralarchiv für die Sowjetische Besatzungszone“ bzw. „Deutschen Zentralarchiv“, dem heutigen Zentralen Staatsarchiv mit wahrgenommen. Dessen Direktor Dr. Otto Korfes, Gründungsmitglied des Nationalkomitees „Freies Deutschland“, späterer erster Leiter der Zentralen Archivverwaltung und langjähriger Vorsitzender des Bezirksausschusses Potsdam der Nationalen Front, unterbreitete am 1. Juni 1949 der Landesregierung Vorschläge zur „Inbetriebsetzung des Landesarchivs Brandenburg“, die mit der bereits genannten Verfügung des Ministers des Innern vom 21. Juni 1949 verwirklicht wurden.

Bescheiden wie die äußere Form dieser Gründungsurkunde des Staatsarchivs Potsdam — ein halbes Aktenblatt mit den blassen Typen einer bejahrten Schreibmaschine — waren die Anfänge des jungen Archivs. Der Stellenplan umfaßte ganze 5 Planstellen. Mit den personellen und sachlichen Mitteln in Höhe von etwa 50 000 Mark würde sich wohl heute kaum ein mittleres Stadtarchiv begnügen. Äußerst begrenzt war auch die Raumsituation, in die Dienst- und Arbeitsräume in der Orangerie des Parkes Sanssouci und eine Magazinkapazität von 20 000 lfm mußten sich Zentralarchiv und Landesarchiv bis 1955 teilen.



Urkunde vom 11. März 1308. Bündnisvertrag der Städte Berlin und Cölln mit den märkischen Städten mit dem ältesten erhaltenen Siegel von Berlin. Staatsarchiv Potsdam, Rep. 5 Eberswalde, V 4.

Sicherung des Archivguts und Bestandsergänzung

Unter diesen Bedingungen begann das junge Mitarbeiterkollektiv seine Arbeit. Den alleinigen Schwerpunkt der umfangreichen Aufgaben bildete in den 50er Jahren die Sicherung des im Lande in zahlreichen unzureichenden Aufbewahrungsorten verstreuten, historisch wertvollen und für die anstehenden Aufgaben nutzbar zu machenden Archivgutes. Dieses vordringliche Vorhaben umfaßte mehrere Teilaufgaben, die im wesentlichen in zwei Arbeitsschritten bewältigt werden konnten.

In einem ersten Stadium von 1950 bis 1952 galt es, die Übernahme der im zweiten Weltkrieg vom Preußischen Zentralarchiv aus Berlin verlagerten Archivbestände in das neugegründete Archiv zu realisieren. Sie fand bereits in den Jahren 1950/51 ihren Abschluß. Im Ergebnis gelangten etwa 4000 lfm Archivgut in die Magazine in der Orangerie. Vorwiegend handelte es sich dabei um den Kern der älteren schriftlichen Überlieferung des Territoriums, in dem sich vorrangig das Erbe in seiner ganzen Breite und Widersprüchlichkeit, aber auch progressive Traditionen vom Mittelalter über den Spätféudalismus und die bürgerliche Umwälzung bis zu den Registraturen von Institutionen des bürgerlich-kapitalistischen Staatsapparates in der Zeit der Weimarer Republik widerspiegelten. Diese Bestände bildeten den Grundstock für wissenschaftliche Forschungen zur Regional- und Heimatgeschichte

ebenso wie zur National- und Weltgeschichte. In ihrem Rahmen kam der Überlieferung des Polizeipräsidiums Berlin herausragende Bedeutung zu.

Zeitlich nahezu gleichzeitig erfolgte die Übernahme der umfangreichen Registraturen der nach dem zweiten Weltkrieg aufgelösten Behörden und Institutionen des bürgerlich-kapitalistischen Staates bis zur Zerschlagung des faschistischen Staatsapparates 1945. Damit verdreifachte sich der Bestand des jungen Archivs binnen kurzem, und bedeutsame Quellen zur neueren Geschichte traten hinzu. Sie widerspiegelten vor allem den opferreichen Kampf der Arbeiterklasse unter Führung durch ihre revolutionäre Partei von den Anfängen der Arbeiterbewegung bis zum antifaschistischen Widerstandskampf 1933 bis 1945.

Eine weitere wichtige Aufgabenstellung erwuchs aus der Erfassung des Archivguts der noch bis 1945 in der Mark Brandenburg und der Niederlausitz existierenden ständischen Korporationen und der durch die Bodenreformgesetzgebung in staatliches Eigentum übergeführten Herrschafts-, Guts- und Familienarchive des Großgrundbesitzes, dessen ostelbische Domäne bekanntlich die Mark Brandenburg bildete. Damit wurden dem Archiv neue Quellen von bedeutendem historischen Wert, vor allem zur Agrargeschichte, zugeführt, die z. T. bis ins hohe Mittelalter zurückreichten und bisher der Forschung weitgehend nicht zugänglich gewesen waren. Sie brachten einen wesentlichen Gewinn für die Erforschung der Feudalgesellschaft und darüber hinaus für das verhängnisvolle Wirken der Junker in der deutschen Geschichte bis in die Jahre der Hitlerdiktatur.

Die zweite Etappe in der Erfassungs- und Übernahmetätigkeit zur Bestandsergänzung des Archivs, das wie die anderen Staatsarchive der fünf Länder seit 1951 den Namen Landeshauptarchiv führte, begann 1955. Sie galt in der zweiten Hälfte der 50er Jahre vordringlich der Aufnahme der Registraturen von örtlichen Organen und Institutionen des bürgerlich-kapitalistischen Staates, so aus den Bereichen der Kreisverwaltungen, der Justiz-, Forst-, Bau- und Steuerbehörden. Die wesentlichste Ergänzung erfuhren die Bestände des Archivs jedoch nun durch die Registraturen der im Zuge der demokratischen Verwaltungsreform von 1952 aufgelösten Landesregierung und ihrer Ministerien und örtlichen Organe. Ihrer Sicherung und fachgerechten Bearbeitung kam nunmehr die 1949 erfolgte Schaffung eines eigenen Archivs im Lande sehr zustatten. Insgesamt gelangte dabei Schriftgut im Umfang von mehreren Tausend lfm ins Archiv.

Im Ergebnis der umfangreichen Bestandsergänzungen verfügte das Archiv über einen Gesamtbestand von rund 18 000 lfm. Damit war es vom Umfang der verwahrten Bestände her an die Seite der alten großen Staatsarchive getreten. Seine Bedeutung als staatliches Hauptarchiv des Territoriums wurde schließlich durch eine, bereits im Archivwesen des bürgerlichen Staates anstehende, aber von den preußischen Archivorganen nie verwirklichte Abgrenzung mit den nach ihrer Verlagerung im zweiten Weltkrieg als Dienststelle Merseburg dem Zentralen Staatsarchiv angeschlossenen Beständen des ehem. Preußischen Zentralarchivs weiter gefestigt. Neben anderen Quellen aus der Feudalepoche gelangten 1964 etwa 5000 mittelalterliche Pergamenturkunden feudaler, insbesondere nach der Reformation säkularisierter kirchlicher Institutionen in der Mark Brandenburg in das Staatsarchiv als dem zuständigen Archiv des Territoriums.

Die weitere Bestandsergänzung wurde in den 60er und 70er Jahren bis heute durch die Rechtsvorschriften über das staatliche Archivwesen bestimmt. Durch die Verordnung vom 17. Juni 1965, die den Staatlichen Archivfonds der DDR fixierte, erhielt das nunmehrige Staatsarchiv Potsdam die archivische Zuständigkeit für das bei den Räten der drei brandenburgischen Bezirke sowie weiteren Staatsorganen



Es beginnt diesem Blatt beginnt in schwerer Zeit das

Urkundsbuch

der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg.

Es enthält in fortlaufender Nummernfolge, nach Jahrgängen geordnet, das Verzeichnis der für die Verwaltung wichtigsten Beschlüsse des Präsidiums.

Die Urschriften von Verordnungen werden verwahrt in der Urkundensammlung der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg.

Die Mitglieder des Präsidiums sind

Der Präsident Dr. Karl Steinhoff,

Der Erste Vizepräsident Bernhard Bechler,

die Vizepräsidenten

Heinrich Rau, Fritz Rücker, Franz Schleusener.

Sie zeichnen

H. Rau

B. Bechler

F. Rücker

F. Schleusener

F. Schleusener

Die Arbeit des Präsidiums gilt dem Gemeinwohl.

Möge dauernder Segen auf ihr ruhen!

Potsdam, den 26. September 1945.

Urkundsbuch der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, begonnen am 26. September 1945. Staatsarchiv Potsdam, Rep. 202 A, 221, S. 1.

entstehe
handene
auch in
Weise
demokr
Nunme
schen
Sicheru
darauf,
ehem.
Durch
wuchs
gen Ze
Nachlä
abkom
darin
Gebiet
mus in
einer
besitz
reiche
geschie
u. a. K
Die Pe
Fortfü
organ
Tause
mit F
Gesch
gesch
verstä
schaft
betrie
sation

Ord
Der e
die z
Ord
bis 1
Ord
nann
fung
tivity
1952
dafür
weit
Leite
das

entstehende Archivgut. Damit war die Voraussetzung geschaffen, die bereits vorhandenen Quellenfonds zur Geschichte der sozialistischen Gesellschaft in der DDR auch im Territorium kontinuierlich zu vervollständigen. Dem dienten in gleicher Weise die Festlegungen der Verordnung vom 11. März 1976 zur Festigung des demokratischen Zentralismus und zur optimalen Konzentration des Archivgutes. Nunmehr gelangten auch die Bestände der Kombinate und Betriebe der sozialistischen Wirtschaft in das Staatsarchiv. Damit war ein entscheidender Schritt zur Sicherung der Überlieferung aus der ökonomischen Basis getan, u. a. im Hinblick darauf, daß mit der Übernahme von Betriebsbeständen auch wertvolles Archivgut ehem. kapitalistischer Vorgängerbetriebe sichergestellt werden konnte.

Durch die mit der Realisierung der Rechtsvorschriften verbundenen Maßnahmen wuchs der Gesamtbestand des Staatsarchivs weiter an. Er umfaßt zum gegenwärtigen Zeitpunkt rund 21 000 lfm Akten, 12 000 Urkunden, 20 000 Karten und 100 Nachlässe. Eine wertvolle Ergänzung erfuhren diese Bestände durch das Kulturabkommen zwischen der DDR und der BRD vom 6. Mai 1986. Im Rahmen des darin festgelegten Archivgutaustausches gelangten im zweiten Weltkrieg in das Gebiet der BRD verlagerte Teilbestände aus der Feudalepoche und dem Kapitalismus in das Staatsarchiv, darunter 1000 mittelalterliche Originalurkunden. Aufgrund einer Sonderregelung für die in Westberlin in der sog. Stiftung Preußischer Kulturbesitz verbliebenen Restbestände aus dem Territorium erhält das Archiv umfangreiche Mikrofilmlieferungen. Darunter befinden sich etwa 6000 für die Regionalgeschichtsforschung bedeutsame historische Karten (Flur-, Grenz-, Forst-, Gewässer- u. a. Karten, Dorf- und Stadtpläne).

Die Perspektive der Bestandsergänzung bis zum Jahr 2000 sieht die kontinuierliche Fortführung der Übernahme des Archivguts der Räte der Bezirke, weiterer Staatsorgane und der Kombinate, Betriebe und Einrichtungen im Umfang von mehreren Tausend lfm vor. Neue Aufgaben erwachsen dem Archiv dabei im Zusammenhang mit Forschungsvorhaben der Geschichtswissenschaft, darunter den Forschungen zur Geschichte der Bezirksparteiorganisation, der Regional-, Betriebs- und Heimatgeschichte und der Alltags- und Mentalitätsforschung. Davon ausgehend gilt es, in verstärktem Maße auch persönliche Fonds von Leitungskadern in Staat und Wirtschaft, von Bürgern und — wie mit dem FDGB abgestimmt — die Registraturen von betrieblichen Gewerkschaftsleitungen, aber auch weiterer gesellschaftlicher Organisationen in die Bestandsergänzung mit einzubeziehen.

Ordnung und Erschließung

Der eben geschilderte Auf- und Ausbau der Bestände gab die Voraussetzung ab für die zweite Arbeitsetappe zur gesellschaftlichen Wirksamkeit des Staatsarchivs — die Ordnung und archivarisches Erschließung seiner Bestände. In den Jahren von 1950 bis 1952 konnten mit dem geringen Personalbestand lediglich die dringendsten Ordnungsarbeiten realisiert werden. Sie galten in erster Linie den eingangs genannten, bis dahin ins Archiv übernommenen Beständen. Systematische Erschließungsvorhaben mit dem Ziele der Erarbeitung benutzerfreundlicher und die Effektivität der Archivarbeit erhöhender Findhilfsmittel konnten erst in den Jahren seit 1952 und verstärkt seit 1955 in Angriff genommen werden. Die Grundvoraussetzung dafür war der mit Unterstützung durch die Partei- und Staatsorgane erfolgte rasche weitere kadematische Ausbau des Archivs. Nachdem 1952 ein wissenschaftlicher Leiter berufen und die Zahl der Planstellen auf 15 erhöht worden war, verfügte das Archiv über 6 Hochschul- und 7 Fachschulkader. Dieses Stammpersonal, das bis

heute auf ein Mehrfaches angewachsen ist, sah sich einer schier unüberwindlichen Aufgabe gegenüber — über 10 000 lfm Archivgut bedurften der archivarisches Erschließung! Darin unterschied sich die Situation im Potsdamer Archiv grundsätzlich von der in den übrigen Staatsarchiven. Während diese für die Mehrzahl ihrer Bestände über qualitativ ausreichende Findhilfsmittel, Bestandsübersichten, Spezialinventare und Register der verschiedensten Art verfügten, fehlten diese in Potsdam bis auf verschwindend geringe Ausnahmen. Die Findbücher der aus der Auslagerung im zweiten Weltkrieg übernommenen Bestände waren im Preußischen Zentralarchiv in Westberlin verblieben und damit unter der veränderten politischen Situation nicht mehr zugänglich. Für die Registraturen der aufgelösten Behörden und Institutionen des bürgerlich-kapitalistischen Staates lagen keine bzw. nur ungenügende Findbehelfe vor. Gleiches galt für die nach der Auflösung der Landesregierung Brandenburg ins Archiv übernommenen Registraturen.

Zur Grundlage für die Erschließungsarbeiten wurde der Beschluß des ZK der SED vom Jahre 1955 über „Die Verbesserung der Forschung und Lehre in der Geschichtswissenschaft der DDR“. In ihm wurden der Geschichtswissenschaft langfristige perspektivische Aufgaben vor allem bei der Erforschung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gestellt und daraus präzise Aufgaben der Quellenerschließung und -bereitstellung auch für die Archive abgeleitet. Dazu zählte u. a. die zielgerichtete Erarbeitung von Findhilfsmitteln, Spezialinventaren, Bestandsübersichten und Quelleneditionen. Davon ausgehend konzentrierten sich die Erschließungsarbeiten im Staatsarchiv auf die Bestände des bürgerlich-kapitalistischen Staatsapparates, insbesondere seiner Überwachungs- und Unterdrückungsorgane. In relativ kurzer Zeit konnten Findbücher für die rund 60 000 Akteneinheiten des für die historische Forschung unerläßlichen Berliner Polizeipräsidiums vorgelegt werden. Im Anschluß daran wurden in langjähriger intensiver Arbeit die mehrere 100 000 Akteneinheiten umfassenden Bestände der Regierungen Potsdam und Frankfurt (Oder) aufgearbeitet. In einem zweiten Arbeitsschritt schloß sich dann die Erschließung der Bestände von örtlichen Staatsorganen, der Landratsämter, Kreisverwaltungen und einzelner Fachbehörden an. Zur gleichen Zeit wurde mit ersten Erschließungsarbeiten an den Registraturen der Landesregierung Brandenburg, ihrer Ministerien und örtlichen Organe aus den Jahren 1945 bis 1952 begonnen. Dabei wurden die Archivare erstmals mit Quellen der eigenen Gesellschaftsordnung in Gestalt der Überlieferung zur antifaschistisch-demokratischen Umwälzung und des Beginns der sozialistischen Revolution konfrontiert. Das setzte die eingehende Beschäftigung mit den revolutionären Veränderungen dieser Jahre und der Geschichte des jungen Arbeiter- und Bauern-Staates voraus. Daraus ergaben sich spürbare Impulse auch für die Bewußtseinsentwicklung der Bearbeiter.

Sie bildeten zugleich die unabdingbare Voraussetzung für die in den 70er und 80er Jahren mit der kontinuierlichen Übernahme des archivwürdigen Schriftgutes der Räte der Bezirke Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus, weiterer örtlicher Staatsorgane und der Kombinate und Betriebe anfallenden Erschließungsarbeiten. Die Aufbereitung dieser Quellen, die die Entwicklung vom Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in unserem Territorium dokumentieren, stellt eine der Schwerpunktaufgaben in der Arbeit des Staatsarchivs bis zur Jahrtausendwende dar. Zu ihrer Bewältigung werden in zunehmendem Maße neue Methoden mit Hilfe der Ergebnisse der elektronischen Datenverarbeitung entwickelt. Zur Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitages der SED hat mit dem Einzug des Computers in die Archive die neue Technik auch Eingang ins Archivwesen gefunden. Eine junge Archivargeneration

verfügt
mittel u
arbeiten
Neben
ZK-Bese
22. Okt
sellsch
der Arc
der Sta
Hier'se
den Sp
1963 u
Vorhab
fangre
schicht
erfaßt.
entspr
die Be
sage E
nis all
Jahre
Zeitpu
Teil d
gesells
fügun

Aus

Die d
Publi
der j
ihren
schaft
Währ
ren n
die a
berei
1953
und
Häfft
den
schaf
die g
sieru
Ersch
über
vorn
sells
punk
der

verfügt über die notwendige Qualifizierung für den Einsatz der neuen Arbeitsmittel und wird damit eine neue Qualität und höhere Effektivität der Erschließungsarbeiten gewährleisten.

Neben den hier skizzierten Erschließungsarbeiten bedingte die Verwirklichung des ZK-Beschlusses von 1955 sowie des Beschlusses des Politbüros des ZK der SED vom 22. Oktober 1968 über „Die weitere Entwicklung der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften in der DDR“ noch andere Erfolge bei der Aufbereitung der Archivbestände für die geschichtswissenschaftliche Forschung und die Aufgaben der Staats- und Wirtschaftsorgane.

Hier seien an erster Stelle die in allen Staatsarchiven einganggesetzten Arbeiten an den Spezialinventaren zur Geschichte der Arbeiterbewegung genannt. In den Jahren 1963 und 1970 konnte das Staatsarchiv in vier Teilbänden seinen Beitrag zu diesem Vorhaben leisten, mit dem der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft umfangreiche neue Quellen erschlossen wurden. In einem Spezialinventar zur Geschichte der bürgerlichen Parteien und Verbände wurden weitere wertvolle Quellen erfaßt. Der Forderung des ZK-Beschlusses nach Bestandsübersichten der Archive entsprach schließlich 1964 und 1967 die Vorlage der zweibändigen Übersicht über die Bestände des Archivs, die in ihrer methodischen Anlage und inhaltlichen Aussage Pionierarbeit auf diesem Gebiet archivarischer Tätigkeit darstellte. Im Ergebnis aller Erschließungs- und Aufbereitungsarbeiten waren bis zu Beginn der 70er Jahre etwa 75 Prozent der Bestände des Archivs erschlossen, zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind es nahezu 100 Prozent. Damit steht der vom Staatsarchiv verwaltete Teil des staatlichen Archivfonds für die verschiedenartigen und ständig wachsenden gesellschaftlichen Aufgabenstellungen mit einem hohen Wirkungsgrad zur Verfügung.

Auswertung, Publikation, Öffentlichkeitsarbeit

Die dritte Arbeitsetappe im Staatsarchiv Potsdam umfaßte die **Auswertung**, die **Publikationstätigkeit** und die **Öffentlichkeitsarbeit**. In ihr fand die Nutzenanwendung der jahrzehntelangen Sicherungs-, Bestandsergänzungs- und Erschließungsarbeiten ihren sichtbaren Ausdruck. Zugleich bildete sich damit der höchste Grad gesellschaftlicher Wirksamkeit des Archivs heraus.

Während der mangelhafte Ordnungs- und Erschließungszustand in den ersten Jahren nach Gründung des Archivs dessen Benutzung nahezu gänzlich verbot, konnte die aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens des Archivs vorgelegte Benutzerstatistik bereits erste bescheidene Erfolge vermelden. Von lediglich 32 Benutzungen im Jahre 1953 stieg deren Zahl bis zum Ende des Jahrzehnts auf etwa 250 Direktbenutzungen und 400 Auskünfte. Entscheidende Veränderungen brachte jedoch erst die zweite Hälfte der 60er und die 70er Jahre. Zu grundlegenden Führungsinstrumenten wurden dabei der bereits erwähnte Beschluß über die weitere Entwicklung der Gesellschaftswissenschaften von 1968, die Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED und die gleichfalls erwähnte Archivverordnung von 1976. Im Bemühen um deren Realisierung entwickelte sich im Zusammenhang mit der ständigen Verbesserung des Erschließungszustandes der Bestände die Informationstätigkeit des Archivs gegenüber den gesellschaftlich relevanten Nutzergruppen rasch weiter. Sie richtete sich vornehmlich auf die Unterstützung der in den zentralen Forschungsplänen der Gesellschaftswissenschaften, speziell der Geschichtswissenschaft, vorgegebenen Schwerpunktvorhaben. Zu ihnen zählten in erster Linie Standardwerke wie der „Abriss der Geschichte der SED“ bzw. der vor kurzem erschienene erste Band der vierbändi-

gen Geschichte der Partei und die Arbeiten zur Geschichte der Landes- bzw. Bezirksparteiorganisation. Des weiteren seien hier genannt der Grundriß zur deutschen Geschichte und die weiterführende, bisher in fünf Teilen vorliegende zwölfbändige „Deutsche Geschichte“ sowie die Geschichte der DDR.

Von wesentlicher Bedeutung für die steigende Benutzung und gesellschaftliche Auswertung erwiesen sich in den 80er Jahren schließlich die Ergebnisse der Diskussion zur Thematik „Erbe und Tradition“. Indem sich die Geschichtswissenschaft dem Erbe in seiner ganzen Breite und Widersprüchlichkeit stellte und zur differenzierten und präzisierten Darstellung der Geschichte in ihren Entwicklungsstufen vorstieß, wuchs der Wert der archivalischen Quellen erheblich. Als besondere Herausforderung an das Staatsarchiv als historisches Archiv des Kernterritoriums des ehem. Staates Preußen erwies sich dabei die zunehmende Breite und Tiefe der Forschungen zur Geschichte Preußens und der Mark Brandenburg. Hier sei lediglich auf die steigenden Anforderungen aus der Arbeit der Gesellschaft für Heimatgeschichte, der Ortschronisten, der Erarbeitung von Ortsgestaltungskonzeptionen und der wissenschaftlichen Vorbereitung von Ortsjubiläen, darunter der schon jetzt zahlreiche Aktivitäten verlangenden 1000-Jahrfeier von Potsdam, erinnert. Ein spezielles Vorhaben bilden die Arbeiten an einer Brandenburgischen Geschichte, über die zu gegebener Zeit in diesem Organ zu berichten sein wird.

In Verbindung mit der Erschließung und Nutzung der in der Regionalgeschichte für die Vertiefung des Geschichtsbewußtseins liegenden Reserven stellten sich neue Aufgaben für die Archivare. In Kooperation mit dem Bezirkskabinett für Unterricht und Weiterbildung der Lehrer und Erzieher bzw. mit der Pädagogischen Hochschule „Karl Liebknecht“ Potsdam werden seit mehreren Jahren Kurse zur Regionalgeschichte mit Geschichtslehrern und Fachberatern im Staatsarchiv durchgeführt, die sich einer steigenden Teilnehmerzahl erfreuen. In gleicher Richtung läuft gegenwärtig ein Pilotprojekt in Zusammenarbeit mit dem Bezirkskabinett und den Organen des örtlichen Archivwesens zur verstärkten Nutzung regionalgeschichtlicher Quellen auf der Grundlage der neugestalteten Lehrpläne für den Geschichtsunterricht.

Die genannten gesellschaftlichen Vorhaben ließen Zahl und Intensität der Benutzung des Archivs ständig ansteigen und haben seit den 60er Jahren zur Verdoppelung der Ausgangsziffern geführt. Die Statistik für das zurückliegende Jahr wies rund 700 Direktbenutzungen aus, die schriftlichen Auskünfte erreichten den bisher höchsten Stand von 1150. In Auswirkung des zwischen der DDR und der BRD abgeschlossenen Kulturabkommens erhöhte sich auch die Zahl der Benutzungen aus der BRD und Westberlin erheblich. Die Thematik der Benutzung wird in überwiegendem Maße von wissenschaftlichen Fragestellungen bestimmt. An erster Stelle stehen Forschungen zur National- und Regionalgeschichte, zur Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, aber auch der bürgerlichen Parteien, Interessenverbände und Organisationen.

Einen besonderen Stellenwert haben — ausgehend von der Bestandslage des Archivs als Archiv eines ostelbischen Territoriums — Vorhaben zur Agrargeschichte des Spätfeudalismus und des Kapitalismus. Hinzu treten in Verbindung mit der Industrialisierung im Ballungsgebiet um Berlin, Brandenburg (Havel) und in der Niederlausitz Forschungen zur Geschichte des Kapitalismus der freien Konkurrenz und des Imperialismus. Von erheblichem Umfang sind Forschungsvorhaben zur Schul- und

Bildung
geschich
nimmt.
und Be
Persone

Darübe
gesells
organer
1964 „U
über d
des „Br
und Na
lichung
deutsch

Ihre A
die An
Partei
rungen
die vo
nannt
mittel
entspr
Melior
geben
der St
und B
— wie
für St
Rekon

Neber
die ei
60er J
sächli
Schrif
sende
Schwe

Derer
Hilfsr
dazu
schlu
zur C
Heim
Staat
beitu

Ein :
gesch

Bildungsgeschichte, über Wissenschaft, Kultur und Kunst, wobei die Berliner Theatergeschichte aufgrund ihrer internationalen Bedeutung einen besonderen Platz einnimmt. In ausgedehntem Maße werden schließlich Forschungen zur Heimat-, Orts- und Betriebsgeschichte betrieben bis hin zur Geschichte einzelner Familien und Personen.

Darüber hinaus trug das Archiv in zahlreichen Fällen aktiv zur Lösung politisch und gesellschaftlich bedeutsamer Aufgabenstellungen von Partei-, Staats- und Wirtschaftsorganen bei. Hier sei u. a. an die Durchführung des Ministerratsbeschlusses von 1964 „Über die Erfassung und Sicherung der in der DDR befindlichen Dokumente über die Zeit der Hitlerdiktatur“ und die darauf basierenden Veröffentlichungen des „Braun-“ bzw. „Graubuches“ des Nationalrats der Nationalen Front über Kriegs- und Naziverbrecher erinnert. Zu dieser Aufgabenstellung gehört auch die Verwirklichung des Beschlusses „Über die Erfassung von Sachverhalten und Personen des deutschen antifaschistischen Widerstandskampfes 1933 – 1945“ vom Jahre 1983.

Ihre Aufmerksamkeit widmen die Archivare auch der Nutzung des Archivgutes für die Anforderungen der Volkswirtschaft, um im Sinne ihrer Erfordernisse und der Parteibeschlüsse Informationen bereitzustellen, Reserven aufzudecken und Einsparungen in der Volkswirtschaft zu ermöglichen. Als ein Beispiel für viele seien hier die vom Staatsarchiv erarbeiteten Spezialinventare zur Be- und Entwässerung genannt – bekanntlich das A und O für die märkische Landwirtschaft. Dieses Hilfsmittel für die Bodenmelioration konnte 1964 und in einer der hohen Nachfrage entsprechenden erweiterten Bearbeitung 1985/86 den zuständigen Staatsorganen, Meliorationsbetrieben und Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften übergeben werden. Unterstützung erhielten die Staatlichen Forstwirtschaftsbetriebe bei der Standorterkundung und Forsteinrichtung. GleichermäÙe wurde für Institutionen und Betriebe des Bauwesens beim Neubau und der Rekonstruktion von Autobahnen – wie dem Berliner Ring und der Berlin-Rostocker bzw. Hamburger Strecke – sowie für Straßen-, Brücken-, Kanal- und Schleusenbauten, für die Werterhaltung und die Rekonstruktion von Stadtzentren Material zur Verfügung gestellt.

Neben den eben genannten Aktivitäten zur Nutzung des Archivs bewährten sich die eigenen **wissenschaftlichen Publikationen**. Auch sie begannen in der Mitte der 60er Jahre und gewannen bis heute zunehmend an Umfang und Gewicht. Als hauptsächliches Publikationsorgan diente dabei die im Böhlau-Verlag Weimar erscheinende Schriftenreihe des Archivs. Von ihr konnten bisher insgesamt 25 Bände dem wachsenden Interessentenkreis vorgelegt werden. Das Profil der Reihe wird von drei Schwerpunkten bestimmt:

Deren erster beinhaltet archivische, statistisch-topographische und bibliographische Hilfsmittel. Neben der bereits erwähnten zweibändigen Bestandsübersicht rechnen dazu das zehnbändige Historische Ortslexikon für Brandenburg – dessen zwei Abschlußbände z.Z. ihre Drucklegung erwarten – und die fünfbandige Bibliographie zur Geschichte der Mark Brandenburg. Die Registerbände dieser für die Regional-, Heimat- und Ortsgeschichte, gleichermaßen aber auch für Aufgaben der örtlichen Staatsorgane inzwischen unentbehrlich gewordenen Standardwerke sind in Bearbeitung.

Ein zweiter Schwerpunkt ist die Quellenedition, mit der die Quellengrundlage der geschichtswissenschaftlichen Forschung erweitert und auf Teilgebieten zielgerichtet

verbessert werden soll. Unter dem Obertitel „Dokumente aus Geheimen Archiven“ konnten bisher zwei Bände vorgelegt werden. Der erste enthält die Übersichten der Berliner politischen Polizei über den Kampf der revolutionären Sozialdemokratie in den Jahren 1878 bis 1889 und stellt einen Beitrag des Archivs zum Gedenken an die 100. Wiederkehr des Sieges der revolutionären Sozialdemokratie über das Bismarcksche Sozialistengesetz im kommenden Jahr dar. Ein zweiter Band machte die Berichte der Berliner Polizei über die Stimmung und Lage der Bevölkerung in Berlin in den Jahren des ersten Weltkrieges bekannt. Er erschien aus Anlaß der 750-Jahrfeier der Hauptstadt 1987. Als Fortsetzung der Quellenveröffentlichungen sind z. Z. ein weiterer Band der Überwachungsberichte über die sozialdemokratische Bewegung in den Jahren 1890 bis 1906 und ein Band über die Polizeikonferenzen deutscher Staaten 1851 bis 1866 im Druck. In abschließender Bearbeitung befindet sich ein Band über die sozialdemokratische Bewegung bis 1933 und über die Überwachungsberichte der Regierungspräsidenten von Potsdam, Frankfurt (Oder) und des Polizeipräsidenten von Berlin aus der Zeit des Sozialistengesetzes.

Mit der Edition bäuerlicher Schreibe- und Rechnungsbücher, wie sie im Staatsarchiv für das Kolonisten- und Milchviehbauerndorf Neu-Holland für das 18. bis 19. Jh. vorliegen, werden diese Bemühungen mit einer Quellengattung fortgesetzt, die nur sporadisch in den Archiven überliefert ist, deren Wert für die Erforschung der Geschichte des Alltags des arbeitenden Volkes ständig zunimmt. Ein entspr. Quellenband wird noch in diesem Jahre in der Schriftenreihe erscheinen.

In der Perspektive ist im Hinblick auf die Aufarbeitung des Erbes die Veröffentlichung von Regesten der mittelalterlichen Urkunden des Archivs vorgesehen. Damit soll dieser wertvolle, für die älteste Geschichte der Mark Brandenburg einmalige Quellenfonds, von dem erhebliche Teile in Riedels — von 1838 bis 1869 in 41 Bänden erschienenen — Codex diplomaticus Brandenburgensis zwar gedruckt sind, aufgrund der zeitbedingten Überlieferung in lateinischer bzw. mittelniederdeutscher Sprache aber manche Probleme für die Auswertung bieten, aufbereitet werden. Das Archiv erhofft sich davon die Heranführung eines breiteren Interessentenkreises, speziell aus den Reihen der Orts- und Heimatgeschichtsforscher.

Einen dritten Schwerpunkt innerhalb der Schriftenreihe stellt schließlich die Veröffentlichung von Monographien aus wichtigen Beständen des Archivs dar. Hier seien stellvertretend die Publikationen von K. Vetter „Kurmärkischer Adel und preußische Reformen“ und von H. Harnisch „Kapitalistische Agrarreformen und Industrielle Revolution“ genannt, die international Beachtung fanden.

Große Aufmerksamkeit innerhalb der Publikationstätigkeit des Staatsarchivs gilt der Geschichtspropaganda und Traditionspflege. Davon zeugen vor allem Quelldokumentationen zur Regionalgeschichte. Unter dem Obertitel „Dokumente und Materialien zu den sozialen und politischen Verhältnissen in der Provinz Brandenburg“ erschienen in Zusammenarbeit mit den Geschichtskommissionen der SED, den Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer und wissenschaftlichen Institutionen 1966 bis 1974 vier Bände für den Zeitraum 1871 bis 1933 und ein Band Dokumente zur demokratischen Bodenreform. Ihnen folgten in den Jahren bis 1985 jeweils zwei Bände zum antifaschistischen Widerstandskampf unter der Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands in der Provinz Brandenburg 1933 bis 1945 und zur Thematik „Freundschaft — Werden und Wachsen“ für die Jahre 1945 bis 1962. Die Gedenktage 30 Jahre DDR — 30 Jahre sozialistische Staatsmacht und

30 Jahr
eine na
und ihr
führend

Ein neu
band „
gung d
Staatlic
wurde
Bildung
lichen

Neben
Jahrze
diente
von Ke
Dokun
Presse
Arbeit
ration

Handwritten notes and signatures on the right margin.

Eintr
das
1949

30 Jahre Bezirk Potsdam gaben Anlaß zu weiteren Dokumentationen. Damit liegt eine nahezu geschlossene Quellenpublikation zur Geschichte der Arbeiterbewegung und ihrer revolutionären Partei im Territorium vor, die die Grundlage für weiterführende Forschungen bildet.

Ein neues Genre der Publikationstätigkeit wurde mit dem Bild- und Dokumentenband „Potsdamer Schlösser in Geschichte und Kunst“ aufgenommen, der auf Anregung des Staatsarchivs mit dem Zentralen Staatsarchiv und der Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten Potsdam-Sanssouci erarbeitet wurde. Mit ihm wurde in interdisziplinärer Arbeit eine Publikationsform mit neuartigem, echtem Bildungseffekt erschlossen. Der wegen seiner attraktiven Gestaltung und inhaltlichen Aussagekraft begehrte Band erlebt z. Z. seine 4. Auflage.

Neben der Auswertungs- und Publikationstätigkeit erlangte im zurückliegenden Jahrzehnt auch die Öffentlichkeitsarbeit des Staatsarchivs eine neue Qualität. Sie diente wie die geschichtspropagandistischen Vorhaben vorrangig der Verbreitung von Kenntnissen zur Festigung des Geschichtsbewußtseins. Dabei erwiesen sich neben Dokumentenausstellungen insbesondere Archivführungen und die Arbeit mit der Presse und den anderen Medien als erfolgreich. Einen Höhepunkt erreichte diese Arbeit mit der anlässlich der Woche des sozialistischen Archivwesens 1979 in Kooperation mit dem Zentralen Staatsarchiv und weiteren Potsdamer Archiven gezeigten

Dem Lande Brandenburg alles Gute für
seiner weiteren Entwicklung im Rahmen
der deutschen demokratischen Republik.
Es geht um die Befreiung der Deutschen,
um die Einheit unseres Vaterlandes
und seinen wirtschaftlichen Aufbau.

9. XI 1949

W. Pieck

Präsident der deutschen demokratischen Republik

Eintrag des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik Wilhelm Pieck in das Gästebuch der Landesregierung Brandenburg beim Staatsbesuch am 9. November 1949. Staatsarchiv Potsdam, Rep. 201, Nr. 12, S. 1.

großen Dokumentenausstellung zur deutschen Geschichte. Sie zählte in nur wenigen Tagen über 7000 Besucher und zeugte damit vom wachsenden Interesse der Bürger an den historischen Wurzeln ihres Staates. Andere Ausstellungen konnten in interdisziplinärer Zusammenarbeit mit Museen und Nachbararchiven in drei brandenburgischen Bezirken und der Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten Potsdam-Sanssouci veranstaltet werden. Hier seien u. a. genannt: in Frankfurt (Oder) die Ausstellungen zu den 500. Geburtstagen von Hutten und Müntzer — beide bekanntlich Studenten der dortigen Universität —, in Cottbus-Branitz die Ausstellung zum 200. Geburtstag des Park- und Landschaftsgestalters Pückler und in Potsdam die stark besuchten Ausstellungen „300 Jahre Edikt von Potsdam“ zur Hugenottenansiedlung in Brandenburg, zum 150. Jubiläum der Berlin-Potsdamer Eisenbahn sowie „Friedrich II. und die Kunst“ und „Der Große Kurfürst“.

Der Popularisierung des Archivwesens und der Einführung in die archivalischen Quellen und ihrem Studium dienten zahlreiche Archivführungen und eine kontinuierliche Arbeit in den Medien. Im Mittelpunkt der Bemühungen des Archivs stand dabei die Arbeit mit der Jugend. In vielfältiger Weise wurden Jugendstunden zur Vorbereitung auf die Jugendweihe gestaltet. Dazu trat die zielgerichtete Arbeit mit Geschichts- und Staatsbürgerkundelehrern, die als Multiplikatoren zur Erweiterung der Kenntnisse über das Archiv und seine Quellen wirksam werden konnten. In zunehmendem Maße fanden daher auch Studenten und Schüler der EOS und POS sowie Interessenten aus staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen den Weg ins Archiv.

In den zentralen und örtlichen Presseorganen haben Beiträge von Mitarbeitern des Archivs bzw. von Autoren über die Arbeit des Staatsarchivs seit langem ihren festen Platz. In den letzten Jahren fanden jährlich etwa 20 Beiträge in der Presse Veröffentlichung, hinzu traten Rundfunkvorträge im Berliner Rundfunk und im Sender Potsdam. Als wirksames Mittel der Öffentlichkeitsarbeit erwiesen sich Archivprospekte, wie sie vom Staatsarchiv bisher zweimal in hoher Auflage vorgelegt werden konnten und die ungeteilte Aufmerksamkeit eines breiten Interessentenkreises fanden. Große Nachfrage besteht auch für die vom Staatsarchiv besorgten Siegel- und Dokumentenreproduktionen, mit denen der Bedarf nur zu einem Bruchteil befriedigt werden kann. Mit den hier genannten vielfältigen Formen der Breitenwirksamkeit entspricht das Staatsarchiv den bei der Ausgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse wachsenden geistig-kulturellen Bedürfnissen der Menschen und deren zunehmendem Interesse an geschichtswissenschaftlicher Information.

Zusammenfassend läßt sich feststellen:

40 Jahre Deutsche Demokratische Republik — 40 Jahre Staatsarchiv Potsdam, das sind vier Jahrzehnte tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungen und erfolgreicher Arbeit beim Aufbau und der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft und des sozialistischen Staates. An dieser haben das staatliche Archivwesen und das Staatsarchiv Potsdam — wie dies die Ausführungen verdeutlichen sollten — überzeugenden Anteil. Dank dieser gesellschaftlichen Entwicklung unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei hat das Staatsarchiv mit Unterstützung durch die verantwortlichen Staatsorgane und die schöpferischen Initiativen seiner Mitarbeiter einen — auch im internationalen Vergleich — beachtlichen Aufstieg genommen. Ausgehend von den geschilderten Anfängen im Jahr der Grundsteinlegung der Republik findet es heute Anerkennung und Wertschätzung in der sozialistischen Gesellschaft und trägt mit seinen spezifischen Mitteln zu deren weiterer Gestaltung

bei. Da
ders un
— die
ein
Staa
— ein
und
sein
— den
zur
her
— die
trie
— die
Sta
erh
— den
lich
mi
Der b
sendw
auch d
zehnt

Bil

Bea

Mark

Helle
Regie
Bezir

Wilhe
aufba
parte
leitur
Arbe

Font
hrsg
Der

Font
Bänd
1987

20 J
d. S

bei. Dabei geht es — was ich in Vorbereitung des 40. Jahrestages der DDR besonders unterstreichen möchte — in den kommenden Jahren vor allem darum:

- die Kenntnisse über die Geschichte der DDR zu erweitern und zu vertiefen und ein konkretes Bild vom Werden und Wachsen des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates auf deutschem Boden zu vermitteln,
- einen Beitrag zur Erschließung und Pflege aller revolutionären, demokratischen und humanistischen Traditionen deutscher Geschichte zu leisten und das Erbe in seiner Breite und Widersprüchlichkeit mit aufzuarbeiten,
- den spezifischen Beitrag der Archive zur Erhaltung wertvollen Kulturgutes und zur Stärkung der sozialistischen Staatsmacht und zur Sicherung des Friedens hervorzuheben,
- die Geschichtswissenschaft, insbesondere die Regional-, Heimat-, Orts- und Betriebsgeschichte an die archivalischen Quellen heranzuführen,
- die Wirksamkeit der Archive durch verstärkte Nutzung für die Aufgaben der Staats- und Wirtschaftsorgane vor allem im technisch-ökonomischen Bereich zu erhöhen,
- der Öffentlichkeit die Bedeutung und Funktion des Archivwesens zu verdeutlichen und sie über Aufgaben und Tätigkeit des Staatsarchivs Potsdam zu informieren.

Der bevorstehende XII. Parteitag der SED wird die Perspektiven bis zur Jahrtausendwende und darüber hinaus weiter präzisieren. Er wird mit seinen Beschlüssen auch die tragfähige Basis für die Arbeit des Staatsarchivs Potsdam im fünften Jahrzehnt seines Bestehens schaffen.

Bibliographie

Bearbeitet von Dorothea Gefner

Mark Brandenburg und Bezirk Potsdam

Helle Sterne in dunkler Nacht: Studien über d. antifaschist. Widerstandskampf im Regierungsbezirk Potsdam 1933 — 1945. — Potsdam: Bezirksleitung Potsdam d. SED, Bezirkskomitee d. Antifaschist, Widerstandskämpfer, 1988. — 320 S. : Ill.

Wilhelm, Rena: Die SED — führende Kraft des antifaschistisch-demokratischen Neuaufbaus im Land Brandenburg April 1946 bis Mitte 1948. (Geschichte der Landesparteiorganisation Brandenburg der SED 1945 — 1952, Heft 2). — Potsdam: Bezirksleitung d. SED Potsdam, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, 1988. 172 S. : Ill.

Fontane, Theodor: Die schönsten Wanderungen durch die Mark Brandenburg / hrsg. mit Anm. u. e. Nachw. von Günter de Bruyn. — 1. Aufl. — Berlin: Buchverlag Der Morgen, 1988. — 382 S. (Märkischer Dichtergarten)

Fontane, Theodor: Wanderungen durch die Mark Brandenburg: e. Ausw. in zwei Bänden mit zeitgenössischen Abb. — 1. Aufl. — Berlin; Weimar: Aufbau-Verlag, 1987. Bd. 1. — 302 S. : Ill. — Bd. 2 — 319 S. : Ill.

20 Jahre Bezirksdirektion des Straßenwesens Potsdam. — Potsdam, Bezirksdirektion d. Straßenwesens, 1988. — 24 S. : Ill.

Kutschmar, Aribert: Das architektonische Erbe im Bezirk Potsdam: Versuch e. Darstellung und Wertung. — Potsdam: Bezirksvorstand d. Gesellschaft für Denkmalpflege im Kulturbund der DDR. 1988. — 23 S. : Ill. (Mitteilungen d. Gesellschaft für Denkmalpflege im Kulturbund der DDR, Bezirksvorstand Potsdam)

Partenheimer, Lutz: Deutsche Herrschaftsbildung im Fläming während des 12. und 13. Jahrhunderts. Diss. A. — Potsdam: Pädagogische Hochschule „Karl Liebknecht“, Hist.-phil. Fak., 1988. — 136 S., 2 Kt.

Jankowiak, Christa und Johannes: Im Fläming / Fotogr. Bernd Blume. — 1. Aufl. — Leipzig: Brockhaus Verlag, 1988. 286 S. : Ill.

Bodenfunde und Heimatforschung: Mitt. d. Kulturbundes d. DDR, Gesellschaft für Heimatgeschichte, Bezirksfachausschüsse für Ur- und Frühgeschichte d. Bezirkes Berlin, Cottbus, Frankfurt, Potsdam. 17. — 1988. — 44 S.

Veröffentlichungen des Museums für Ur- und Frühgeschichte Potsdam. — Berlin: Deutscher Verlag der Wissenschaften. Band 22. — 1988. 263 S. : Ill.

Uhlemann, Hans-Joachim: Berlin und die märkischen Wasserstraßen. — Berlin: transpress, 1987. — 192 S. : Ill.

Mangelsdorf, Günter: Studien zur mittelalterlichen Keramik des 12. bis 15. Jahrhunderts im westlichen Brandenburg. Diss. B. — Greifswald: Ernst-Moritz-Arndt-Universität, Wiss. Rat., 1988.

Teil 1. Textband. — 230 S.

Teil 2. Tafelband. — 20 S. 163 Tafeln u. 3 Anl. (Kt)

Einzelne Kreise und Orte

Belzig

Burg Eisenhardt Belzig / Text: Reiner Kunze. — Belzig: Museum Burg Eisenhardt, 1987. — 16 Bl. : Ill.

Belziger Heimatkalender '89. Hrsg.: Rat des Kreises Belzig, Abt. Kultur. — Belzig, 1988. — 56 S. : Ill.

Bauer, Frank: Hagelberg 1813: zum 175. Jahrestag des Gefechtes bei Hagelberg vom 27. Aug. 1813. — Hagelberg, Rat der Gemeinde, 1987. — 48 S. : Ill.

Brandenburg

Langnickel, Vera: Chronik der Stadt Brandenburg. — Brandenburg: Rat der Stadt, Abt. Kultur.

Dezember 1965 bis Januar 1970. — 1987. — 56 S. : Ill.

Vom VEB Brandenburger Traktorenwerke zum VEB IFA Getriebewerk Brandenburg: Zeittafel. 1949 bis 1988. — Brandenburg, VEB IFA Getriebewerke, 1988. — 40 S. : Ill. (40 Jahre für den Fahrzeugbau der DDR: VEB IFA Getriebewerke Brandenburg).

Gransee

Nationale Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück: Museum / E. Litschke. — Ravensbrück: Nationale Mahn- und Gedenkstätte, 1988. — 12 S. : Ill.

Der Zellenbau Ravensbrück / Red. E. Litschke ... — Fürstenberg/H.: Nationale Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, 1987. — 12 S. : Ill.

Das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück: Fachbibliographie / Hrsg: Nationale Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück. Zsgest. von Cordula Hoffmann. — Ravensbrück: Nationale Mahn- und Gedenkstätte, 1988 — 52 — (Schriften zur Traditionspflege; 3)

Jacobeit, Sigrid: Kreuzweg Ravensbrück: Lebensbilder antifaschistischer Widerstandskämpferinnen / Sigrid Jacobeit; Lieselotte Thoms-Heinrich. — 1. Aufl. — Leipzig: Verlag für die Frau, 1987. — 232 S. : Ill.

Wulsch,
besonde
linge. D
Fak., 19

Jüter
Hans-R
21 S.

Köni
12 Fed
12 Bl. i

Kyri
Neustae
Müller
Mitte;

Naue
Wander
Hrsg.
Kreises

Neur
Heimat
Auf de
leitung
schicht
lichen

Naturl
Staatl.

Ora n
Wibor
16 S. :

Kühle,
arb. A
52 S. :

Wolff,
Sachse
hauser

Pots
Von c
helm-
Potsda
Heft 2

Volk,
Verlag

Weidr
in Po
beim

Grees
der I
1988.

Gesch
Erner

Wulsch, Frank: Zur Geschichte des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück unter besonderer Berücksichtigung des Arbeitseinsatzes und der Ausbeutung der Häftlinge. Diss. A. — Potsdam: Pädagogische Hochschule „Karl Liebknecht“, Hist.-phil. Fak., 1987, IV, 261, 15 S.

Jüterbog

Hans-Rüdiger Merten / Kloster Zinna. — Kloster Zinna: Rat der Gemeinde, 1988. — 21 S. : Ill.

Königs Wusterhausen

12 Federstrichzeichnungen / Ill. U. Reinhardt. — Königs Wusterhausen, 1988. — 12 Bl. in Mappe

Kyritz

Neustadt/Dosse: Stadt der Pferde; 200 Jahre erfolgreiche Pferdezucht / Jürgen Müller; Heinz Hoppe; Margot Kornhaas. — Neustadt/Dosse: Pferdezuchtdirektion Mitte; VE Gestüt Neustadt/Dosse, 1988. — 40 S. : Ill.

Nauen

Wanderungen durch den Kreis Nauen: Natur und Heimat — Gestern und Heute. Hrsg. Kulturbund der DDR, Kreis Nauen, in Zusammenarbeit mit dem Rat des Kreises Nauen. 1988. — 72 S. Ill. u. Kt.

Neuruppin

Heimatismuseum Neuruppin: aus d. Sammlungen. — Neuruppin, 1987. — 39 S. : Ill.
Auf dem Wege zur KPD: In ihren Genossen lebt die Partei. — Neuruppin: Kreisleitung d. SED, 1988. — 32 S. : Ill. (Revolutionäre Traditionen — lebendige Geschichte: Schriftenreihe der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Heft VII/1988)

Naturlehrpfad Kunsterspring / Autor: Reinhard Weber. — 1. Aufl. — Neuruppin: Staatl. Forstwirtschaftsbetrieb, 1987. — 36 S. : Ill.

Oranienburg

Wiborny, W.: Oranienburger Heimatbilder. — Oranienburg: Kreismuseum, 1988. — 16 S. : Ill.

Kühle, Barbara: Die Todesmärsche der Häftlinge des KZ Sachsenhausen. — 2., überarb. Aufl. — Oranienburg: Nationale Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen, 1987. — 52 S. : Ill. (Sachsenhausen; 1)

Wolff, Georg: Kalendarium der Geschichte des KZ Sachsenhausen, Strafverfolgung. — Sachsenhausen: Nationale Mahn- und Gedenkstätte, 1987. — 72 S. : Ill. — (Sachsenhausen; 3)

Potsdam

Von der kurfürstlichen Landschaftsallee zur sozialistischen Magistrale — die Wilhelm-Külz-Straße / Red.: Hartmut Knitter; Martin Schumacher; Thomas Wernicke — Potsdam: Potsdam-Museum, 1988. — 111 S. : Ill. — (Veröffentl. d. Potsdam-Museums, Heft 29)

Volk, Waltraud: Potsdam: Histor. Straßen und Plätze heute. — 1. Aufl. — Berlin: Verlag für Bauwesen, 1988. — 224 S. : zahlr. Ill.

Weidner, Gerhard: Die antifaschistisch-demokratische Umgestaltung des Schulwesens in Potsdam (1945 bis zur Gründung der DDR 1949) — Potsdam: Abt. Volksbildung beim Rat der Stadt, 1988. — 60 S. : Ill. (Aus der Potsdamer Schulgeschichte; Heft 1)

Greese, Edith: Der Aufbau der sozialistischen Schule in Potsdam (Von der Gründung der DDR 1949 bis 1962/63). — Potsdam: Abt. Volksbildung beim Rat der Stadt, 1988. — 76 S. : Ill. (Aus der Potsdamer Schulgeschichte; Heft 2)

Geschichte des Reichsbahnausbesserungswerkes „Erwin Kramer“ Potsdam / Kurt Ernert; Günter Strübing; Dieter-Rolf Bierhals ... Hrsg.: BPO, Komm. zur Erfor-

schung und Propagierung d. Betriebsgeschichte. — Potsdam.
Teil 1. 1838 — 1945. — 1988. — 124 S. : Ill.

Gallinat, Hans: 1945 bis 1987: Zur Entwicklung des VEB Maschinenbau „Karl Marx“
Potsdam-Babelsberg. — Potsdam-Babelsberg: VEB Maschinenbau., 1988. — 35 S.

VEB Geräte- und Regler-Werke „Wilhelm Pieck“ Teltow: 1948 — 1988; 40 Jahre. —
Teltow, 1988. — 72 S. : Ill.

Pädagogische Hochschule „Karl Liebknecht“ Potsdam: kurzer Abriss d. Geschichte e.
Lehrerbildungsstätte / Kurt Adamy ... Potsdam: Der Rektor der Pädagogischen
Hochschule.

Teil 1. 1948 — 1961. — 1983

Teil 2. 1961 — 1971. 1988

Teil 3. 1971 — 1986. — 1986

Vom Werden und Wirken der Pädagogischen Hochschule „Karl Liebknecht“ Potsdam /
Autorenkoll. — 3. überarb. Aufl. — Potsdam: Der Rektor der Pädagogischen Hoch-
schule, 1988. — 130 S. : Ill.

Hübener, Dieter: Zur Kommunalpolitik der SPD in der Potsdamer Stadtverordneten-
versammlung in der Zeit von 1919 bis 1933. Diss. A. — Potsdam: Pädagogische
Hochschule „Karl Liebknecht“, Hist.-phil. Fak., 1988. — VII, 264 Bl.

35 Jahre Kampfgruppenbataillon „Hans Beimler“ Potsdam / Autorenkoll.: Drache
... Potsdam: Teltow: VEB Geräte- und Regler-Werke „Wilhelm Pieck“, 1988. —
87 S. : Ill.

Zur Geschichte der Kampfgruppeneinheit „Karl Liebknecht“ an der Pädagogischen
Hochschule Potsdam von ihren Anfängen bis zum Jahre 1987 / erarb. von Karl-
Heinz Marks. — Potsdam: Pädagog. Hochschule, 1988. — 57 S. : Ill. (Schriften zur
Traditionspflege)

Manger, Heinrich Ludwig: Baugeschichte von Potsdam unter der Regierung König
Friedrichs des Zweiten. — Berlin, Stettin: 1789. — Reprint d. Originalausgabe 1789/
1790 in 3 Bänden nach dem Exemplar d. Universitätsbibliothek Leipzig. — Leipzig:
Zentralantiquariat der DDR, 1987. — 844, XII S. : Ill.

Spaziergang durch Potsdams Umgebung. — Unveränd. fotomech. Nachdr. von 1839. —
Potsdam: Generaldirektion d. Staatl. Schlösser und Gärten Potsdam-Sanssouci, 1988. —
96 S.

Die Neuen Kammern im Park Sanssouci / Verfasser: Adelheid Schendel ... — 1. Aufl.
— Potsdam: Staatl. Schlösser und Gärten Potsdam-Sanssouci, 1987. — 95 S. : Ill.

Nicht, Jutta: Porzellan in Sanssouci. — 1. Aufl. — Potsdam: Generaldirektion der
Staatl. Schlösser u. Gärten Potsdam-Sanssouci, 1987. — 48 S. : Ill.

Blütenstadt Werder/Havel: heimatgeschichtl. Beiträge / Kulturbund der DDR, Orts-
gruppe Werder. — Potsdam: Rat d. Kreises, Abt. Kultur; Kulturbund d. DDR, Kreis-
leitung Potsdam, 1989. — 1988. — 72 S. : Ill.

700 Jahre Langerwisch / ausgearbeit. von Carla Krüger; Frank Nest ... Langer-
wisch: Rat der Gemeinde, 1987. 41 S. : Ill.

1913 — 1988: 75 Jahre Fussballsport in Teltow. — Teltow: BSG Motor, Sektion Fuß-
ball, 1988. — 64 S. : Ill.

Potsdamer Wanderführer: 28 Wanderrouten im Kreis Potsdam / Autorenkoll. Hel-
mut Zielke ... — Potsdam: Kulturbund der DDR, Gesellschaft für Natur und Um-
welt, Kreiswegeaktiv, 1988. — 76 S. : Ill. (40 Abb. u. 14 Kt.)

Wege- und Wanderkarte Ferch-Schwielowsee. — Ferch: Rat der Gemeinde, 1987.

Pritzwalk

Pritzwalker Heimatblätter. Pritzwalk: Gesellschaft für Heimatgeschichte im Kultur-
bund d. DDR; Kreisheimatmuseum. — Heft 1. 1988. — 1987. 36 S. : Ill.

Rath
Rathen
Rathen
95 S. :

Witt
Wittst
Kreisle

Zoss
Wietst
der SE

Wietst
1988, -

Rangso
Rat de

Hohm
Teltow

Chron
rungs
betrie
1988.

Birk,
Entste
felde.

Birk,
zur s
chron

Perso

Käte
örtlic
nient

Der
Kata
Pots
zahl

Regl
bede
dam
216 :

Fran
Bezi
Ill.

Gerl
d. K
Gren

Kurz
in d
rial.
kom

Rathenow

Rathenower Heimatkalender: Beiträge zur Heimatkunde d. westl. Havellandes. — Rathenow: Kulturbund der DDR, Kreisleitung Rathenow. Jg. 33. 1989. — 1988. — 95 S. : Ill.

Wittstock

Wittstock. Ein Wegweiser durch Stadt und Kreis. — Hrsg.: Kulturbund der DDR, Kreisleitung Wittstock, AG Heimatgeschichte. Wittstock, 1985. — 72 S. : Ill.

Zossen

Wietstruk, Siegfried: Geschichte des Kreisgebietes Zossen. — Zossen: Kreisleitung der SED; Rat des Kreises, 1988. — 63 S. : Ill.

Wietstruk, Siegfried: Großbeeren 1813 — 1988. — Großbeeren: Rat der Gemeinde, 1988. — 19 S. : Ill.

Rangsdorf: Vergangenheit und Gegenwart / Siegfried Wietstruk ... — Rangsdorf: Rat der Gemeinde, 1988. — 56 S. : Ill.

Hohmann, Adelheid: Chronik des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes Kreis Teltow 1945 bis 1952. — Zossen: Kreisvorstand des FDGB, 1987. — 16 S. : Ill.

Chronistisches aus dem Kampfgruppenbataillon „Artur Ladwig“ und dem Sicherungszug „Hans Singhuber“ im VEB IFA-Automobilwerke Ludwigsfelde, Stammbetrieb des IFA-Nutzkraftwagen. — Ludwigsfelde: BPO des IFA-Automobilwerke, 1988. — 60 S. : Ill. (35 Jahre Kampfgruppen der Arbeiterklasse auf Friedenswacht)

Birk, Gerhard: Ludwigsfelder Geschichte und Geschichten: Ludwigsfelde von der Entstehung bis zur sozialistischen Gegenwart. Teil 1. Hrsg.: Rat der Stadt Ludwigsfelde. — Ludwigsfelde, 1986. — 84 S. : Ill.

Birk, Gerhard: Ludwigsfelder Geschichte und Geschichten: Von den Anfängen bis zur sozialistischen Gegenwart. Teil 2. — Hrsg. Arbeitskreis Heimatgeschichte/Ortschronik beim Rat der Stadt Ludwigsfelde. — Ludwigsfelde, 1987. — 83 S. : Ill.

Personen

Käte Agerth 1888 — 1974. Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED Oranienburg. — Oranienburg, 1987. — 53 S. : Ill.

Der Große Kurfürst (Friedrich Wilhelm): 1620 — 1688; Sammler, Bauherr, Mäzen; Katalog der Ausstellung vom 10. Juli bis 9. Okt. 1988, Neues Palais in Sanssouci. Potsdam-Sanssouci: Staatl. Schlösser u. Gärten Potsdam-Sanssouci, 1988. — 155 S. : zahlr. Ill. (z. T. farb.)

Reglin, Norbert: Carl Heinrich Graun — erster preußischer Hofkapellmeister und bedeutender Opernkomponist in der 1. Hälfte des 18. Jahrhunderts. Diss. A. — Potsdam: Pädagogische Hochschule „Karl Liebknecht“, Hist.-phil. Fak., 1988. — XII, 216 S. u. Anh. (261 S.)

Franz Moericke ein Lebensbild 1885 — 1956 / erarb. von Kurt Baller. — Potsdam; Bezirksvorstand des FDGB, Abt. Agitation/Propaganda. — Potsdam, 1987. — 76 S. : Ill.

Gerhardt, Wolf: Sein Vermächtnis lebt durch unsere Tat; aus dem Leben u. Kampf d. Kommunisten und Interbrigadisten Walter Junker u. d. Kampftraditionen d. Grenzregiments „Walter Junker“. — Potsdam-Babelsberg, 1988. — 85 S. : Ill.

Kurze biografische Darstellungen über antifaschistische Widerstandskämpfer, die in der Stadt und im Kreis Potsdam lebten und wirkten. (Gedruckt als Arbeitsmaterial. Enthält biogr. Angaben über 130 Widerstandskämpfer). — Potsdam: Kreiskomitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR, 1988. — 104 S.

Aus dem Leben der Gesellschaft für Heimatgeschichte

Der Bezirksvorstand der Gesellschaft für Heimatgeschichte hat den Kreisvorständen empfohlen, Tage der Heimatgeschichte durchzuführen. Der folgende Überblick über die Tage der Heimatgeschichte 1989 in der Bezirksstadt Potsdam sollen als Anregung für die Kreisvorstände dienen:

„Das kleine Konzert“. Mozart in Potsdam. Veranstaltung im Kulturbundhaus „Bernhard Kellermann“. Ausführende: Gabriele Näther (Gesang) und Werner Scholl (Klavier).

Thomas Müntzer in Jüterbog im Spiegel von Medaillen. Referent: K.-Peter Warnecke, Mitglied der Fachgruppe Numismatik.

Führung vom Kietz zum Alten Markt. Leitung: H. Knitter, Potsdam-Museum.

Schätze aus dem Staatsarchiv Potsdam. Gesprächspartner: Dr. Falk, Staatsarchiv.

„Unter das Straßenpflaster des Alten Marktes geschaut“. Ausgrabungen in der Stadt Potsdam – 35 Jahre Bodendenkmalpflege in der DDR. Gesprächspartner sind die Bfdr. Probst und Grebe vom Museum für Ur- und Frühgeschichte und Dr. Assing von der Pädagogischen Hochschule „Karl Liebknecht“.

Quellen zur Geschichte der Stadt Potsdam. Eine Führung durch das Stadtarchiv Potsdam. Leitung: Bdfrdn. Britting, Leiterin des Stadtarchivs.

Eine kulturhistorische Führung über den Stahnsdorfer Südwest-Kirchhof. Leitung Bdfrd. Weihrauch.

Exkursion zur Römerschanze. Leitung: Dr. Geisler, Museum für Ur- und Frühgeschichte.

Sonderführung durch das Museum für Ur- und Frühgeschichte mit der Sonderausstellung „Archäologie im Braunkohlengebiet“.

Eine abschließende Wertung der Tage für Heimatgeschichte lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor.

Autorenverzeichnis

Autorenkollektiv „Arbeitsgruppe Chronik“ beim Festkomitee der 750-Jahr-Feier der Stadt Kyritz: Uwe Berndt, Peter Bittermann, Gerhard Fenske, Helmut Gebhardt, Marita Köhn, Eva Mosinski, Heinz Müller, Erwin Nowak, Manfred Teske
Friedrich Beck, Oberarchivrat, Prof. Dr., Direktor des Staatsarchivs Potsdam
Gerhard Brendler, Prof. Dr., Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR

Dorothee Gefner, Mitglied des Bezirksvorstandes der Gesellschaft für Heimatgeschichte. Wissenschaftliche Allgemeinbibliothek Potsdam

Frank Göse, Dr., Pädagogische Hochschule „Karl Liebknecht“ Potsdam

Wolfgang Kusior, Betriebsakademie des Stahl- und Walzwerkes Brandenburg

Jürgen Pfeiler, Dr., Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR

Joachim Schulz, Stellv. Vorsitzender des Bezirksvorstandes der Gesellschaft für Heimatgeschichte Potsdam

Friedhelm Stresow, Dr., Mitarbeiter im Stahl- und Walzwerk Brandenburg

Berichtigung von Heft 7

Dr. sc. phil. Siegfried Wietstruk, Institut für Theorie des Staates und des Rechts der Akademie der Wissenschaften der DDR